



Verantwortung für das Ganze

Ein Programm für Gießen
2011- 2016

Programm der SPD Gießen für die Kommunalwahl am 27. März 2011
(Beschlossen auf dem SPD-Stadtverbandsparteitag am 28. Januar 2011)



www.100prozent-giessen.de

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort	S. 1 - 9
1. Gießen – Wirtschaftsstandort der Region	S. 10 - 15
2. Gießen – die Stadt mit nachhaltiger Stadtentwicklung	S. 15 - 19
3. Gießen – die Stadt der Hochschulen	S. 19 - 22
4. Gießen – die Stadt der Bildung	S. 22 - 32
5. Gießen – die Stadt der Kultur	S. 33 - 39
6. Gießen – die Stadt des Sports	S. 39 - 42
7. Gießen – die Stadt für alle Generationen	S. 42 - 52
8. Gießen – die Stadt der Integration	S. 52 - 57
9. Gießen – die Stadt der Gleichstellung von Frauen und Männern	S. 57 - 59
10. Gießen – die Stadt mit ökologischer Verantwortung	S. 59 - 69
11. Gießen – die Stadt der aktiven Bürgerinnen und Bürger	S. 69 - 72
Anhang: Die SPD-Politik in den Stadtteilen	

VORWORT

Am 7. Juni 2009 hat eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mit Dietlind Grabe-Bolz eine Sozialdemokratin zur ersten Oberbürgermeisterin Gießens gewählt. Ihr Programm war:

- Aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als lebendiges Prinzip der kommunalen Demokratie.
- Die Stadt für alle Generationen als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit und gelebter Solidarität.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger auf, am 27. März 2011 zu vollenden, was sie am 7. Juni 2009 begonnen haben: Lassen Sie uns gemeinsam den Weg zur demokratischen und sozialen Stadt gehen!

Sozialdemokratische Politik für Gießen orientiert sich an den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, stiftet Identität und gestaltet unsere Stadt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, denn freie und starke Kommunen mit einer selbstbewussten Bürgerschaft sind das Fundament unserer Demokratie. Hier entscheiden die Bürgerinnen und Bürger direkt über die Grundlagen ihres Zusammenlebens, darüber, wie Daseinsvorsorge für alle, gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und friedliches Zusammenleben mit Leben erfüllt werden.

Gießen steht vor großen ökonomischen und sozialen Herausforderungen. Unsere Stadt hat aber auch eine großartige Tradition und Gegenwart des bürgerschaftlichen Engagements, der Selbst- und Nachbarschaftshilfe, der gelebten Demokratie und Solidarität. Deshalb ist die demokratische und soziale Stadt in Gießen Notwendigkeit und reale Möglichkeit zugleich. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten.

Die demokratische und soziale Stadt, das ist die Stadt,

- in der die Bürgerinnen und Bürger ihre Persönlichkeit in freier Selbstbestimmung entfalten können;
- die für die Selbstentfaltung und Selbstbestimmung des Individuums gleiche Chancen bietet;
- in der die Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status und kultureller Hintergrund gleichberechtigt und deswegen friedlich und solidarisch zusammen leben können;
- in der die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken.

DEMOKRATIE: DAS GEMEINWESEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Die unmittelbare Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen über ihre eigene Lebenswelt, ihre Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten, ist für uns seit langem ein wesentliches Ziel und Mittel von Politik. Sie ist ein Gebot der Demokratie und gleichzeitig kritische Begleitung, Hilfe und Unterstützung. Unsere Politik ist nahe bei den Menschen, um ihre Probleme

schärfer zu erfassen und um ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse, ihre eigenen Lösungsvorschläge und ihre eigene Lösungskompetenz einzubeziehen. Stadtteil- und Gemeinwesenbezogenheit, Lebensweltorientierung, Vernetzung der Akteure und Beteiligung der Betroffenen sind für uns unverzichtbare Strategien.

Deshalb wollen wir zur Einmischung ermutigen und Beteiligung ermöglichen:

- in den Ortsbeiräten, Vereinen und Initiativen in Stadtteilen und Wohnquartieren;
- in den Ausländerbeiräten, den Interessenvertretungen von Frauen, von älteren Menschen, von Kindern, Jugendlichen und Studierenden und den Agenda-Gruppen;
- in Kindergarten, Schule und Universität, bei Stadtplanung, -Stadtgestaltung, Verkehrs- und Umweltpolitik.

Durch diese umfassende Einbeziehung werden Beobachter zu Akteuren, aus Betroffenen werden Beteiligte. Entscheidungen unter Beteiligung der betroffenen Menschen sind lebensnäher, effektiver und nachhaltiger, sie sind transparenter, besser legitimiert und werden daher auch eher von den betroffenen Menschen akzeptiert.

Aus all diesen Gründen wollen wir die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ausweiten. Wir wollen die demokratische Legitimation und Funktion all dieser Formen der Beteiligung und der direkten Demokratie verbessern und stärken. Dabei wissen wir, dass gelingende Beteiligung oft der professionellen Unterstützung bedarf, damit die Betroffenen gegenüber Politik und Verwaltung als gleichberechtigte Partner auftreten können.

GLEICHE RECHTE, GLEICHE CHANCEN, GLEICHE VERANTWORTUNG

Chancengleichheit bedeutet Abbau materieller Benachteiligung, sozialer Ungleichheit und kultureller Diskriminierung. Der gleiche Zugang zu materieller Sicherheit, Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Alter und Staatsangehörigkeit ist die zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Damit wir dieses Ziel erreichen, müssen wir an der konkreten Lebenssituation ansetzen. Dabei bietet sich in Gießen ein breites Handlungsfeld von der Kinderbetreuung über die Schul- und Bildungspolitik, die Wirtschafts-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik bis hin zur Altenpolitik. Auf all diesen Feldern ist unter sozialdemokratischer Verantwortung viel erreicht worden, daran wollen wir wieder anknüpfen.

Unabdingbare Voraussetzung für Chancengleichheit ist und bleibt, dass die öffentlichen Güter – wie Bildung und Erziehung, Gesundheit, Energie, Mobilität und Sicherheit - weiterhin für jedermann zugänglich und erschwinglich bleiben und dass die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die diese öffentlichen Güter erzeugen, weiter in öffentlicher Verantwortung und Kontrolle bestehen bleiben und bedarfsgerecht ausgebaut werden können.

Nur gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger nehmen ihre Rechte bei der Gestaltung des Gemeinwesens wahr und nur sie begreifen dieses Recht zugleich auch als Verantwortung und Verpflichtung dem Gemeinwesen gegenüber.

INTEGRATION: ZUSAMMENLEBEN GESTALTEN STATT GESELLSCHAFT SPALTEN

Integrationspolitik als Zukunft gestaltende Gesellschaftspolitik hat die Aufgabe, mit den Mitteln zivilgesellschaftlicher Initiative und staatlicher Politik die Verständigung und den Ausgleich zwischen den vielen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und den vielen unterschiedlichen, zuweilen widerstreitenden Interessen herzustellen und dadurch den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt zu stärken. Das Aushalten von ökonomischer, sozialer und kultureller Diversität und Inhomogenität, der Ausgleich zwischen unterschiedlichen Gruppen gehört also zu den Grundbefindlichkeiten moderner Gesellschaften und ist deshalb eine sich immer neu stellende Herausforderung.

Bezogen auf Migration ist Integration die Verständigung und der Interessenausgleich zwischen eingewandelter Bevölkerung und den in sich wiederum sehr unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern über die Grundlagen, Formen und Regeln des Zusammenlebens. Sie beruht auf Wechselseitigkeit. Sie erkennt an, dass allen Menschen das gleiche Streben nach Glück eigen ist. Ihre Grundlagen sind deshalb Toleranz, gegenseitiger Respekt und die Anerkennung von Eigensinn und Diversität. Den Einheimischen und den von ihnen geprägten gesellschaftlichen und politischen Institutionen kommt die Verantwortung zu, eine Willkommenskultur zu etablieren, die die Voraussetzungen für Austausch und Teilhabe Aller schafft. Die Zuwanderer müssen - wie alle Bürgerinnen und Bürger - die Chance zur gleichberechtigten aktiven Teilhabe am gesamten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft haben. Ihre Verantwortung liegt darin, diese Chancen zu erkennen und wahrzunehmen. Das Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund in einer am Grundgesetz ausgerichteten Rechts- und Wertegemeinschaft. Integration bedeutet also nicht das unterschieds- und gesichtslose Aufgehen in der sozialen und kulturellen Umgebung. Selbstentfaltung und Selbstbestimmung machen das Miteinander erst möglich, Eigensinn und Solidarität gehören zusammen.

Integrationsprozesse können dabei problematisch verlaufen, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Kulturkreisen spielen sie sich in einem familiären, sozialen und kulturellen Spannungsfeld ab. Diese Spannungen resultieren u. a. aus unterschiedlichen Werteorientierungen, die nicht einfach durch einen individuellen Willensakt aufgegeben werden können. Damit ist auch die gesellschaftliche Dimension von Integration benannt. Die Selbstentfaltung des Einzelnen findet ihre Grenzen bei der Verletzung der Rechte eines anderen. Sie hat deshalb nichts mit uneingeschränkter Selbstverwirklichung zu tun. Das gesellschaftliche Miteinander wird mit der Akzeptanz gegenüber kulturellen und sozialen Minderheiten wachsen.

STRATEGIEN UND ZIELE MÜSSEN IM EINKLANG STEHEN

Unsere Strategien stehen im Einklang mit unseren Zielen. Je näher wir an den Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnissen der Menschen in den Kommunen ansetzen, umso stärker, umso realistischer wird die Chance, demokratische Teilhabe- und Mitbestimmungsprozesse anzustoßen und aufrecht zu erhalten. Stadtteil- und Gemeinwesenorientierung sind daher durchgängige Prinzipien unserer politischen Arbeit. Deshalb setzen wir bei der Arbeit in den Stadtteilen an, deshalb organisieren wir Beteiligungsprozesse, ob in Orts- und Stadtteilbeiräten, ob in Jugendforen oder Seniorenbeiräten oder im Agenda-Rat zunächst und vor allem auf dieser Ebene.

Je konkreter wir an den Lebensverhältnissen der Menschen ansetzen, je präziser wir die sozialen Problemlagen beschreiben können, umso einfacher wird es, die verschiedenen Akteure in konkreten Projekten zusammen zu bringen und ihre unterschiedliche Lösungskompetenz zu bündeln. Erst vor dem Hintergrund der Stadtteil-, Gemeinwesen- und Lebensweltorientierung wird Vernetzung zur realistischen Strategie, auch und gerade über Gemarkungsgrenzen hinaus. Sozialdemokratische Kommunalpolitik für Gießen ist deshalb der Motor für vernetzte Lösungen in der und für die Region Mittelhessen. Wir wollen Gießen gemeinsam mit seinem Umland zum starken Zentrum einer starken Region Mittelhessen entwickeln. Darin sind wir einig mit allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Mittelhessen. Wir setzen auf die Modernisierung der kommunalen Verwaltung und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Gießen, dem Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen, um möglichst effektiv und kostengünstig zu arbeiten und dadurch Ressourcen für andere wichtige Aufgaben zu gewinnen.

Stadtteil- und Gemeinwesenorientierung und Vernetzung erfordern praktizierte Subsidiarität. Wir können und wir wollen auf die Mitwirkung der zahllosen Verbände, Vereine und Initiativen nicht verzichten, in denen sich bürgerschaftliches Engagement organisiert.

Wo immer möglich, müssen Projekte und Maßnahmen so angelegt sein, dass sie für Menschen aus allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen zugänglich sind und auf diese Weise selbst integriert sind und integrierend wirken. Deshalb achten wir u. a. besonders auf geschlechtsspezifische und interkulturelle Kompetenz in allen Projekten, Maßnahmen und Einrichtungen. Daneben wird es aber im Interesse der Integration einzelner Gruppen mit besonderen Problemlagen auch weiterhin nötig sein, besondere Projekte weiterzuführen bzw. zu initiieren.

All diese Strategien und Prinzipien dienen der Prävention. Gerade auf diesem Feld haben wir - gemeinsam mit den vielen engagierten Institutionen und Organisationen – in der Vergangenheit Vorbildliches geleistet, in den Feldern der Drogen- und Suchtprävention, der Kriminalitätsprävention, der Prävention von Gewalt und sexuellem Missbrauch.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Dies gilt sowohl für den Erhalt und die Erneuerung der Infrastruktur und den notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandel als auch für die Schaffung tragfähiger sozialer Strukturen angesichts beschleunigten gesellschaftlichen Wandels und natürlich vor allem auch für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Es ist nicht der einfachste, schnellste, kürzeste Weg, aber es ist unser Weg zum Bau der demokratischen und sozialen Stadt. Dabei gilt: die Gießener SPD ist eine programmatische Partei, stark und fest in ihren Prinzipien und ihrer Orientierung an den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Aber die Gießener SPD ist auch eine pragmatische Partei, die über dem Wünschenswerten das Mögliche nicht aus dem Blick verliert und die sich der Grenzen ihres Handelns wohl bewusst ist.

RAHMENBEDINGUNGEN KOMMUNALEN HANDELNS - FINANZEN

Die Haushaltslage der Stadt ist so dramatisch wie kaum je zuvor. Der Fehlbetrag im Ergebnishaushalt liegt 2011 bei knapp 30 Mio. €. Der Schuldenstand erreicht einen Rekordstand nach dem anderen, die Aufwendungen für Zinsen und Tilgungen ebenso, das Finanzergebnis der Stadt gehört zu den schlechtesten in Hessen.

Das ist zum einen das Ergebnis aktueller wie struktureller wirtschaftlicher Faktoren. Die konjunkturelle Entwicklung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die strukturelle wirtschaftliche Lage der Stadt. Es ist aber auch das Ergebnis einer verfehlten und in ihrer Wirkung kommunalfeindlichen Politik der Bundesregierung und vor allem der Hessischen Landesregierung. Allein die Kürzungen des Landes beim Kommunalen Finanzausgleich schlagen mit 2,8 Mio. € zu Buche. Die Ausfälle bei der Gewerbesteuer, der Einkommenssteuer und den Schlüsselzuweisungen belaufen sich auf zusammen 17,3 Mio. € im Vergleich zu 2009. Hinzu kommt die unzureichende wenn nicht vollkommen fehlende Kompensation für die den Kommunen zusätzlich aufgebürdeten Aufgaben oder Standards der Aufgabenerfüllung wie z.B. bei Erlass und Umsetzung der Mindestverordnung für die Personalstandards in Kindertagesstätten.

Die finanzielle Lage der Stadt ist aber natürlich auch, wenn nicht in erster Linie das Ergebnis der Politik der CDU-geführten Magistrate seit 2001, immer unter Beteiligung der FDP, ergänzt zunächst durch die FW, zuletzt durch die Grünen. Diese Magistrate haben seit 2001 das Geld mit vollen Händen ausgegeben und damit die Fehlbeträge und die Gesamtverschuldung der Stadt in immer neue Rekordhöhen getrieben. Dazu hat vor allem eine völlig überzogene und angesichts der Gesamtlage unverantwortliche Investitionspolitik beigetragen. Prestigeprojekte wurden ohne Rücksicht auf Kosten durchgedrückt, aber auch im Prinzip richtige und unabweisbare Projekte wurden durch eine wenig kostenbewusste Planung über das unabweisbare Maß hinaus verteuert. Alternativen wurden – entgegen den klaren gesetzlichen Bestimmungen – in der Regel nicht geprüft und nicht dargelegt. Das Ergebnis eben auch dieser Politik ist ein steiler Anstieg der Verschuldung seit 2001,

nämlich von ca. 166 Mio. auf mittlerweile 260 Mio. Für dieses Ergebnis einer verfehlten Finanzpolitik lehnen wir als Gießener SPD jede Verantwortung ab. Wir sind aber bereit, Verantwortung dafür zu übernehmen, dass diese Situation nicht so bleibt wie sie ist!

Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung hat sich seit 2001 verantwortungsbewusst verhalten und allen Versuchungen zu populistischer Politik widerstanden. Wir haben keinen einzigen Haushaltsantrag gestellt, für den wir keine reale Deckung vorweisen konnten. Wir haben allen Koalitionsfraktionen faire und offene Gespräche über Haushaltskonsolidierung angeboten. Wir haben in der interfraktionellen Arbeitsgruppe konstruktiv mitgearbeitet.

Wir stellen uns auch jetzt der Situation! Das tun wir umso mehr – und auch umso zuversichtlicher –, als uns die Wählerinnen und Wähler mit ihrer klugen Entscheidung vom 7. Juni letzten Jahres in Gestalt unserer Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz ein zusätzliches Maß an Verantwortung auferlegt haben. Diese Verantwortung tragen wir gerne mit. Wir haben es begrüßt, dass sich die Oberbürgermeisterin entschlossen hat, die Funktion der Stadtkämmerin zu übernehmen – und damit die gegenwärtig schwierigste Aufgabe, die die Stadt zu bieten hat. Sie stellt sich dieser Aufgabe mit der ihr eigenen Energie, Begeisterung – und auch mit Bravour. Es ist eine ganze Reihe von Initiativen von ihr ausgegangen. Die Situation des Haushalts 2010 ist etwas besser als eigentlich aufgrund der geschilderten Lage zu befürchten war. Sie erhebt mahnend den Finger, wann immer die Ausgabenwünsche einzelner Fraktionen überborden. Sie besteht darauf, dass sachliche und finanzpolitische Alternativen zu jedem einzelnen Projekt vorgelegt werden, so wie es ja auch rechtlich zwingend vorgeschrieben ist. Sie tut ihre Pflicht im Rahmen der Möglichkeiten, die ihr aufgrund der eingetretenen politischen Situation zur Verfügung stehen. Das Resultat ist ein Haushaltsentwurf für das Jahr 2011, der einen Kompromiss zwischen der realen, harten Finanzlage der Stadt und den bereits getroffenen Festlegungen mit dem aus beidem resultierenden engen Handlungsspielraum einerseits, dem Nötigen und dem Wünschbaren andererseits darstellt.

Diesen Kompromiss hat die Oberbürgermeisterin durch aktives Handeln herbeigeführt und diesem Kompromiss hat die SPD-Stadtverordnetenfraktion in Wahrnehmung ihrer Verantwortung für das Ganze unter Zurückstellung mancher politischer Wünsche und unter Hintanstellung parteipolitischer Interessen zugestimmt.

Die SPD will auch in der kommenden Legislaturperiode die Politik einer dauerhaften, nachhaltigen Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Dabei ist für die SPD Haushaltspolitik kein Selbstzweck. Der Haushalt ist die Abbildung von Politik in Zahlen, er ist Ausdruck dessen, was mit welchen Mitteln gestaltet werden soll.

In diesem Sinne will die SPD trotz angespannter Haushaltslage auch in Zukunft in Gießen erreichen,

- dass eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik fortgeführt und ausgebaut wird,

- dass ein hochwertiges, modernes und bedarfsdeckendes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung steht und
- dass auch weiterhin die soziale und kulturelle Infrastruktur Gießens erhalten und gesichert wird.

Eine von der SPD geführte Stadtregierung steht für einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Erfordernissen einer soliden Haushaltspolitik einerseits und den finanziellen Bedürfnissen im sozialen Bereich andererseits.

Eine SPD-geführte Stadtregierung wird darüber hinaus gewährleisten, dass die in dieser Stadt weiterhin notwendigen Neu- und Sanierungsinvestitionen vorgenommen werden, um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur zu erhalten, zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen. Dazu gehören weitere Investitionen in die Schulen, in erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz, in den Verkehr, in den sozialen Wohnungsbau und in der Stadtgestaltung. Die Investitionstätigkeit der Stadt trägt bei der heimischen Wirtschaft, vor allem im heimischen Baugewerbe, zur Beschäftigungssicherung erheblich bei. Dabei wollen wir das Notwendige und Machbare tun, ohne dass wir mit kurzfristigem Blick unnötige Ausgaben für kommunalpolitische Denkmäler produzieren.

1. Gießen – Wirtschaftsstandort der Region

1.1. AKTIVE POLITIK - DYNAMISCHE WIRTSCHAFT

Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik kann und muss in einem Klima gemeinsamer Verantwortung privatwirtschaftliches Handeln und staatliche Politik unterstützen und ergänzen.

Erforderlich dafür ist

- die Erkenntnis, dass Strukturwandel ein permanenter Prozess ist, der sozialverträglich gestaltet werden kann und muss,
- die Erkenntnis, dass lokal und regional vorhandene Kernkompetenzen die Basis jeder Erfolg versprechenden Wirtschaftsentwicklung sind,
- das Bekenntnis zu einer Kultur der Selbständigkeit, die sich nicht auf die Unternehmertätigkeit beschränkt, sondern das Prinzip "Aktivieren statt Alimentieren" favorisiert und Eigeninitiative belohnt,
- das Bekenntnis, dass Arbeit und Umwelt keine Gegensätze sind, sondern gemeinsam das Fundament einer zukunftsfähigen Politik bilden.

Verantwortungsbewusste Kommunalpolitik muss das ihr Mögliche tun, um

- bei allen politischen Entscheidungen das Beschäftigungsziel zu berücksichtigen,
- dem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen frühzeitig entgegen zu wirken und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch aktive Wirtschaftsförderung zu unterstützen,
- die Möglichkeiten der Ausbildung und Weiterqualifikation für Arbeitsuchende zu verbessern, sozial notwendige und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen und -projekte zu initiieren und durchzuführen,
- für Frauen und Männer die gleichen Chancen beim Arbeitsmarktzugang zu schaffen bzw. den Benachteiligten eine besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen.

1.2. GIESSENS WIRTSCHAFT STRATEGISCH ENTWICKELN

Grundprinzip unserer Wirtschaftspolitik für Gießen ist die Förderung einer langfristig angelegten, nachhaltigen, sozial ausgewogenen und dynamischen Wirtschaftsentwicklung auf der Basis einer zukunftsorientierten und zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur. Gießen ist ein herausragender Standort von Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen und bietet als Wirtschafts- und Verwaltungszentrum der Region für eine solche Entwicklung gute Voraussetzungen. Gießen hat früher als andere Städte den wirtschaftlichen Strukturwandel in vielerlei Hinsicht zu spüren bekommen und ihn zum Teil bereits bewältigt. Nachhaltig sind die unter sozialdemokratischer Verantwortung erzielten Erfolge bei der Konversion der ehemaligen militärischen Flächen in Gießen, bspw. das Europaviertel, die so genannte Automeile oder die Umwandlung der Pendleton-Baracks.

Dennoch weist Gießen nach wie vor erhebliche strukturelle Probleme auf. Der regionale Arbeitsmarkt ist überproportional durch Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor (Kommunale Verwaltungen, RP, Hochschulen) und im Handel gekennzeichnet, der Anteil der gewerblichen Arbeitsplätze geht seit Jahrzehnten kontinuierlich zurück. Daraus sind eine Reihe Industriebranchen entstanden, die aufgrund bestehender Altlastbefunde nicht einfach zu entwickeln sind (Bänninger, Gail u.a.). Der Rückzug der US-Army hat zahlreiche Konversionsflächen zur Folge, deren Entwicklung für die Stadt Gießen neue Chancen und Herausforderungen in sich bergen.

Breitbandverkabelung wird als Standortfaktor immer bedeutsamer. Wir treten dafür ein, dass alle Teile der Stadt über einen schnellen DSL-Anschluss verfügen, insbesondere auch die Stadtteile Rödgen, Lützellinden, Allendorf, Petersweiher und das Europaviertel.

Die CDU-geführten Magistrate haben in den letzten Jahren eine praktisch ausschließlich reaktive, anlass- und investorenbezogene Planungspolitik betrieben. Eine langfristig angelegte und nachhaltige Wirtschaftsförderung erfordert aber eine systematische und ganzheitliche Planung. Deshalb wollen wir den bestehenden Masterplan umfassend überprüfen und fortschreiben und so eine regional ausgerichtete Strategie entwickeln, die im Dialog mit den Akteuren des Arbeitsmarktes eine aktive Ansiedlungspolitik verfolgt, in der bereits bestehende Angebotsstrukturen sinnvoll ergänzt werden, zukunftssträngige Arbeitsplätze entstehen und schonend mit Flächenverbrauch umgegangen wird.

Gießen braucht eine kommunale Wirtschaftspolitik, die verlässliche Planungsdaten liefert, die auf Dialog und Beteiligung ausgerichtet ist, die sich einem aktiven Management des Wirtschaftsstandortes Gießen verpflichtet fühlt und deren Wirkung über die Stadtgrenzen hinaus reicht. Dafür wollen wir uns stark machen.

Um auch verwaltungsseitig den beschriebenen Anforderungen gerecht werden zu können, streben wir in der Stadtverwaltung eine enge Verknüpfung zwischen Planung, Wirtschaftsförderung und Statistik an.

1.3. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, ARBEITSPLÄTZE, QUALIFIZIERUNGS- UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Hauptziel unserer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist und bleibt die Bekämpfung der nach wie vor viel zu hohen Arbeitslosigkeit in Gießen. Die Schaffung von qualitativ hochwertigen zukunftsorientierten und zukunftsicheren Arbeitsplätzen bleibt dabei der wichtigste Ansatz. Daneben besteht aber nach wie vor und voraussichtlich auf Dauer die Notwendigkeit, einfach strukturierte Arbeitsplätze und Arbeitsgelegenheiten für weniger qualifizierte Menschen zu schaffen.

Wir wollen daher ein Gesamtkonzept kommunaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Dieses Gesamtkonzept muss bestehen aus:

- der Förderung von Qualifikation / Fort- und Weiterbildung / lebenslangem Lernen,

- einem ausreichenden allgemeinen und besonderen Gewerbeflächenangebot – Gewerbeflächen mit Konzept (Technologiepark, Technologie- und Medienmeile),
- der Entwicklung von Schwerpunktfeldern / Clustern zur Stärkung des gewerblich-industriellen Kerns und zur Ansiedlung von Unternehmen aus den Bereichen Biotechnologie, Medizintechnik, IT/Neue Medien,
- einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Hochschulen zur Nutzung von Synergieeffekten und zur besseren Verknüpfung mit Hochschulangeboten, der Unterstützung bestehender Unternehmen,
- dem Ausbau der kommunalen Qualifizierungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik.

1.4. STANDORT FÜR QUALIFIZIERTE AUS- UND FORTBILDUNG

Justus-Liebig-Universität und Fachhochschule Gießen-Friedberg, die Beruflichen Schulen in Gießen und die Volkshochschulen, aber auch IHK, Gewerkschaften, ZAUG sowie andere Träger von Ausbildung und Qualifizierung können in Kooperation ihr herausragendes Know-how in die Entwicklung einer zukunftsfähigen beruflichen Aus- und Fortbildung einbringen. Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es, dieses Potenzial zu nutzen und durch Verzahnung und Vernetzung zu optimieren, um den rasanten Veränderungen des Technologie- und Arbeitsweltwandels zukunftsgerecht zu begegnen. Insbesondere für Gießen und Mittelhessen, aber auch für Unternehmen und Menschen aus anderen Regionen soll eine Infrastruktur geschaffen werden, die einen ständigen Erwerb von Wissen und Fertigkeiten ermöglicht und so einerseits die Bildungsbedarfe (nicht nur) von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern befriedigt, und andererseits auch das Qualifikationsprofil der Arbeitsplätze der regionalen Wirtschaft trifft.

Hierfür streben wir an:

- dass vorhandenes Wissen (Hochschulen, Fachhochschulen) in die Entwicklung neuer Strukturen, welche eine überregionale zentrale berufliche Weiterqualifizierung bieten, eingebunden wird,
- dass vorhandene Institutionen (Transferzentren, öffentlich geförderte Institute, Hochschulen, Kommunen, Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften, soziale Träger, Berufliche Schulen, Volkshochschule...) sich stärker vernetzen; in diesem Sinne kann das Hessen Campus – Konzept ein wichtiger Ansatzpunkt sein,
- dass Informations- und Beratungsmöglichkeiten zu den Berufs- und Bildungsfördermöglichkeiten durch Europäische Union, Land und Bund angeboten werden,
- dass die Programme der beruflichen Bildung systematisch ausgewertet und begleitet werden.

1.5. SCHWERPUNKTE STÄRKEN – ENTWICKLUNGSKERNE FÖRDERN

Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik darf Förderung nicht nach dem Gießkannenprinzip über beliebig viele Einzelfelder streuen, sondern sie muss auf den langfristigen Ausbau unserer Stärken über einen Zeitraum von ca. 10 Jahren ausgerichtet sein. Die Hauptstärke der Stadt und das Kernstück ihrer Zukunftsfähigkeit liegen im Ausbau ihrer Rolle als Bildungs-, Wissenschafts- und

Technologiestandort. Auf diese Bereiche muss sich die Förderung im Sinne von „Cluster“bildung konzentrieren, ohne andere Stärken – wie Handel und öffentliche und private Dienstleistungen – zu vernachlässigen. Dabei können wir an bereits eingeleitete Entwicklungen anknüpfen.

Gießen ist – auch als Resultat kommunaler Technologieförderung – zu einem bedeutenden Standort für Bio- und Nanotechnologie, Medizin- und Umwelttechnik geworden. Wir wollen daran mitwirken, dass für diese Bereiche jeweils ein Gesamtkonzept entwickelt wird, das aus

- der Stärkung der Verbindungen und des Austausches im Cluster,
- der Unterstützung bestehender Unternehmen,
- der Verbesserung und Stabilisierung der Verknüpfung mit - vor allem - den heimischen Hochschulen,
- und einem Marketingkonzept zur Anwerbung von weiteren Unternehmen besteht.

In diesem Sinne könnte z.B. im „Cluster“ der Medizintechnik, dessen Ausgangspunkt Universität und Uni-Klinikum sowie eine Vielzahl von Unternehmen sind, die Vernetzung und die Kommunikation hergestellt, der Bedarf der bestehenden, den Cluster ergänzenden Unternehmen festgestellt, ein Technologiepark mit Technologiezentrum konzipiert und eine dazu passende gewerbliche Ansiedlung vorgesehen werden. Wir werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass das Clustermanagement „timm“ (Technologie u. Innovation – Medizinregion Mittelhessen) durch kommunale Mittel unterstützt wird.

Die Realisierung des Technologie- und Gewerbeparks Leihgesterner Weg stellt einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der Wirtschaftsförderungspolitik in Gießen dar. In unmittelbarer Nähe zum Interdisziplinären Forschungszentrum (IFZ), dem im Bau befindlichen Biomedizinischen Forschungszentrum und zu den naturwissenschaftlichen Fachbereichen der Justus-Liebig-Universität kann hier ein interessanter Standort für Innovation, Forschung und Entwicklung entstehen, den es mit Nachdruck zu entwickeln gilt.

Die Entwicklung des US-Depots wird ebenfalls eine Herausforderung in den nächsten Jahren darstellen und bietet Chancen für Betriebe, die sich erweitern bzw. ansiedeln wollen. Besonders der bereits vorhandene Gleisanschluss und der nahe gelegene Autobahnanschluss machen die Fläche zu einem attraktiven Standort. Hier kommt es zunächst darauf an, in Abstimmung mit Akteuren des Arbeitsmarktes ein Konzept zu entwickeln und die Entwicklungsperspektiven rechtzeitig über die Bebauungsplanung zu sichern.

Zukünftig wird es aber auch verstärkt darauf ankommen, dass Gewerbeansiedlung, Flächen- und Siedlungsmanagement und Standortmarketing in Strukturen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgen. Dazu wollen wir den Gemeinden, die an Gießen angrenzen, eine faire Partnerschaft anbieten und die Kooperation mit dem Landkreis Gießen und mit Wetzlar und Marburg voranbringen.

1.6. ERFOLGE DER ARBEITSMARKT- UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK AUSBAUEN

Für weniger Qualifizierte setzen wir sowohl auf die Chancen durch neue gewerbliche Ansiedlungen als auch weiterhin auf die erfolgreiche Arbeit der Träger von Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung wie ZAUG, IJB und Jugendwerkstatt. Gemeinsam mit diesen und anderen Akteuren wollen wir ein Konzept zur Entwicklung von dienstleistungsbezogenen Arbeitsplätzen einschließlich hierfür notwendiger Weiterbildungs- und Qualifizierungsbausteinen entwickeln. Deshalb wollen wir, dass die Stadt Gießen weiterhin Gesellschafterin der ZAUG gGmbH ist, dass der Gesellschafterzuschuss erhalten bleibt und dass die Stadt die Ausbildungs- und Beschäftigungsträger der Bedeutung ihrer Aufgabe entsprechend finanziell fördert.

Die Beschäftigungsförderung ist eng mit der Wirtschaftsförderung verknüpft. Beschäftigungsfördernde Projekte - zum Beispiel auch Existenzgründungsförderung oder bedarfsgerechte Qualifizierung der Beschäftigten - tragen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes bei und die Projekte zielen auf die passgenaue und rasche Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt ab.

Grundsätzlich trägt die Arbeitsmarkt – und Beschäftigungsförderung dazu bei, berufliche Übergänge zu erleichtern: von der Schule zur Ausbildung und Beschäftigung, von der Ausbildung in den Beruf, von der Qualifizierung zu einem geeigneten Arbeitsplatz, von der bisherigen Stelle zu einem neuen, passenden Arbeitsplatz. Hier gibt es vielfältige Angebote in unserer Stadt, die stärker koordiniert und aufeinander abgestimmt werden müssen.

Unser besonderes Augenmerk gilt den ausbildungs- und arbeitslosen Jugendlichen in der Stadt Gießen. Im Dialog mit den Akteuren, die für Bildungs- und Ausbildungsperspektiven von Jugendlichen Verantwortung tragen, wollen wir ein lokales Bündnis für Ausbildung initiieren, damit der Einstieg in Ausbildung und Existenz sichernde Erwerbsarbeit allen Jugendlichen ermöglicht wird.

Für die Gründung selbstständiger Existenzen und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist es gerade in einer Universitätsstadt bedeutsam, auch neue Wirtschaftssektoren zu erschließen. Deshalb wollen wir Kultur auch als Wirtschaftsfaktor durch einen Kultur- und Gewerbehof etablieren. Zielgruppen sind bspw. Künstler, (Kunst-)Handwerker, Architekten, Designer.

1.7. EUROPA ALS CHANCE FÜR GIESSEN BEGREIFEN

Mit dem Vertrag von Lissabon wird die kommunale Selbstverwaltung erstmals europarechtlich verankert. Die Europäische Union räumt der Kommune eine weitgehende Gestaltungsfreiheit bei der Daseinsvorsorge ein. Wenn sich Brüssel über Gebühr in kommunale Angelegenheiten einmischen und das Subsidiaritätsprinzip verletzen sollte, kann der Ausschuss der Regionen als europaweite kommunale Interessenvertretung erstmals von einem rechtlich garantierten Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof Gebrauch machen.

Die politische Verflechtung zwischen Brüssel und den Kommunen gehört aber auch ohne Vertrag von Lissabon längst zum politischen Alltag. Für Gießen gilt es, diese Verflechtung als Chance zu nutzen. Ob die Stadtwerke mit ihren Angeboten in den Bereichen ÖPNV und Strom, die örtliche Sparkasse, die Vergabe öffentlicher Aufträge oder die Anwerbung europäischer Fördermittel für kommunale Projekte: Brüssel stellt Weichen für kommunale Politik, die die Menschen in Gießen direkt oder indirekt betreffen. Ob aus Brüssels Vorgaben Fluch oder Segen für die Kommune wird, hängt maßgeblich auch davon ab, wie intelligent Politik vor Ort gestaltet wird.

Angesichts klammer Kassen ist Gießen mehr denn je auf die Einwerbung von EU-Fördermitteln angewiesen. Daher wollen wir die Gründung eines Europa-Büros in der Gießener Verwaltung, welches die Einwerbung solcher Mittel systematisch vorantreibt. Das hierzu nötige Personal wollen wir durch Umstrukturierungen in der Verwaltung gewinnen. Das Europa-Büro soll einerseits in enger Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium und dem Landkreis Gießen den Informationsfluss zwischen den zuständigen Behörden in Brüssel, Berlin und Wiesbaden ermöglichen. Andererseits soll es die administrativen Grundlagen für die Einwerbung europäischer Gelder aus verschiedenen EU-Programmen in unterschiedlichsten Bereichen wie Beschäftigung, Forschung, Städtepartnerschaften, Migration oder Bildung und Weiterbildung schaffen. Ob Gießen im Wettbewerb um europäische Fördermittel mit anderen Kommunen und Städten erfolgreich sein wird, hängt von der Kreativität und dem Willen seiner politisch Verantwortlichen sowie seiner Bürgerinnen und Bürger ab. Wir als Gießener SPD wollen uns dieser Aufgabe stellen.

Da europäische Fördermittel für unterschiedlichste Politikbereiche infrage kommen, wollen wir eine Aufgabenerweiterung des derzeitigen Haupt-, Finanz- Wirtschafts- und Rechtsausschusses. Er soll in Sachen kommunale EU-Fördermittel eine Querschnittsfunktion einnehmen, Vorschläge für EU-geförderte Projektoptionen erarbeiten und den zuständigen Fachausschüssen zur Verfügung stellen.

2. Gießen – die Stadt mit nachhaltiger Stadtentwicklung

2.1. INNENSTADTENTWICKLUNG, EINZELHANDEL, STADTMARKETING,

Beteiligungsprozesse in der Innenstadtentwicklung: Die Innenstadt, insbesondere der Stadtteil innerhalb des Anlagenrings, ist Herz und Motor der Stadt. Der Entwicklung der Innenstadt, der Steigerung ihrer Attraktivität für Menschen aus der gesamten Region und darüber hinaus kommt daher besondere Bedeutung zu. Innenstadtentwicklung kann nur als Gesamtentwicklung aller wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Funktionen gedacht werden. Das regelhafte konstruktive Zusammenwirken aller politisch und gesellschaftlich bedeutenden Kräfte ist daher unabdingbar.

Die Gießener SPD war die erste politische Kraft, die die Bedeutung der Idee der Business Improvement Districts (BIDs) als Instrument der Innenstadtentwicklung erkannt und sich die Forderung nach einer Umsetzung in Gießen zu eigen gemacht hat. Die BIDs haben in den letzten Jahren bundesweit Beachtung erfahren. Wir begrüßen ausdrücklich die Weiterführung der BIDs nach Ende der ersten Phase Ende 2011. Wir haben seither unsere Vorstellungen zur Innenstadtentwicklung immer wieder mit den vier erfolgreich arbeitenden BIDs abgeglichen. Wir unterstützen deshalb nach wie vor die Aktivitäten der Wirtschaft zur Stärkung der Innenstadt durch die BIDs und durch ein von Stadt und Einzelhandel gemeinsam betriebenes Stadtmarketing.

Bei den immer wieder notwendigen baulichen Maßnahmen zur positiven Gestaltung der Innenstadt muss verstärkt darauf geachtet werden, dass die Beeinträchtigungen der wirtschaftlichen und sonstigen Aktivitäten in der Innenstadt und der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger auf das Unvermeidliche beschränkt werden. Darauf muss die Stadt als Bauherr durch ein entsprechendes Baustellenmanagement zukünftig stärkeres Gewicht legen und für klare Vorgaben an die ausführenden Firmen sorgen.

Landesgartenschau als Chance für nachhaltige Stadtentwicklung: Die Gießener SPD begrüßt die Durchführung der Landesgartenschau 2014 in Gießen als Chance für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensqualität in unserer Stadt. Dafür ist aus unserer Sicht die gleichrangige Berücksichtigung der geplanten Projekte in der Kernzone Wieseckau, am Lahnufer und in den sog. „Korridoren“ unverzichtbar. Gerade am Lahnufer und in den planungsrelevanten Teilen der Innenstadt können lang gehegte Wünsche der Stadtentwicklung (Lahnbrücke Nordstadt, bessere Zugangsmöglichkeiten zum Lahnufer, Kirchenplatz u.a.m.) realisiert werden. Wir werden deshalb bei der Umsetzung der Planungen darauf achten, dass alle Teile des Konzepts umgesetzt werden.

Auf unser Betreiben hin sind Sicherungen im Hinblick auf die Kostenentwicklung Bestandteil der Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung geworden. Wir werden im weiteren Vollzug strikt auf die Einhaltung der gesetzten Grenzen der finanziellen Belastung dringen.

Die Landesgartenschau kann und muss zu einer Belebung der Wirtschaftskraft der Stadt und der Region führen. Wir setzen uns dafür ein, durch eine entsprechende Gestaltung bei der Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen möglichst viele regionale Anbieter zum Zuge kommen zu lassen. Das wäre gleichzeitig auch ein Beitrag zur Refinanzierung der Kosten.

Wir wollen die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger und der beteiligten und betroffenen Organisationen und Vereine bei der weiteren Planung und auch in der Umsetzungs- und Durchführungsphase fortsetzen, damit die Landesgartenschau tatsächlich zur Sache aller Gießenerinnen und Gießener wird.

Bahnhofsvorplatz: Bahnhof und Bahnhofsvorplatz sind die Visitenkarten der Stadt. Gleichzeitig sind sie Orte, die täglich von vielen Tausenden von Menschen besucht und genutzt werden. Eine Neugestaltung beider Orte unter funktionalen und gestalterischen Gesichtspunkten ist deshalb seit vielen Jahren der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger und auch aller verantwortlichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Stadt. Die Gießener SPD hat sich dieser Aufgabe deshalb seit langem gewidmet. In unserer Regierungsverantwortung wurden maßgebliche Grundlagen der Planung für die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes gelegt. Wir stehen nach wie vor zur Notwendigkeit der Umgestaltung, auch zu den damit verbundenen erheblichen finanziellen Aufwendungen. Dennoch hat die SPD-Stadtverordnetenfraktion der vom derzeitigen Magistrat vorgelegten Planung nicht zugestimmt. Die Gründe dafür lagen in der vollkommen unzureichenden Beteiligung der städtischen Gremien und vor allem der Bürgerinnen und Bürger an der Planung, in der Nichtberücksichtigung von Anregungen aus der Bürgerschaft, in der denkmalschutzrechtlichen Bedenklichkeit der konkreten Planung und in der rechtswidrigen Verweigerung der Darstellung planerischer und finanzieller Alternativen. In der Sache entzündete sich unsere Kritik vor allem an der Planung für Bahnhofstreppe mit modernem Kopfbau und der Fahrradtiefgarage.

Ein SPD-geführter Magistrat wird die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes weiter vorantreiben. Wir werden dabei aber sorgfältig prüfen, ob es zum dann gegebenen Zeitpunkt Möglichkeiten gibt, Alternativen zu der bisherigen Planung zu realisieren.

Den Handels-Standort Gießen sichern und weiter entwickeln: Der Handel, vor allem der innerstädtische Handel, ist traditionell eine der tragenden Säulen der Wirtschaft in Gießen. Diese Säule droht sowohl aufgrund übergeordneter Entwicklungen (Entwicklung von Kaufkraft und Konsumentenverhalten) als auch wegen hausgemachter Probleme (Konkurrenz durch „grüne Wiese“, Mall am Neustädter Tor) ins Wanken zu geraten. Eine stärker ordnende Hand auf diesem vitalen Sektor der Entwicklung ist erforderlich. Wir wollen deshalb im Rahmen des weiter zu entwickelnden Masterplanes eine verbindliche Vorgabe für Ansiedlungs- und Entwicklungspolitik mit abgestufter Zentrendefinition und Sicherung der Nahversorgung.

Wir begrüßen die durch die Stadt in Auftrag gegebene Aktualisierung des Einzelhandelsgutachtens. Dieses kann und muss als Richtschnur für die Gesamtentwicklung dienen. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Gutachtens wird im Dialog zwischen Stadt, Investor und den Akteuren des innerstädtischen Handels aber auch zu klären sein, ob und wie eine innenstadtunschädliche Entwicklung des Bänninger-Geländes möglich ist.

Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt verbessern: Die Innenstadt braucht, um als Wirtschaftszentrum weiterhin attraktiv zu bleiben, zusätzliche Attraktionen. Sie darf - gerade aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus - nicht nur ein Ort für wirtschaftliche Aktivitäten sein. Wir wollen deshalb verstärkt Orte und Anlässe für Nichtkonsumenten und attraktivere Ruhe- und Freizeitplätzen für Familien, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen in zentraler Innenstadtlage schaffen.

Wir wollen, dass die Aufwertung der innerstädtischen Plätze weitergeführt wird:

- Wir wollen die Bereiche von den Marktarkaden über den Lindenplatz bis einschließlich Kirchenplatz im Rahmen der Landesgartenschau aufwerten und zu attraktiven Orten der Kommunikation gestalten.
- Wir wollen die Schaffung eines Zugangs vom Brandplatz hin zum Botanischen Garten prüfen.
- Wir wollen die völlig verunglückte Gestaltung des Marktplatzes schnellstmöglich reparieren und dazu gemeinsam mit der BID Marktquartier und anderen interessierten Gruppen Ideen zur optischen Aufwertung und Neugestaltung mindestens der Teerflächen sowie Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität entwickeln und umsetzen, allerdings ohne einschneidende Nutzungseinschränkungen oder Sperrungen.

Lebendiger Standort für Veranstaltungen: Zur Bündelung der Vermarktung der bestehenden Veranstaltungs-, Kongress-, Messen- und Ausstellungsflächen streben wir die Schaffung eines einheitlichen Hallen-, Veranstaltungs- und Messe-Marketings in Kooperation zwischen Stadt, Stadthallen GmbH, Messe-Betreiber und Hochschulen an. Damit wollen wir kurz- und langfristig Gießen als Kongress- und Messestadt und als Standort für attraktive Events stärken.

2.2. GIESSEN - SICHERHEIT GEMEINSAM GESTALTEN

Wir treten für eine Sicherheits- und Ordnungspolitik ein, die wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten wollen, anstatt einseitig Festlegungen zu treffen. Deshalb treten wir weiterhin für eine Auswertung von ergriffenen Maßnahmen ein.

Polizeiladen am Marktplatz: Wir setzen uns für einen Polizeiladen am Marktplatz ein. Gemeinsam mit den Verantwortlichen von Polizei und Land wollen wir Möglichkeiten für eine Polizeiarbeit auch in Gießen erörtern. Ein Polizeiladen im Stadtkern kann helfen, Kontaktmöglichkeiten zu erweitern und Fragen gemeinsam zu bearbeiten. Wichtig ist uns, gemeinsam mit der Polizei ein Konzept zu gestalten, das Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner direkt in der Innenstadt zur Verfügung stellt. So wollen wir auch örtliche Probleme während der Geschäftsöffnungszeiten besser verstehen und lösen lernen.

Aufsuchende Sozialarbeit: Wir setzen uns dafür ein, Probleme an der Wurzel anzugreifen. Aufsuchende Sozialarbeit - über die guten Angebote für Jugendliche in Gießen, beispielsweise des AJS (Aufsuchende Jugendsozialarbeit), hinaus - kann eine Lösung sein, um bestehende Probleme an ihrer Basis anzugehen. So kann es gelingen, Betroffene an die entsprechenden Einrichtungen weiterzuvermitteln und Hilfsangebote zu erläutern. Wir stehen für ein Konzept der Sicherheits- und Ordnungspolitik, das eingreift, bevor Kommunikation und Hilfe schwierig bis unmöglich wird.

Prävention stärken: Gießen lebt schon jetzt von vielen Initiativen, die sich im Rahmen der Präventionsarbeit einen Namen gemacht haben. Die AGGAS (Arbeitsgruppe Gewalt am Schulen) und

das Suchthilfezentrum sind zwei Beispiele für Initiativen, die wichtige Arbeit für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt leisten. Diese Arbeit wollen wir fördern und das gesellschaftliche Engagement der hier tätigen Menschen besonders würdigen. Gemeinsam mit der Universität wollen wir darüber hinaus nach Wegen suchen, neue Konzepte im Bereich der Präventionsarbeit schneller gelebte Wirklichkeit werden zu lassen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Projekte schulischer Sozialarbeit auszuweiten.

Subjektive Sicherheitsgefühle ernst nehmen: Wir nehmen, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst. Bei künftigen städte-baulichen Veränderungen wollen wir daher auch subjektiven Sicherheitsgefühlen besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen. Vom unbeleuchteten Radweg bis hin zu schlecht einsehbaren Bereichen unserer Stadt wollen wir Veränderungen einläuten, die verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger meinen, bestimmte Orte meiden zu müssen.

Gefahrenabwehrverordnung auf den Prüfstand: Wir fordern eine Überprüfung der Gießener Gefahrenabwehrverordnung. Die Gefahrenabwehrverordnung wurde mit dem Versprechen verabschiedet, wichtige Probleme in den Bereichen Sicherheit und Ordnung zu beheben. Offenkundig waren und sind viele der enthaltenen Regelungen dabei wenig wirkungsvoll und führen lediglich dazu, Probleme nicht mehr anzugehen. Daher wollen wir die Gefahrenabwehrverordnung überprüfen, Ge- und Verbote in Gießen diskutieren und nur das wirklich Sinnvolle erhalten.

Abschaffung der Videoüberwachung: Videokameras schaffen keine Sicherheit. Wir setzen uns dafür ein, dass besonders belastete Orte in einem höheren Maß bestreift werden, als dies bisher der Fall ist. Wir halten die Videoüberwachung des öffentlichen Raums grundsätzlich für den falschen Weg, um mehr Sicherheit zu schaffen. Durch eine Videokamera wird keine Straftat verhindert. Konkret fordern wir die Demontage der Videokameras am Rathaus. Auch die Videoüberwachung in den öffentlich genutzten Räumen wie Gaststätte und Cafés gehören auf den Prüfstand.

2.3. STADTENTWICKLUNG IN DEN STADTTILEN

Das Programm enthält in allen Programmteilen Aussagen, die sich auch auf die Infrastruktur und die Lebens- und Wohnbedingungen in den Stadtteilen beziehen. Die SPD ist in allen Gießener Stadtteilen eine prägende Kraft, in drei von fünf Stadtteilen stellt sie den Ortsvorsteher. Die SPD-Ortsvereine in Allendorf, Kleinlinden, Lützellinden, Rödgen und Wieseck haben umfassende programmatische Vorstellungen für ihre Stadtteile entwickelt. Diese sind im Anhang ganz oder in Auszügen dokumentiert.

3. Gießen – die Stadt der Hochschulen

Über 30.000 Studentinnen und Studenten studieren in Gießen und leben in Stadt und Landkreis Gießen bzw. in den angrenzenden mittelhessischen Landkreisen. Gleichzeitig sind die beiden Hochschulen und das Uniklinikum mit rund 9.000 Angestellten der wichtigste Arbeitgeber der Region.

Damit sind die Hochschulen einer der bedeutendsten Faktoren in unserer Stadt, aber auch in der Region. Diese zu sichern und auch kommunal einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Zahl der Studierenden in Gießen auch zukünftig stabil bleibt, ist deshalb nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Gießen und des mittelhessischen Raums von hoher Bedeutung.

Aus diesem Grund sind Kooperationsstrukturen zwischen Universität, Fachhochschule, Stadt und Region im Interesse aller Beteiligten. Dies betrifft zum einen die verstärkte Kooperation in Bezug auf Wissens- und Technologietransfer. Unser Ziel ist, durch solche Initiativen den wirtschaftlichen Strukturwandel zu fördern, Firmen- und Existenzgründungen in neuen, zukunftssträchtigen Branchen zu ermöglichen bzw. zu erleichtern und gut ausgebildete Absolventinnen und Absolventen in der Region zu halten.

Zum zweiten müssen Kooperationsstrukturen zwischen Stadt und Hochschulen auf administrativer Ebene ausgebaut werden. Denn eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen kann bestehende Arbeitsplätze in der Region sichern und neue schaffen. Hierbei geht es nicht um eine rein wirtschaftliche Verwertbarkeit, sondern um Synergieeffekte einer wissenschaftlich unabhängigen und einer berufspraktischen Perspektive. Wir setzen uns daher für einen weiteren Aus- und Umbau der Hochschulen zu modernen Zentren von Forschung und Lehre ein und unterstützen die Ansiedlung von weiteren wissenschaftlichen Zentren und Forschungseinrichtungen in Gießen.

Daraus folgt, dass Stadt und Hochschulen nicht nebeneinander her, oder gar gegeneinander arbeiten dürfen. Im Sinne einer ganzheitlichen Entwicklung dürfen hochschulische Interessen, studentische Bedürfnisse und die Belange der Stadt nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Hochschulen unserer Stadt, die Studierenden und die daraus entstandene Infrastruktur bestimmen maßgeblich auch das Stadtbild Giessens. Auf der anderen Seite ist die Lebensrealität der Studierenden und der Hochschulangestellten geprägt durch die Wohn- und Freizeitangebote der Region, die Verkehrsinfrastruktur und das Kulturprogramm. Damit sind sowohl das Image der Hochschulen als auch das Image der Stadt ausschlaggebend für die Zufriedenheit der Hochschulangehörigen und damit für ein positives Klima für Forschung und Lehre. Wir wollen geeignete Maßnahmen ergreifen, um das Image der Stadt für die Hochschulangehörigen zu steigern.

3.1. RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE HOCHSCHULEN IN DER STADT VERBESSERN

In den kommenden Jahren werden weite Teile der Hochschulen gänzlich neu oder grundlegend umgebaut. Dabei wird es darauf ankommen, die Hochschulen nicht zur Stadt in der Stadt werden zu lassen, sondern sie auch planerisch in das städtische Leben zu integrieren. Hochschulentwicklung heißt daher immer auch Stadtentwicklung.

Kooperationsstrukturen entwickeln sich nach wie vor am ehesten und am besten anlass- und projektbezogen. Daneben ist aber auch ein regelmäßiger institutioneller Kontakt erforderlich. Wir sprechen uns daher für regelmäßige Informations- und Konsultationsgespräche sowohl mit den Hochschulleitungen als auch mit den Vertretungen der Studierenden aus. Zur Verbesserung der Kontakte zwischen Stadt und Hochschule insgesamt sowie zwischen städtischen und gesellschaftlichen Institutionen und Einrichtungen einerseits sowie den Fachbereichen, Instituten und anderen Einrichtungen der Hochschulen andererseits wollen wir die Schaffung einer Stabstelle in der Stadtverwaltung prüfen.

Angesichts der zahlreichen Berührungspunkte wird daher insbesondere im Bereich Planen und Bauen zukünftig ein verlässlicher und tragfähiger institutioneller Rahmen der Kooperation geschaffen werden müssen.

Bei der Betreuung ausländischer Studierender und Gast- und Austauschwissenschaftler/inn/en und ihrer Familien soll die Stadt zukünftig enger mit den entsprechenden universitären Einrichtungen (z.B. dem Akademischen Auslandsamt) zusammen arbeiten.

3.2. RAHMENBEDINGUNGEN FÜR STUDIERENDE VERBESSERN

In einer Stadt mit 76.000 Einwohnern sind 30.000 Studierende eine bedeutende Größe. Die Gießener SPD begrüßt nachdrücklich, dass die Zahl der Studierenden in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen ist. Deshalb ist es unser Anliegen, dass Gießen auch bei den Studierenden hohe Attraktivität genießt. Mit dem Studienbeginn der ersten G8-Generation wird die Zahl der Studierenden besonders in den nächsten zwei Jahren noch weiter steigen, dem muss auch in der Stadt Gießen Rechnung getragen werden

Für die hohe Zahl der Studierenden an den Hochschulen - die in Kernzeiten bis zu 30 % der Bevölkerung ausmachen - ist es von besonderer Bedeutung, dass bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht bzw. gestellt wird. Hier müssen Stadt, Wohnbau und Studentenwerk verstärkt zusammenarbeiten. Wir wollen, dass möglichst viele Studierende nach Abschluss ihres Studiums in der Region verbleiben und wollen auch deshalb ein für junge Menschen attraktives Angebot für soziale, kulturelle, sportliche Aktivitäten machen.

Wir werden auf die Situation der Studierenden mit Kind ein besonderes Augenmerk legen und die entsprechenden Initiativen tatkräftig unterstützen. Flexiblere Betreuungsangebote, die wir für alle Eltern in unserer Stadt wollen, werden auch studentischen Eltern zugute kommen. In Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den Studentenwerken sowie dem Landkreis Gießen werden wir neue kooperative Angebote der Kinderbetreuung entwickeln, die den Anforderungen von studentischen Eltern aus Stadt und Landkreis Gießen Rechnung tragen.

Für den Erhalt eines attraktiven Semester-Tickets werden wir uns weiter stark machen.

Gerade für Studierende sind gute Verkehrsanbindungen von hohem Interesse. Deshalb werden wir insbesondere die Linien des öffentlichen Personennahverkehrs, die Einrichtungen der Universität und der Fachhochschule anfahren, auf ihre Nutzerfreundlichkeit und Anschlussfähigkeit überprüfen und geeignete Initiativen zur Optimierung des Angebots entwickeln.

Wir werden prüfen, ob auch Studierende mit geringen Einkünften - insbesondere Studierende mit Kindern - berechtigt werden können, den Gießen-Pass zu beziehen.

Wir werden die kulturellen Initiativen von Studierenden auch weiterhin unterstützen und kulturelle Kooperationsveranstaltungen zwischen Hochschule, Stadt und weiteren Akteuren fördern.

4. Gießen – die Stadt der Bildung

4.1. GUTE BILDUNG SICHERT ZUKUNFTSCHANCEN

Gleiche Chancen zur demokratischen Teilhabe, zur Selbstbestimmung und Selbstentfaltung und zur Integration in das gesamte gesellschaftliche Leben sind nur dann möglich, wenn alle Menschen in jeder Lebenssituation und in jedem Lebensalter Zugang zu einem vielfältigen und qualifizierten Bildungs- und Kulturangebot haben. Bildung und Bildungsangebote, Kultur und kulturelle Institutionen müssen dabei mehr beinhalten und anbieten als die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten. Bildung darf nicht auf ihre im Erwerbsleben verwertbaren Aspekte reduziert werden, sondern sie muss Werte, Maßstäbe und Kompetenzen für alle Aspekte des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens vermitteln.

Bildung, Kultur und kulturelle Einrichtungen und Projekte sind mehr als ein „weicher Standortfaktor“, sie dienen in erster Linie der Erweiterung von Erfahrung, dem Lernen und dem gegenseitigen Verstehen und damit dem Zusammenleben der Menschen und der verschiedenen sozialen und kulturellen Gruppen. Sie sind Ausdruck der aktiven Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft. Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist die demokratische, humane, zukunftsfähige und für die Zukunft befähigende Schule,

- in der alle Schülerinnen und Schüler ihren Fähigkeiten und Interessen gemäß lernen können und in der unterschiedliche soziale und kulturelle Lebensbedingungen sowie geschlechtsspezifische Sozialisationserfahrungen das pädagogische und didaktische Konzept von Schule und Unterricht bestimmen;
- in der Schülerinnen und Schüler sich mit gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen und den damit verbundenen Chancen und Risiken auseinandersetzen sowie deren historische und gestaltbare Dimensionen begreifen;

- in der Schülerinnen und Schüler die Grundwerte Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität einüben und erleben können;
- in der Schülerinnen und Schüler mit ausreichend Wissen, Methoden und Sozialkompetenzen ausgestattet werden, um in einer sich rapide verändernden Arbeitswelt erfolgreich zu sein;
- die von der gesamten Schulgemeinde, also von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und Eltern, gestaltet wird;
- die sich als Schule in der Stadt und im Stadtteil versteht, die Unterstützungssysteme der Stadt Gießen nutzt, außerschulische Lernorte in ihre pädagogische Arbeit einbezieht und die sowohl mit den Betreibern als auch den Hochschulen vor Ort kooperiert;
- in der Schülerinnen und Schüler individuell gefordert und gefördert werden, an ihren Stärken und Schwächen wachsen können, angstfrei lernen können und eine Leistungsbewertung erfahren, die den weiteren Lernprozess fördert;
- in der die geschlechtsspezifischen Förderung mit dem Ziel der gleichberechtigten Bildungsteilhabe von Jungen und Mädchen gewährleistet wird. Dabei ist der Jungenförderung der gleiche hohe Stellenwert einzuräumen wie der Förderung von Mädchen;
- in der Schülerinnen und Schüler lernen, sich auf Andere zu beziehen, mit ihnen zusammenarbeiten, Auseinandersetzungen gewaltfrei und fair auszutragen und die Fähigkeit erwerben, mit anderen zusammenzuarbeiten und kooperativ das Schulleben zu gestalten;
- in der Schülerinnen und Schüler andere Kulturen verstehen und respektieren lernen, sich ihrer eigenen Herkunft bewusst zu werden sowie Freundschaften unabhängig von Herkunft, Nationalität und ethnischer oder sozialer Gruppenzugehörigkeit knüpfen, Wissen über die Herkunftsländer der zugewanderten Mitschülerinnen und Mitschüler erwerben und die Freiräume für unterschiedliche kulturelle Entwicklungen ermöglicht;
- in der Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen zunehmend gemeinsam lernen, im Rahmen individueller Förderung ihre Fähigkeiten voll entfalten und das Bewusstsein von Gemeinsamkeit in der Unterschiedlichkeit erfahren können;
- in der Schülerinnen und Schüler in einer Ganztagschule lernen, die mehr bietet als einzelne Angebote am Nachmittag und in der Lernen und Leben sowie individuelle Förderung und gemeinsame Entwicklung gleichermaßen gewährleistet sind;
- in der Schülerinnen und Schüler durch die Einbeziehung vielfältiger Unterstützungsangebote vor Ort über die schulischen Möglichkeiten hinaus frühzeitig gefördert werden;
- in der Schülerinnen und Schüler Schulen besuchen, die bei der Entwicklung ihres Schulprofils in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld selbstständig und eigenverantwortlich handeln können.

Zur aktuellen Situation in Gießen: Ziel von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Gießen war und ist es, ein wohnortnahes, vielfältiges Angebot sicherzustellen, in dem für jedes einzelne Kind die Bildungswege möglichst lang offen gehalten und durchlässig sind, alle Kinder gute Bildung von Anfang an erhalten und individuell gefördert werden und der Schulerfolg des Kindes nicht von der sozialen Stellung der Eltern abhängig ist. Diese Politik hatte die Schullandschaft in Gießen über Jahrzehnte geprägt und erfolgreich gemacht.

An diese Politik gilt es anzuknüpfen. Gießen ist in den letzten beiden Legislaturperioden in eine bildungspolitische Schieflage geraten. Dem gilt es, mit einer zukunftsfähigen Konzeption für Gießen als Stadt der Schulen entgegenzuwirken.

In den zurück liegenden Jahren ist die Schulentwicklungsplanung der Stadt Gießen zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern erfolgt; es besteht keinerlei Abstimmung mit dem Landkreis Gießen. Traditionell streben nach wie vor Schülerinnen und Schüler aus den umliegenden Gemeinden den Schulbesuch in Gießen an; was das differenzierte Bildungsangebot in der umliegenden Region gefährdet. Die Eltern sind zunehmend verunsichert bei der Suche nach der richtigen Schule für ihr Kind. Der Übergang von der Grundschule in die Klasse 5 ist gegenwärtig für Kinder und Eltern immer weniger planbar und einschätzbar. Hier gilt es, die Schulentwicklung zwischen Stadt und Landkreis Gießen abzustimmen, um sowohl die Vielfalt wohnortnaher Bildungsangebote in der Region als auch das breite Spektrum der Wahlmöglichkeiten in der Stadt Gießen zu gewährleisten.

Die schulformbezogene Differenzierung nach Klasse 4 führt dazu, dass Kinder sehr früh auf einen späteren Abschluss hin festgelegt werden, eine Entscheidung, die sich sehr oft nicht mehr verändern lässt. Die bestehenden Gesamtschulen halten die Schullaufbahn demgegenüber länger offen. Sowohl die Gesamtschule Gießen-Ost als integrierte Gesamtschule als auch die Ricarda-Huch-Schule als kooperative Gesamtschule sind besonders stark nachgefragt und können längst nicht alle interessierten Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik in der Stadt Gießen ist es, dass alle Gießener Eltern, die für ihr Kind die Aufnahme in einer integrierten oder in einer kooperativen Gesamtschule wünschen, dort auch einen Platz erhalten können.

Die Entwicklung der Brüder-Grimm-Schule Kleinlinden als neuer integrierter Gesamtschule werden wir aus diesem Grund in den kommenden Jahren gezielt unterstützen. Außerdem gilt es, planerische Überlegungen anzustellen, wie zusätzliche Möglichkeiten des gemeinsamen längeren Lernens weiter entwickelt werden können. Langfristig müssen alle Schulen der Sekundarstufe I alle Bildungsgänge mit allen nach der Jahrgangsstufe 9 und 10 möglichen Abschlüssen anbieten.

Zur Bildungsvielfalt in Gießen gehört auch, sowohl das differenzierte Angebot der gymnasialen Oberstufen als auch das der Beruflichen Schulen mit ihren vielfältigen Bildungsgängen und Abschlüssen zu sichern. Das zentrale Anliegen der SPD ist es, für alle Schülerinnen und Schüler im Rahmen des breit gefächerten Bildungsangebots der Stadt Gießen von der Jahrgangsstufe 1 bis 13 den schulischen Erfolg zu gewährleisten.

4.2. AUF DEN ANFANG KOMMT ES AN

Eine möglichst frühe Förderung der Kinder entscheidet maßgeblich über den späteren Bildungserfolg und ist deshalb für Chancengleichheit unverzichtbar. Darüber besteht – insbesondere auf der

Grundlage der neueren pädagogischen, entwicklungspsychologischen und neurobiologischen Forschung – Einigkeit. Deshalb kommt neben der Qualitätsoffensive Kindertagesstätten der Weiterentwicklung der Grundschulen in Gießen ein besonderer Stellenwert zu

Sozialdemokratische Schulträger werden sich dafür einsetzen, den bisherigen abrupten Übergang vom Kindergarten in die Schule zugunsten der individuellen Entwicklung der Kinder fließender und flexibler zu gestalten. Feste Kooperationen und Partnerschaften von Kindertagesstätten und Grundschulen können hierbei eine wichtige Rolle spielen. Erziehungs- und Bildungspläne für frühkindliche Förderung und Grundschule sollen aufeinander abgestimmt und koordiniert sein. Die Grundschule bleibt wohnort- und damit lebensweltnah, insbesondere auch in den Stadtteilen. Sie öffnet sich der Aufgabe der Integration und Kompensation in der Eingangsstufe, eröffnet frühzeitig den Kindern vielfältige Formen des kooperativen, selbständigen Lernens und fordert und fördert zugleich alle Schülerinnen und Schüler nach ihren individuellen Fähigkeiten. In der Grundschule werden die Grundlagen für Bildung gelegt.

Eine SPD-geführte Stadtregierung wird alle Anstrengungen unternehmen, zusätzlich zu der sehr erfolgreich arbeitenden Grundschule Gießen-West im nächsten Schritt weitere Grundschulen zu echten Ganztagschulen zu entwickeln. In Abstimmung mit den Schulen wird sich die SPD im Rahmen der Schulentwicklungsplanung für den Ausbau der gebundenen Ganztagschule einsetzen. Unabhängig von der Entwicklung zu Ganztagschulen sollen die Grundschulen in ein qualifiziertes pädagogisches Konzept eingebettet werden, das Eltern eine hochwertige Förderung ihrer Kinder gewährleistet. Darum gilt es, Nachmittagsangebote an möglichst vielen Standorten zu entwickeln bzw. zu stärken.

Darüber hinaus ist es notwendig, dass ein Konzept für die pädagogische Betreuung der Kinder in den Ferien gewährleistet ist und dass die bestehenden Betreuungsmöglichkeiten von Schulen, kommunalen und freien Trägern, Verbänden und Vereinen so koordiniert und ergänzt werden, dass für die Kinder ein attraktives und für Eltern ein verlässliches Angebot ausgebaut wird.

4.3. OFFENE BILDUNGSWEGE FÜR ALLE

Ziel sozialdemokratischer Schulpolitik in der Stadt Gießen ist, die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zu erhöhen, die integrierten und kooperativen Systeme zu stärken und zu sichern. Durch zielgerichtete Initiativen sollen Schülerinnen und Schüler, die nach der vierten Klasse die Bildungsgänge der Haupt- und Realschulen besuchen, bessere Chancen erhalten, im Laufe ihrer Bildungsbiographie am Ende der Sekundarstufe I weiterführende Bildungsgänge wahrnehmen zu können.

Kooperationsbeziehungen bis hin zu Schulverbänden zwischen Sekundarstufe-I-Schulen einerseits und gymnasialen Oberstufen sowie den unterschiedlichen Schulformen der Beruflichen Schulen (Berufsfachschule, Fachoberstufe und Berufliches Gymnasium) andererseits tragen dazu bei, dass

der Übergang in eine weiterführende Schulform erfolgreich verlaufen kann und verlässlich gesichert ist. Dies unterstützt den individuellen Bildungserfolg und kann zugleich einen Beitrag zur Sicherung von Schulstandorten leisten.

Darüber hinaus wird sich die SPD im Bereich der **Sekundarstufe I** in den kommenden fünf Jahren mit Nachdruck dafür einsetzen und dies als Schulträger fördern, dass

- berufsorientierende und berufsbezogene Bildungselemente, die sich an den Zielen des ganzheitlichen Lernens in der Produktionsschule orientieren, in den Bildungsgängen und Schulformen der Sekundarstufe I besonders gefördert werden;
- Maßnahmen unterstützt werden, die garantieren, dass möglichst alle Jugendlichen nach dem 9. oder 10. Schuljahr einen qualifizierten Abschluss erreichen können; dies gilt auch für eine spezielle Förderung für Kinder und Jugendliche mit Lern- und Verhaltensproblemen;
- an Sekundarstufen Nachmittagsangebote - im Sinne eines freiwilligen ganztägigen Angebotes – weiterhin unterstützt und darüber hinaus planmäßig ausgeweitet werden; eine zentrale Rolle kommt hier dem von der Stadt aufgebauten und weiterentwickelten bewegungsorientierten Nachmittagsangebot zu;
- die Ausstattung der Schulen einem Haus des Lernens auf hohem Niveau gerecht wird, die Bedingungen für individuelle Förderung und selbst organisiertes Lernen gegeben sind; dies schließt musische, kreative und sportliche Aktivitäten genauso selbstverständlich im schulischen Alltag ein wie historisch-politische, mathematisch-naturwissenschaftliche sowie informationstechnische und fremdsprachliche Bildung;
- im Dialog mit den Schulen die Gesamtschulentwicklung in der Stadt Gießen gezielt zu fördern, um der weiterhin hohen Nachfrage nach dem gemeinsamen längeren Lernen gerecht zu werden;
- der Gemeinsame Unterricht für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen auch in der Sekundarstufe planmäßig erweitert wird und dass die entsprechenden Schulstandorte ihren Aufgaben gemäß ausgestattet werden;
- dass die Form der gebundenen Ganztagschule auch im Sekundarstufenbereich realisiert wird;
- dass Schulen sich gegenüber dem Stadtteil öffnen und die Besonderheiten ihres sozialen Umfeldes in ihre Profilbildung einbeziehen und dabei Unterstützung der Stadt Gießen als Schulträger, erhalten;
- dass Schulen in allen zentralen Punkten der Schulentwicklung sowie bei besonderen Vorhaben die Kooperation mit den Hochschulen suchen;
- dass Förderschulen und –zentren in ihren weiteren Entwicklungen unterstützt werden.

Im Bereich der **Sekundarstufe II** wird sich die SPD dafür einsetzen, dass

- die bestehenden Gymnasialen Oberstufen und Beruflichen Gymnasien erhalten bleiben, ihre Zusammenarbeit gefördert und durch unterstützende schulorganisatorische Maßnahmen ein breites Kursangebot ermöglicht wird;
- die gymnasialen Oberstufen ihr eigenes Profil weiterentwickeln können, sodass ein vielfältiges, sich ergänzendes Angebot in der Stadt Gießen vorhanden ist, das den unterschiedlichen Interessen, Begabungen und Bildungszielen von Schülerinnen und Schülern gerecht wird;

- die Schulen mit gymnasialen Oberstufen ihre jeweilige Profilentwicklung mit der Stadt Gießen als Schulträger abstimmen, um so eine langfristige Kooperation in der kommunalen Schulentwicklungsplanung zu ermöglichen.

Die Entwicklung zur Bildungsvielfalt, die die Förderung von besonderen Leistungen und die Unterstützung zur Sicherung der Schullaufbahn gleichermaßen einschließt, gilt es zu stärken. Damit Schulen in der Lage sind, sich eigenständig zu entwickeln, ihr Angebot zu profilieren und mit außerschulischen Institutionen, Vereinen und Projekten zusammen zu arbeiten, werden wir uns dafür einsetzen, dass Schulen zusätzliche „Projektmittel für lebendiges Lernen“ beim Schulträger beantragen können, die nach Vorlage eines Konzeptes für zusätzliche personelle, sächliche oder investive Ausgaben genutzt werden können. Derartige Projektmittel können auch zur weiteren Qualitätssteigerung in den Schulen beitragen. Zugleich dienen alle Schulen den gleichen Bildungszielen; in diesem Sinne gilt es die Kooperation der Schulen bei der Erfüllung ihres Bildungsauftrags zu stärken.

Im Bereich des **zweiten Bildungswegs** wird die SPD die Abendhauptschule, die Abendrealschule und das Abendgymnasium, deren Bedeutung durch das gestiegene Interesse von jungen Erwachsenen, nachträglich weiter führende Schulabschlüsse zu erwerben und im Hinblick auf arbeitsmarktpolitische Erfordernisse noch gewachsen ist und die sich diesen Herausforderungen auch stellen, weiterhin unterstützen.

4.4. AUF DEM WEG ZUR INKLUSIVEN SCHULE

Das Recht auf gemeinsamen Unterricht aller Schülerinnen und Schüler – auch mit sonderpädagogischem Förderbedarf – ist ein Menschenrecht. Der Europäische Gerichtshof hat geurteilt, dass eine UN-Konvention, die von Deutschland ratifiziert wurde, nun umgesetzt werden muss. Die Debatte um die Folgen der Umsetzung dieses Rechtsguts wurde von der hessischen Landesregierung viel zu zögerlich und nicht offen geführt.

Ein inklusives Schulsystem verfolgt das Ziel, dass jedes Kind mit seiner Besonderheit und seinen individuellen Bedürfnissen im allgemein bildenden Schulsystem unterrichtet wird. Das Konzept der Inklusion soll Antwort auf die Vielfalt aller Kinder sein. Dies entspricht den bildungspolitischen Grundsätzen der Gießener SPD, die sich seit Jahrzehnten dafür einsetzt, dass alle Kinder unabhängig davon gemeinsam lernen können, welche sozialen, kulturellen oder individuellen Voraussetzungen sie haben.

Das Bildungssystem so zu verändern, dass auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf allgemein bildende Schulen besuchen können, ist eine der größten bildungspolitischen Herausforderungen auf Landesebene. Die Stadt Gießen ist als Schulträger in der Verantwortung, bei dieser Aufgabe mitzuwirken und wird sich dieser in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Land unter sozialdemokratischer Führung auch stellen.

Das Konzept der Inklusion bedeutet eine der größten Umwälzungen im Bildungssystem in den letzten Jahren. Es dürfen weder die Schulen mit den in ihnen unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrern noch der Schulträger von der Landesregierung alleine gelassen und vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Die Stadt Gießen wird als Schulträger:

- unter Beteiligung aller Gießener Schulen – vor allem der großen und unverzichtbaren Kompetenz der Förderschulen – im Rahmen des Schulentwicklungsplanes ein Inklusionskonzept entwickeln, in dem alle Schulen ihre personellen, räumlichen und sächlichen Voraussetzungen hierfür darlegen. Ein Ziel des Konzepts ist, dass Inklusion nicht Aufgabe einiger weniger Schulen ist, sondern alle allgemein bildenden Schulen, gleich welcher Schulform, an der Umsetzung der Inklusion beteiligt sind;
- die Schulen in Gießen bei der Bewältigung der neuen Aufgaben unterstützen, indem räumliche, personelle und sächliche Ressourcen im Rahmen der Aufgaben der Stadt Gießen als Schulträger zur Verfügung gestellt werden. Hierzu gehören zum Beispiel die Umsetzung der Barrierefreiheit an allen Gießener Schulen als langfristiges Ziel oder die Einstellung zusätzlichen Personals, vor allem von Integrationshelfern;
- sich beim Land Hessen dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen aller Lehrkräfte so gestaltet werden, dass sie die Aufgabe der Inklusion bewältigen können. Insbesondere muss im Bereich der Förderpädagoginnen und -pädagogen darauf geachtet werden, dass keine Einsparungen vorgenommen werden. Die Kompetenzen der Förderschullehrerinnen und -lehrer müssen innerhalb des Inklusionskonzepts einbezogen werden, damit eine qualitativ hochwertige Förderung aller Schülerinnen und Schüler stattfinden kann.

Inklusion ist ein politisch äußerst begrüßenswertes Konzept, welches ein hohes Maß an Investitionen erfordert. Die beschriebenen Veränderungen der Aufgaben der Stadt als Schulträger erfordern eine deutlich höhere Zuweisung finanzieller Mittel an die Kommunen. Hierfür wird sich die Gießener SPD einsetzen.

4.5. GEMEINSAME VERANTWORTUNG FÜR SCHULE IN DER REGION UND FÜR EIGENSTÄNDIGE SCHULEN

Eine erfolgreiche Schule, die ein eigenständiges Profil entwickelt und dabei mit Anderen kooperiert, die in ihrem sozialen Umfeld eingebunden ist, die mit außerschulischen Partnern zusammenarbeitet und die in die Unterstützungssysteme der Stadt Gießen eingebunden ist und dabei die Angebote des Jugendbildungswerks sowie der Jugendzentren, des Jugendamtes sowie des Sozialamtes zu nutzen weiß, kann dies nur im Rahmen einer erweiterten Eigenständigkeit leisten.

Die SPD setzt sich daher auf Landesebene und, soweit dies in kommunaler Zuständigkeit möglich ist, vor Ort für eine Zusammenführung der Zuständigkeiten auf der Ebene des Schulträgers ein. Sie

plädiert für die Bildung eines Gesamtbudgets, aus dem die Schulen in weit reichender Selbstständigkeit ihre sächlichen und personellen Aufwendungen decken. Grundlage für die Mittelverwendung der Schule sind Zielvereinbarungen des Landes mit den kommunalen Schulträgern sowie das Schulprogramm, in dem das pädagogische Konzept der Schule niedergelegt ist. Dies setzt einen umfassenden Verständigungsprozess über Ziele, Inhalte, Methoden und Projekte für Bildung und Erziehung in den Schulen in der Region und einen darauf basierenden Grundkonsens voraus und ersetzt nicht die fachliche Verantwortung von Schulträger bzw. Schulaufsicht und die politische Verantwortung der kommunalen und der staatlichen Ebene. Unser Ziel ist dabei aber, mit allen Akteuren (Kommune, Land Hessen und Schulen) zu einer gemeinsamen Verantwortung für Bildung und Erziehung in den Schulen in der Region zu kommen und den Prozess der Schulentwicklung von der Zielfindung bis hin zu den Umsetzungsschritten zukünftig in diesem Sinne als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu organisieren.

Im Zuge der Schulentwicklungsplanung wird in einem dialogischen Prozess (auch gemeinsam mit dem Schulträger Landkreis Gießen) zu klären sein, was Ziele und Vorhaben sind und wie es in einem abgestimmten Konzept ein Nebeneinander von schulformbezogenen Schulen und integrierten Systemen sowie Gymnasien geben kann, ohne dass einzelne Schulen in ihrem Bestand gefährdet werden. Es gilt eine unproduktive, kostenintensive Konkurrenz um Schülerinnen und Schüler zu vermeiden, die auf der einen Seite neue Baumaßnahmen erfordern, denen an anderen Standorten Leerstände gegenüberstehen.

Die Schulentwicklungsplanung schließt die partnerschaftliche Abstimmung zwischen Stadt und Landkreis in allen wesentlichen regionalen Schulentwicklungsfragen ein. Dieser Prozess der Entwicklung zur Selbstständigen Schule stellt sich nicht nur an den Bildungsinhalten und dem daraus folgenden Profil, sondern auch dem Verhältnis der Schulen zum Land Hessen sowie zur Stadt Gießen als Schulträger dar. Schulen nehmen schon jetzt zahlreiche Aufgaben wahr, die vorher von der Staatlichen Schulaufsicht des Landes Hessen erledigt worden sind.

Die SPD wird sich in ihrer kommunalen Verantwortung nachdrücklich dafür einsetzen, dass die Schulen dafür vom Land Hessen eine angemessene Ausstattung an Verwaltungspersonal erhalten. Im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten ist ein Ziel der SPD, die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulleitungen langfristig durch den Ausbau der technischen Unterstützung bei der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Außerdem wird eine von der SPD geführte Stadtregierung zugleich Möglichkeiten die Vereinfachung der Verwaltungswege zwischen Schulen und Schulträger prüfen. Die SPD in kommunaler Verantwortung wird außerdem die Schulen durch Serviceleistungen des Schulträgers bei der Bewältigung ihrer zahlreichen Verwaltungsaufgaben gezielt unterstützen und darüber hinaus bei der Schulentwicklungsplanung nicht nur die Einzelschule beteiligen, sondern die Schulen insgesamt in den Planungsprozess einbeziehen. Dies gilt sowohl für die Schulleitungen als auch für alle anderen Gruppen der Schulgemeinde, Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler. Eine von der SPD geführte Stadtregierung wird für die Schulen für eine langfristige Planungssicherheit

sorgen. Dazu gehört auch, dass die Schulen über ein verlässliches finanzielles Budget von Seiten des Schulträgers verfügen, zu dem auf mittlere Sicht auch die Landesmittel hinzu kommen.

4.6. SCHULEN SANIEREN UND MODERNISIEREN

Unabhängig von den beschriebenen Entwicklungsprozessen wird es auch zukünftig darum gehen, dass die Kommune als Schulträger ihrer angestammten Verantwortung und Zuständigkeit gerecht wird und den bestehenden Schulraum instand hält, dass die Gestaltung und Ausstattung der Räume den pädagogischen Anforderungen genügt und dass bei der Bemessung des Raumbedarfs Schule zunehmend als Lern- und Lebensort gesehen wird.

Die Stadt als Schulträger gerät bei der Erfüllung dieser Aufgaben nicht selten an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Für die SPD werden auch zukünftig Investitionen im Bereich des Schulbaus auch nach Abschluss der Konjunkturprogramme hohe Priorität haben. Wir wollen, dass die finanziellen Möglichkeiten für diesen Bereich offensiv ausgeschöpft werden und die Schulen mit hohem Sanierungsbedarf zügig modernisiert werden.

4.7. SCHULSOZIALARBEIT ALS UNTERSTÜTZUNGSSYSTEM ETABLIEREN

Alle Erfahrungen zeigen, dass Schulen angesichts veränderter und umfangreicher werdender Anforderungen einen in die Schule integrierten Bereich von Schulsozialarbeit benötigen. Kindheit und Jugend ist in der individualisierten Gesellschaft komplizierter geworden, Verunsicherungen und fehlende Orientierungen sind die Folge. Diese Entwicklungen treten in der Schule als einem zentralen Lebensort von Kindern und Jugendlichen massiv und ungefiltert zu Tage, Schulversagen sind häufig die Folge.

Schulen brauchen zur Bewältigung dieser Probleme neue Unterstützungssysteme.

Schule und Jugendhilfe stehen schon jetzt miteinander in enger Verbindung. Das Bewusstsein für die Problemlagen und für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit ist in den vergangenen Jahren – auch aus den Erfahrungen der praktischen Zusammenarbeit in vielen gemeinsamen Projekten – gewachsen.

Jugendhilfe kann wirksame Hilfen zur Überwindung von Schwierigkeiten geben, insbesondere solche Hilfen, die sich auf das familiäre und soziale Umfeld von Kindern und Jugendlichen beziehen. Daher ist eine engere Verzahnung von Schule und Jugendhilfe in allen Schulformen und in allen Schulstufen sicher zu stellen. Schulsozialarbeit ist vor diesem Hintergrund ein Bindeglied zwischen Schule und Jugendhilfe.

Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Projekte im Bereich der Schulsozialarbeit in der Stadt Gießen fortgeführt werden und neue Projekte hinzukommen. Ziel ist dabei, nach einer Bestandsaufnahme der sozialpädagogischen und schulsozialarbeiterischen Angebote an

den Schulen der Stadt Gießen einen Rahmenplan zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe und auf dessen Grundlage einen Maßnahmen- und Prioritätenplan zu erstellen und nach und nach zu einem flächendeckenden System von Schulsozialarbeit an Gießener Schulen zu kommen.

4.8. BERUFLICHE SCHULEN – KOMPETENZZENTREN FÜR BERUFLICHE BILDUNG WEITERENTWICKELN

Die Entwicklung zur Informations-, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft führt zu tiefgreifenden Umbrüchen auch im Arbeits- und Berufsleben, die eine umfassende Vorbereitung und lebensbegleitende Qualifizierung der Menschen erforderlich machen. Eine qualifizierte berufliche Erstausbildung ist unabdingbare Voraussetzung für eine kontinuierliche und existenzsichernde Erwerbsbiographie.

Die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung erlangt angesichts der rapiden technologischen Veränderungen in nahezu allen Bereichen des Arbeitsmarktes zunehmend an Bedeutung. Dem müssen auch die öffentlichen Institutionen der beruflichen Bildung, insbesondere berufliche Schulen und Volkshochschulen, gerecht werden, das heißt, die beruflichen Schulen als Kompetenzzentren für berufliche Bildung in der Region werden zunehmend neben ihrer originären Zuständigkeit für berufliche Qualifizierung und Erstausbildung auch im Bereich der Fort- und Weiterbildung gefordert sein.

Der Schulträger ist gefordert, die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Schulen vor dem Hintergrund der technologischen Entwicklungen sicherzustellen, Veränderungen im regionalen Berufs- und Ausbildungsbereich frühzeitig bei der Fortschreibung der Schulentwicklungspläne zu berücksichtigen, sich in der Region entsprechend zu verständigen und neue Kooperationsbeziehungen zu initiieren. Dringend erforderlich ist ein Konzept für den Wirtschaftsraum Gießen, das Initiativen zur Stärkung eines breit gefächerten Ausbildungsangebotes enthält und die Ausbildungsgänge an den beruflichen Schulen in Gießen sichert. Gleichzeitig gilt es, den Standort Gießen für überregionale Fachklassen attraktiv zu machen.

Ziel ist, das breit gefächerte berufliche Bildungsangebot in Gießen weiter zu fördern und die beruflichen Schulen zu regionalen Innovations- und Weiterbildungszentren auszubauen. In diesem Zusammenhang müssen Konzepte für ressortübergreifende Finanzierungen entwickelt werden. Die Institutionalisierung eines regionalen Berufsbildungsdialogs ist die Voraussetzung der beschriebenen Entwicklung.

Die SPD wird im Bereich der beruflichen Schulen

- auch weiterhin (und hoffentlich unterstützt durch weitere Sonderprogramme des Landes) die Modernisierung und Innovationsfähigkeit der Schulen durch eine entsprechende Ausstattung sicherstellen;

- dafür sorgen, dass die beruflichen Schulen Mittel erhalten, um die angeschafften Geräte und Maschinen pflegen und warten zu können, vor allem im IT-Bereich;
- die Finanzierung weiterer Maßnahmen zur Schulbausanierung sicherstellen.

Die beruflichen Schulen sind insbesondere unter den Vorzeichen der lang andauernden Massenarbeitslosigkeit und des damit einher gehenden chronischen strukturellen wie konjunkturellen Mangels an Ausbildungsplätzen sowie angesichts gestiegener Anforderungen in fast allen Ausbildungsgängen seit Jahren und auch weiterhin Brennpunkte der Jugendberufsnot.

Dieser Entwicklung will die SPD auch zukünftig Rechnung tragen

- durch die organisatorische und finanzielle Förderung von produktions- und projektorientiertem Lernen;
- durch die weitere Förderung der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen;
- durch die weitere Förderung der Produktionsschule.

Die Kooperation der allgemein bildenden mit den beruflichen Schulen im Übergang Schule - Beruf bzw. in berufsvorbereitenden Bildungsgängen soll verstärkt und von der Stadt als Schulträger unterstützt werden.

4.9. ERWACHSENENBILDUNG UND LEBENSBEGLEITENDES LERNEN

In einer wissensbasierten Gesellschaft und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung steigt die Bedeutung lebensbegleitenden Lernens. Dies stellt die Institutionen der Erwachsenenbildung vor große Herausforderungen. Wir wollen, dass Gießen seinem Anspruch als Bildungsstadt auch auf diesem Feld gerecht wird.

Wir wollen deshalb die bestehenden Einrichtungen der Erwachsenenbildung in der Region – Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen, gemeinnützige Bildungsträger – besser vernetzen. Zentrale Knotenpunkte einer vernetzten Fort- und Weiterbildungslandschaft können die Volkshochschulen sein.

Wir wollen deshalb die Volkshochschule der Stadt Gießen personell, fachlich und organisatorisch in die Lage versetzen, den wachsenden Anforderungen und Möglichkeiten gerecht zu werden und als starker gleichberechtigter Partner gemeinsam mit den anderen die Fort- und Weiterbildungslandschaft zu gestalten.

5. Gießen – die Stadt der Kultur

5.1. KULTURELLE VIELFALT STIFTET KOMMUNIKATION UND IDENTITÄT: GRUNDSÄTZE SOZIALDEMOKRATISCHER KULTURPOLITIK

Gießen nennt sich zu Recht ‚Kulturstadt an der Lahn‘. Das kulturelle Leben und das kulturelle Angebot leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Lebensqualität der Menschen und zur Attraktivität unserer Stadt und werden der Bedeutung Gießens als Zentrum der Region gerecht. Hier ist Vielfalt des kulturellen Lebens, das von Bürgerinnen und Bürgern getragen und gestaltet wird. Dabei sollen sich kritische, utopische, provozierende und unterhaltsame Elemente ergänzen.

Eine freie, vielfältige und unabhängige Kunst- und Kulturszene hat eine wichtige soziale und gesellschaftspolitische Funktion und eine notwendige identitätsstiftende und integrative Aufgabe.

Sich wandelnde politische und gesellschaftliche Faktoren stellen stets neue Anforderungen und erfordern neue Akzente durch eine der sozialen Gemeinschaft gegenüber verpflichtete, aktivierende, kreativitätsfördernde und identitätsstiftende Kulturpolitik.

Kommunale Kulturpolitik muss und kann Felder und Räume zu aktivem Erleben von Kunst in all ihren Formen, zum gemeinsamen kreativen Schaffen, zu direkter Kommunikation frei von ökonomischen Zwängen bieten. Die kommunalen Kulturinstitutionen spielen dabei eine wichtige Rolle. Theater, Opern, Konzerte, Museen und Ausstellungen ermöglichen die Begegnung mit Kunst und Kultur in ihren historischen und aktuellen Erscheinungsformen. Gleichberechtigt daneben stehen Angebote zu eigenem kreativen Schaffen. Neben den Angeboten der „Hochkultur“, die für breite Bevölkerungsschichten attraktiv gestaltet sein müssen, setzen wir uns für ein vielfältiges Angebot der „Breitenkultur“ ein, die zur aktiven Beteiligung einlädt.

Kultur für alle ist ein wichtiger Baustein sozialer Gerechtigkeit. Sozialdemokraten wollen möglichst jedem Menschen Zugang zu und Teilhabe an den verschiedensten Formen der Kultur ermöglichen. Über Kultur lässt sich auch Integration voranbringen. Integration kann z.B. auch heißen, dass Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Religionen gemeinsam Theater spielen oder musizieren. Aber nötig sind dafür Räume.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen auch Inhalten und Formen von Kultur eine Chance geben, die in der stark kommerzialisierten Medienwelt an den Rand gedrängt werden. Künste brauchen Freiraum jenseits der Verwertungszwänge. Auch bei engen finanziellen Rahmenbedingungen darf Kunst und Kultur nicht in eine finanzielle „Abseitsfalle“ geraten. Kultur ist ein Instrument, die Identifikation der Menschen mit ihrer Gemeinde zu stärken wie auch sich in die Kommunalpolitik mit den Mitteln der Kunst einzumischen.

Die Schaffung von Kunst und Kulturgütern benötigt adäquate Rahmenbedingungen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen Kreative und Kulturschaffende auch in ihren Arbeitsbedingungen ernst und unterstützen sie in ihren Belangen.

Wir wollen mit unserer Kulturpolitik

- die Herausbildung eines traditionsbewussten und zugleich zukunftsorientierten kulturellen Profils für Gießen ermöglichen und Rahmenbedingungen für die breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger schaffen;
- die Möglichkeiten zur Kommunikation, zur Herausbildung von Kreativität, kultureller Kompetenz und eigener Identität für alle Menschen in unserer Stadt erweitern;
- vorhandene Einrichtungen und Träger und freie, selbstorganisierte Ansätze fördern, zusammenführen und vernetzen;
- Querschnittsaufgaben wahrnehmen, z. B. zwischen Kultur-, Sozial- und Bildungspolitik, Kulturentwicklung und Stadtplanung;
- zielgruppen- und stadtteilorientierte Angebote im Sinne von Breitenkultur gerade auch für diejenigen machen, denen der Zugang zum kulturellen Angebot aus unterschiedlichen Gründen erschwert wird;
- Drittmittel/Sponsorengelder für die Kultur einwerben, wobei privates Sponsorentum Ergänzung aber nicht Ersatz für öffentliche Förderung sein kann;
- Rahmenbedingungen für den besseren Austausch von Kulturproduzenten und – konsumenten schaffen.
- die Produktionsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern verbessern.
- die Bevölkerung zu kultureller Eigeninitiative aktivieren;
- uns unabhängig von finanziellen Förder- und Steuerungsmöglichkeiten in einen ständigen kreativen Dialog mit Kulturschaffenden, freien und institutionalisierten Initiativen und Trägern begeben;
- interkommunale Kooperation intensivieren
- die Richtlinien zur Förderung kultureller Initiativen beibehalten und ggf. weiterentwickeln.
- die Stadt zu einem attraktiven Lebens- und Arbeitsraum für Künstlerinnen und Künstler entwickeln.
- die Stadt für künstlerische und kulturelle Aktivitäten der Hochschulen öffnen.

5.2. SCHWERPUNKT THEATER

Theater halten wir Sozialdemokraten für einen wesentlichen Ort der Identitätsstiftung. Im Idealfall ist es ein Symbol des Zusammenhalts einer Gemeinschaft wie Kirche oder Marktplätze sein. Die Stadt Gießen hat mit ihrem Theater ein Alleinstellungsmerkmal in Mittelhessen. Das Stadttheater Gießen ist mit all seinen Sparten, Spielstätten und Aufgabenbereichen ein wesentlicher Bestandteil der kulturellen Identität von Stadt und Region. Es hat sich gerade in den letzten Jahren viel berechnete Anerkennung erworben. Wir bejahen den Erhalt des Stadttheaters mit allen drei Sparten als eine der größten kulturellen Institutionen Mittelhessens. Wir stehen zu den finanziellen Verpflichtungen der

Stadt gegenüber dem Stadttheater und wir setzen uns dafür ein, dass die Theaterfinanzierung durch die Stadt Gießen, den Landkreis Gießen und das Land Hessen auf der Grundlage des bestehenden Theatervertrages verlässlich abgesichert bleibt. Wir arbeiten weiter daran, dass die gesamte Region Mittelhessen das Gießener Theater als „ihre“ Institution betrachtet und sich insgesamt auch an der Finanzierung beteiligt.

Neben dem breit gefächerten Theaterangebot ist die deutlich voran gekommene Öffnung des Theaters und die Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen wie z. B. Schulen, kommunaler Jugendpflege und Jugendbildungswerk, Volkshochschulen usw. weiter zu fördern und auszubauen. Wir begrüßen und fördern es, dass das Stadttheater sich Spiel-Räume auch außerhalb seines Gebäudes in Stadt und Land erschließt.

Das Theaterstudio im Löbershof (TiL) mit seiner Funktion als Studiobühne zur Erprobung experimenteller und alternativer Theaterprojekte, zeitgenössischer Musik, Autorenlesungen sowie Programmangeboten für Kinder ist auch am neuen Spielort weiterhin zu fördern.

Das Institut für angewandte Theaterwissenschaften der Universität mit seinen verschiedenen Bühnen und dem europäischen Studententheatertreffen "Diskurs" ist eine wesentliche Bereicherung der Gießener Theaterlandschaft. Wir werden diese Ansätze auch weiterhin finanziell und ideell fördern.

In Gießen existieren zahlreiche freie Theaterinitiativen in unterschiedlichen Bereichen mit unterschiedlichen Zielrichtungen. Wir werden diese kreativen und selbstorganisierten Ansätze nach den jeweiligen Bedürfnisse und Möglichkeiten gezielt fördern. Die Suche nach alternativen Spielorten im öffentlichen Raum ist verstärkt zu unterstützen.

5.3. SCHWERPUNKT LITERATUR UND LESEN

Die Stadtbibliothek ist die zentrale Einrichtung der Leseförderung und Literaturvermittlung, der Bereitstellung von Print- und anderen Medien in der Stadt, die im Rathausumbau einen ihrer zentralen Bedeutung angemessenen Ort gefunden hat. Sie ist im Bildungsnetzwerk ein wichtiger Knotenpunkt zwischen Elternhaus, Kindertagesstätte, Schule, Ausbildung und Studium. Sie ist Begleiterin durch unser gesamtes Bildungsleben, welches in unserer modernen Hochleistungsgesellschaft bis ins hohe Alter hinein reicht. Die engagierte Arbeit mit ihrer kommunikativen, innovativen, stadtteil- und zielgruppenorientierten Angebotsstruktur ist weiter zu sichern und insbesondere im Bereich des multimedialen und multikulturellen Angebots auszubauen.

Wir unterstützen das Literarische Zentrum Gießen (LZG), das die heimische Literatur pflegt und erforscht, sowie Lesungen und Ausstellungen veranstaltet.

5.4. SCHWERPUNKT MUSIK

Die Errichtung der Kommunalen Musikschule und ihre angemessene Unterbringung in einem eigenen Haus sind Erfolge sozialdemokratischer Politik. Das Angebot der Kommunalen Musikschule gewährleistet ein kontinuierliches Angebot musikalischer Breitenbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu sozial verträglichen Gebühren. Neben einem vielfältigen musikalischen Angebot ist sie Kooperationspartnerin für schulische und außerschulische Aktivitäten aller Art. Das Angebot der Musikschule – auch durch Verbesserung der Ausstattung mit festangestellten Kräften - quantitativ und qualitativ weiter zu sichern und zu entwickeln, ist unser Anliegen für die nächsten Jahre.

Darüber hinaus setzen wir uns ein für die Fortsetzung und Unterstützung

- der Musik treibenden Vereine und Initiativen,
- des musikalischen Sommers auf dem Schiffenberg,
- der Initiativen und Konzertreihen im Bereich klassischer und zeitgenössischer Musik,
- der musikalischen Angebote im Jokus,
- von Kursangeboten und Übungsräumen für Jugendmusikgruppen und Bands.

5.5. SCHWERPUNKT FILM UND KINO

Film ist das bedeutendste moderne Medium der Darstellung und Interpretation menschlicher Existenz und gesellschaftlicher Verhältnisse, es bietet in ernster wie in unterhaltender Art und Weise Orientierung und Kommunikation. Für eine Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsstadt mit der überregionalen Bedeutung Gießens ist ein breitgefächertes, inhaltlich wie technisch hochwertiges Kinoangebot deshalb von besonderer Bedeutung.

Wir werden daher im Zusammenhang mit dem Kinoneubau am Berliner Platz dafür Sorge tragen, dass auch ein Programm kino vorgehalten wird, bei dessen Einrichtung die derzeit bewährten Anbieter (kommunales Kino im Jokus und Kino Traumstern) mit einbezogen werden.

Eine Studiobühne als Ersatz für das Theaterstudio im Löbershof (TiL) wird eingerichtet.

5.6. SCHWERPUNKT MUSEEN, STADTARCHIV UND DENKMALSPFLEGE

Die SPD wird das Oberhessische Museum mit seinen drei verschiedenen Abteilungen, der stadtgeschichtlichen Abteilung im Leib´schen Haus, der Abteilung für Vor- und Frühgeschichte im Wallenfels´schen Haus und der Abteilung Gemäldegalerie und Kunsthandwerk im Alten Schloss sowie die Pflege der Museumsbestände und die Verbesserungen bei der Präsentation im Sinne neuer museumspädagogischer Erkenntnisse unterstützen.

Insbesondere will die SPD eine Weiterentwicklung der Gießener Museumslandschaft im Sinne einer Gesamtkonzeption anstoßen. Speziell für die Gießener Stadtgeschichte soll eine Fortentwicklung

angestoßen werden, die z.B. auch die Industriegeschichte oder die Wissenschaftsgeschichte verstärkt mit einbezieht mit dem kurzfristigen Ziel, bis 2014 (Landesgartenschau) ein für BürgerInnen und BesucherInnen anschauliches und überzeugendes Angebot vorzuhalten. Langfristig sehen wir in den Museen und Denkmälern zur Stadtgeschichte einen dringend notwendigen Beitrag zur Entfaltung der Identität und Unverwechselbarkeit unserer Stadt. Hierzu gehört auch eine kritische Begleitung des Umgangs mit geschichtlicher Bausubstanz im Sinne einer Erhaltung.

Um eine verstärkte Beteiligung der Gießener Bürgerinnen und Bürger an „ihrer“ Stadtgeschichte einzuleiten, wollen wir eine Museumskommission einsetzen, wie sie bei der Gründung des Oberhessischen Museums 1873 bereits vorgesehen war, und in die neben dem Stadtarchivar die in Gießen etablierten Vereine (Oberhessischer Geschichtsverein, Agendagruppe Historicum) und weitere BürgerInnen berufen werden sollen. Wir werden Vernetzung und Kommunikation zwischen den vielfältigen Giessener Museen fördern.

Das begonnene Konzept der Öffnung der Museen für alle Bevölkerungsgruppen und der Zusammenarbeit mit Schulen, Kindergärten, Volkshochschule, Universität usw. wird verstärkte fortgesetzt und weiter ausgebaut. Projekte im Rahmen eines zielgruppenorientierten, ganzheitlichen Angebots für Kinder, Jugendliche, Familien und SeniorInnen wollen wir absichern bzw. entwickeln.

Die Gießener sind mit Recht stolz auf die Einrichtung des Mathematikums im ehemaligen Hauptzollamt. Die Erwartungen, die sich an die Initiative geknüpft hatten, sind mehr als erfüllt worden. Das Mathematikum ist zu einem Identifikationspunkt für Stadt und Region und zu einem überregionalen Publikumsmagneten geworden. Es eröffnet die Möglichkeit, an diesem Standort - gemeinsam mit dem Liebig-Museum und dem Neuen Kunstverein und ggf. weiteren Initiativen - einen zweiten bzw. dritten Kunst- und Museumsstandort entstehen zu lassen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Idee des „Criminaliums“, eines Museum, das (nach einer Idee von Prof. Kreutzer) Einblick in die deutsche Gerichtsbarkeit, die Gesetze und spektakuläre Kriminalfälle geben soll, gefördert und realisiert wird.

In den letzten Jahren sind in verstärkter Weise Künstlerinnen und Künstler gemeinschaftlich aktiv geworden, wie z.B. die Künstlergruppe AKKU, und haben Gießen mit ihren Ausstellungen und Aktionen bereichert. Auch der Fachbereich Kunst der Universität Gießen hat sich geöffnet und ist in öffentlichen (Ausstellungs-)Räumen „sichtbar geworden“. Wir werden dafür eintreten, dass auch die Stadt Gießen für die genannten Akteure sowie für eigene Schwerpunktsetzungen in angemessenen eigenen Ausstellungsräumen weiterhin ein breites Spektrum an Ausstellungen anbietet. Auch die Heimatmuseen, in denen dörfliche Kultur und Tradition vermittelt wird, werden wir weiterhin fördern und unterstützen.

Das Gießener Stadtarchiv hat sich neben seiner originären Aufgabe der Bewahrung und Ordnung des Archivguts zunehmend auch zur Serviceeinrichtung für die unterschiedlichsten Initiativen entwickelt. Durch die Unterbringung in neuen Räumen im Rathaus kann es beide Funktionen noch besser

erfüllen. Diese Chancen zu nutzen ist freilich nicht nur Aufgabe des Archivs, sondern auch der potentiellen Nutzerinnen und Nutzer, der Schulen, der Jugendarbeit, der freien Initiativen. In Zusammenarbeit mit dem Oberhessischen Geschichtsverein und dem Oberhessischen Museum gingen vom Stadtarchiv wesentliche Forschungsbeiträge und -aufträge zur Aufarbeitung lokaler Geschichte aus. Solche Ansätze und Aufträge zu fördern, ist weiterhin unser Ziel.

5.7. WEITERE KULTURELLE EINRICHTUNGEN UND MASSNAHMEN

Dem Musik- und Kunstverein "MuK" wird auch weiterhin eine Existenz sichernde finanzielle Förderung zugesichert. Das FrauenKulturZentrum als Frauentreffpunkt und -kulturstätte soll weiterhin auch finanziell von der Stadt gefördert werden. Das Interkulturelle Zentrum für Bildung und Begegnung "ZIBB" als Forum des Austauschs zwischen den in der Stadt lebenden unterschiedlichen Nationalitäten und Kulturen ist auch weiterhin finanziell und ideell zu unterstützen. Mit der Einrichtung des Offenen Kanals Gießen wurde für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit geschaffen, auf lokaler Ebene eigene Beiträge für das Medium Fernsehen zu gestalten und so u. a. die lokale Kommunikation und Teilhabe am lokalen Geschehen zu stärken.

Stadtrauminszenierungen und thematische Aktionen sind in den vergangenen Jahren zu bedeutsamen kulturellen Ereignissen mit großer Ausstrahlungs- und Anziehungskraft geworden. Wir wollen solche Initiativen auch in Zukunft unterstützen.

Der Schiffenberg ist nicht nur ein beliebtes Ausflugsziel, sondern auch Ort eines vielfältigen kulturellen Angebotes. Die Veranstaltungen im Rahmen des musikalischen Sommers werden von Menschen aus der ganzen Region besucht. Der Schiffenberg soll diese Funktion für die Region weiter erfüllen.

Im Zusammenhang mit der von uns angestrebten Neugestaltung des Kirchenplatzes soll dort das Angebot eines Kleinkunstprogramms diesen beliebten Aufenthalts- und Treffpunkt zusätzlich kulturell bereichern.

Durch die Beschilderung eines Rundwegs durch das historische Gießen soll auf (kulturell-) historische Persönlichkeiten der Stadt Gießen aufmerksam gemacht und eine Aufwertung der historischen Bedeutung der Stadt vorgenommen werden. Die von der Stadtmarketing GmbH angebotenen öffentlichen Stadtführungen sollen weiter ausgebaut werden.

Ein wichtiger Schritt zu einer Kulturpolitik für alle Gießener Bevölkerungsschichten ist die neue Einrichtung des KiZ in der ehemaligen Stadtbibliothek. Hier sollen vielfältige kulturelle Aktivitäten stattfinden von Lesungen über Ausstellungen bis hin zu Theater- und Tanz- und Musikprojekten. Gerade auch die regionale Kulturszene kann hier Raum finden. Das Literarische Zentrum Gießen (LZG) hat hier ebenso seinen Platz wie der Oberhessische Künstlerbund (OKB) mit Gruppenausstellungen. Historische und politische Projekte sollen hier Raum finden.

Bei der Konversion der ehemaligen Kasernen und der Entwicklung neuer Stadtteile werden wir Kunst und KünstlerInnen einbeziehen, z.B auch mit preiswerten Ateliers, Proben- und Ausstellungsräumen.

Die Arbeit der Kümmererei in diesem Zusammenhang ist ausdrücklich zu würdigen. Die Kümmererei hat in den vergangenen Jahren vorbildliche Arbeit geleistet, hat Netzwerke geknüpft, Hilfestellungen geleistet, Angebote gemacht und ist damit zu einer Schnittstelle für die Kulturschaffenden in Gießen geworden. Als Anlaufstelle der Kulturwirtschaft fördert sie das kreative Potenzial und damit die Entwicklung unserer Stadt. Da die anteilige finanzielle Förderung der Kümmererei aus dem Bund-Länder-Programm am 31.12.2011 nun auslaufen wird, gilt es zu prüfen, ob und in welcher Form die Arbeit fortgeführt werden kann.

Die Einrichtung einer Sommerakademie für Künstler und Kunstinteressierte nach dem Vorbild von Marburg soll geprüft werden.

5.8. KULTURENTWICKLUNGSPLAN

Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz hat den Prozess eines Kulturentwicklungsplanes initiiert. Die SPD in Gießen begrüßt dieses Projekt ausdrücklich und wird konstruktiv an diesem bürgerbeteiligten Prozess mitarbeiten. Ein Kulturentwicklungsplan beschreibt die kulturelle Identität der Stadt und definiert Ziele für die städtische Kulturlandschaft. Aus diesem Grund bietet ein Kulturentwicklungsplan im Dialog mit den Kulturschaffenden in der Stadt eine große Chance.

6. Gießen – die Stadt des Sports

Sport ist ein wesentlicher Bestandteil unseres kulturellen und sozialen Lebens. Er trägt zu mehr Lebensqualität, mehr Lebensfreude und vor allem auch zur Gesundheit bei. Als Ausdruck heutiger Bewegungs-, Spiel- und Körperkultur leistet der Sport unverzichtbare Beiträge zur individuellen und sozialen Entfaltung der Menschen in unserer „Stadtgesellschaft“. Vereine, Schulen, Universität und Stadt sind in besonderem Maße gefordert, das Interesse zur sportlichen und kulturellen Betätigung in der Gemeinschaft zu wecken und sportliche Angebote bereitzustellen. Die Gießener SPD setzt sich zum Ziel, dem Sport Räume zu bewahren und neue Möglichkeiten zu erschließen. Hierzu gehört insbesondere ein bewegungsfreundliches Wohnumfeld, das Gelegenheiten zur sportlichen Ertüchtigung bietet, indem etwa ausreichend Sportplatz- und Sporthallenkapazitäten wie auch gut ausgebaute Joggingstrecken und Trimm-Dich-Pfade zur Verfügung gestellt werden.

6.1. DER BILDUNGS- UND ERZIEHUNGS-AUFTRAG DES SPORTS

In Bildung und Erziehung eröffnet der Sport Möglichkeiten zur Selbsterfahrung und Selbstbestimmung, von Leistung und Bewährung. Für Kinder und Jugendliche sind Bewegung, Spiel und Sport unerlässlich für ihre Persönlichkeitsentwicklung. Daher möchte die Gießener SPD insbesondere die Bemühungen des Sportkreises Gießen in Bezug auf „Mehr Bewegung für Kinder“ aktiv begleiten und

unterstützen. Wir wissen um die hohe Bedeutung von vielfältigen Sportangeboten gerade im Alter von zwei bis zwölf Jahren und werden uns intensiv um entsprechende Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Erzieher und Erzieherinnen sowie Lehrer und Lehrerinnen kümmern. Alle Bemühungen, die „tägliche Sportstunde“ in den Gießener Grundschulen oder Kindergärten einzuführen, werden von uns unterstützt und gefördert. Besondere Bedeutung hat dies auch im Hinblick auf die Tatsache, dass es eine immer größer werdende Anzahl von Schüler/innen gibt, die mit motorischen Schwierigkeiten infolge von Übergewichtigkeit zu kämpfen haben. Daher begrüßen wir Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen in Gießen hinsichtlich des Themas Gesundheitsprävention und wollen deren Ausweitung unterstützen. Gerade im Zuge des Ausbaus der Schulen zu Ganztagschulen wird der Sport zunehmend an Bedeutung gewinnen. Ein differenziertes und attraktives Sportprogramm an unseren Schulen ist dabei - vor allem auch hinsichtlich der Integration von Schüler/innen mit Migrationshintergrund - immens wichtig. Viele Sportvereine sehen durch das „Turbo-Abitur G 8“, den damit verbundenen Ausbau des Nachmittagsunterrichts und den generellen Trend zu mehr Ganztageschulen ihre Jugendarbeit erschwert und den Zugriff auf Sporthallen eingeschränkt. Als Gießener SPD wollen wir mithelfen, durch neue Kooperationsformen zwischen Schulen und Sportvereinen Kinder und Jugendliche an das örtliche Sportangebot heranzuführen und räumliche Engpässe zu überwinden.

Sport wirkt präventiv: Nicht zuletzt aus präventionspolitischen Gründen müssen die Kommunen einen Schwerpunkt auf die Förderung des Kinder- und Jugendsportes legen. Die Überwindung von Gewalt und Drogenkonsum bindet seit Jahren viele personelle und finanzielle Ressourcen. Hierfür ist eine Vernetzung kommunaler Anstrengungen zur Bündelung der Kräfte unabdingbar. Wir möchten uns als Gießener SPD dafür einsetzen, das diesbezügliche Engagement der Vereine stärker zu koordinieren und in kommunale Präventionskonzepte einzubinden.

Sport muss für alle möglich sein: Kaum ein anderes gesellschaftspolitisches Feld besitzt größere Integrationskraft als der Sport in allen seinen Formen. Jung und Alt, unterschiedlichste soziale Schichten sowie verschiedenste Nationalitäten treiben gemeinsam in einer Mannschaft oder Trainingsgruppe Sport, trainieren für den Fitnesserhalt oder gemeinsame sportliche Höchstleistungen. Eine sozialdemokratische Kommunalpolitik verfolgt daher das Ziel, einerseits die Öffnung der Sportvereine für unterprivilegierte und im Sport unterrepräsentierten Gruppen zu unterstützen, andererseits eine stärkere Nutzung des Sports und seiner Möglichkeiten in der Sozialpolitik zu verankern. Daher liegt das besondere Augenmerk der Gießener SPD darauf, dass insbesondere für Menschen mit Behinderung, für ältere Menschen, für Menschen mit Migrationshintergrund und für solche mit besonderen sozialen Problemlagen adäquate Sportangebote in unserer Stadt vorgehalten werden können.

6.2. BEDEUTUNG DER VEREINE FÜR DEN SPORT

Die Vereine sind traditionell der Motor der Integrationskraft des Sports. Sie bieten auf ehrenamtlicher Basis ein umfangreiches Sport- und Kulturprogramm und müssen sich nicht selten einer immer größer

werdenden Erlebnisindustrie widersetzen. Nach wie vor lebt der Sport in den Vereinen in unserer Stadt nahezu ausschließlich vom Engagement und dem Einsatz freiwilliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dieses Engagement verdient und benötigt öffentliche Unterstützung und Anerkennung. Wir als Gießener SPD werden uns daher dafür einsetzen, dass die Stadt kommunal geförderte Serviceangebote nach wie vor anbietet und weiterentwickelt.

Die Vereine prägen das soziale, sportliche und kulturelle Leben in unserer Stadt. Örtliches Gemeinschaftsleben ohne Vereine wäre undenkbar. Die Vereine bieten Möglichkeiten zur Selbstorganisation von Interessen und Angeboten zum gesellschaftlichen Engagement sowie zum Generationen übergreifenden Miteinander auch über soziale Grenzen hinweg. Sie bieten Beispiele praktizierter Demokratie und vorgelebten Bürgersinns und ermöglichen gerade den Jugendlichen, unabhängig vom Elternhaus und der Schule, eigene soziale Erfahrungen mit Gleichaltrigen und Erwachsenen zu machen. Gerade in Sportvereinen ist die Integration von Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund schon seit Jahren praktische Alltagsarbeit und muss weiter gefördert werden. Die interkulturelle Öffnung der Sportvereine wird daher von der Gießener SPD noch stärker unterstützt werden.

Die Gießener Vereine verdienen unsere größte Aufmerksamkeit und unsere bestmögliche Unterstützung. Deshalb wird es mit der Gießener SPD auch in Zukunft keine Gebührenerhebung für die Nutzung der städtischen Turn- und Sporthallen geben. Der Erhalt der Gießener Sportstätten muss gesichert werden. Der Jugendsport sowie die ehrenamtlichen und lizenzierten Übungsleiter müssen weiterhin unterstützt und gefördert werden.

Die Sportvereine müssen bei den Planungen der Landesgartenschau mit einbezogen werden. Insbesondere bei Planungen, die Trainingsgelände und –strecken der Vereine berühren, müssen die Vereine rechtzeitig informiert werden und die Möglichkeit haben, Veränderungen vorzuschlagen.

6.3. FÖRDERUNG DES HOCHLEISTUNGSSPORTS

Die Vereine sowie deren Sportler und Sportlerinnen sind ein würdiges Aushängeschild in und auch außerhalb unserer Stadt. Daher muss neben den Breitensportlichen Angeboten in gleicher Weise auch den leistungs- und hochleistungssportlichen Bestrebungen der Vereine unsere größtmögliche Unterstützung zukommen. Insbesondere in den Bereichen Tanzen, Power Lifting und Rudern haben sich Leistungssportschwerpunkte in Gießener Vereinen gebildet, die aufrecht erhalten werden sollen. Sportliche Großveranstaltungen mit repräsentativem Charakter für unsere Stadtgesellschaft, wie z.B. die Gießener Pfingstregatta, der Gießener City Triathlon, die Tour der Hoffnung und nicht zuletzt der Gießener Bundesliga-Basketball müssen möglichst unbürokratische Unterstützung erhalten, um weiterhin werbend für unsere Stadt wirken zu können. Dafür setzen wir uns als Gießener SPD ein.

6.4. SPORTENTWICKLUNG NACHHALTIG GESTALTEN

Damit auch für die Zukunft die Leitziele einer bedarfsgerechten, zukunftsweisenden und nachhaltigen Sportentwicklung unter Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Komponenten sowie vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage verfolgt werden können, soll die Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Gießen mit dem Sportkreis Gießen verstärkt werden, wofür wir uns als Gießener SPD besonders stark machen.

Für eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte Sportentwicklungsplanung sollen dabei folgende Komponenten insbesondere berücksichtigt werden:

- die Veränderungen im Sport-, Spiel- und Freizeitverhalten
- die Zunahme des nicht vereinsgebundenen Sports mit kommerziellen sowie nicht-kommerziellen Angeboten
- die bedarfsgerechte Versorgung mit Sportstätten und der Optimierung vorhandener Einrichtungen

Mit einer so koordinierten Sportentwicklungsplanung kann Planungssicherheit für Vereine, Institutionen, private Anbieter und kommunale Interessen geschaffen werden.

6.5. DIE SPORTPOLITISCHEN ZIELE DER GIESSENER SPD

Für uns als Gießener SPD sind die folgenden Bereiche der Sportförderung vorrangig und deshalb auf Dauer zu sichern:

- die Bereitstellung einer ausreichenden Sportstätteninfrastruktur
- die Bereitstellung von Mitteln für die Sanierung und Erneuerung vorhandener Sportanlagen
- die Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen
- gezielte Sportangebote für Kinder und Jugendliche, besonders wichtig etwa die
- bewegungsfreundliche Gestaltung der Pausenhöfe an den Schulen und deren Öffnung auch zu außerschulischen Zeiten
- Unterstützung der stärkeren interkulturellen Öffnung der Sportvereine
- Sportangebote für sozial und gesundheitlich Benachteiligte
- zielgruppengerechte Angebote für Senioren
- der Erhalt der Frei - und Hallenbäder

7. Gießen- eine Stadt für alle Generationen

Städte wie Gießen stehen vor der Herausforderung angesichts des demografischen Wandels, der zunehmenden sozialen Unterschiede und der kulturellen Vielfalt eine Spaltung und räumliche Segregation zu verhindern und dafür Sorge zu tragen, dass alle, die hier leben, sich mit unserer Stadt identifizieren können, gerne in ihr leben, wohnen und arbeiten. Dazu bedarf es einer Politik, die die Unterschiede nicht außer Acht lässt, sondern durch weitsichtiges Handeln dafür sorgt, dass die

unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Familien, Studierenden, Singles und Senioren – mit oder ohne Migrationshintergrund - Beachtung finden. Das gilt sowohl für den Bereich der baulichen Stadtentwicklung als auch für alle Bereiche der Daseinsfürsorge, für die die Stadt eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen muss.

7.1. PERSPEKTIVEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE SIND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Gute Bildung für alle von Anfang an und das Leben begleitend sichert die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, auch der Stadtgesellschaft. Eine möglichst frühe Förderung entscheidet dabei maßgeblich über den späteren Bildungserfolg und ist deshalb in Bezug auf Chancengleichheit unverzichtbar.

Kindertagesstätten: Nicht nur unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung in Krabbelgruppen und Kindertagesstätten unverzichtbar. In unserer Stadt gibt es ein breites Angebot an Kindertagesstätten sowohl der freien Träger als auch der Stadt. Während der Betreuungsschlüssel in den Kitas der freien Träger in den meisten Fällen der neuen Mindestverordnung entspricht oder diese sogar übertrifft, ist dies bei den städtischen Kitas noch nicht der Fall. Durch immer wieder gestellte Anträge im Parlament ist es uns gelungen, für das Jahr 2011 neue Stellen im Stellenplan zu verankern. Wir werden darauf achten, dass diese Stellen nach Genehmigung des Haushaltes sofort ausgeschrieben und so schnell wie möglich besetzt werden.

Aber nicht nur die Verbesserung des Personalschlüssels ist dringend erforderlich, sondern der begonnene Ausbau der Plätze für unter Dreijährige (U 3) muss in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, damit die Vorgabe des Bundes – für 35 % der unter Dreijährigen einen Platz vorzuhalten- bis 2013 erreicht wird. Gießen ist damit auf einem guten Weg. Schon jetzt stehen für 28 % der unter Dreijährigen Plätze zur Verfügung.

Zurzeit läuft in sechs Kitas ein Modellversuch zur Flexibilisierung der Öffnungszeiten. Wir wollen die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten weiter flexibilisieren, damit Familien und Alleinerziehende Ausbildung und Beruf besser mit der Familienarbeit vereinbaren können. In jedem Stadtteil muss es mindestens eine Einrichtung geben, die früher öffnet bzw. später schließt. Auch das Angebot von sogenannten „Zukaufstunden“ für aktuelle Bedarfe soll erweitert werden.

Wir wollen erreichen, dass mehr Erzieher/innen mit Migrationshintergrund in den Kindertagesstätten arbeiten, um der kulturellen Vielfalt unserer Stadt Rechnung zu tragen. Um dies zu erreichen, muss frühzeitig mit den Schulen zusammen gearbeitet und im Übergang von Schule und Beruf zusätzliche Qualifizierungsprogramme angeboten werden. Auch die Fortbildung in interkultureller Pädagogik für alle Erzieher/innen muss weiter ausgebaut werden und die Stelle der Koordinatorin für interkulturelle Pädagogik erhalten bleiben.

Wir wollen die Zusammenarbeit der Vereinen und Verbänden aus dem sportlichen und kulturellen Bereich mit den Kitas fördern, damit dort frühzeitig entsprechende motorische und kulturelle Angebote gemacht werden können und Kindertagesstätten zu wirklichen Bildungseinrichtungen werden, die Kinder nicht nur betreuen, sondern fördern. Besonderer Wert muss auch auf die Sprachförderung – nicht nur der Kinder mit Migrationshintergrund - gelegt werden, denn die Beherrschung der deutschen Sprache ist Voraussetzung für eine erfolgreiche schulische Laufbahn.

Spielplätze /Sport – und Freizeitflächen: Kinder und Jugendliche brauchen besonders in verdichteten Wohngebieten Freiflächen zum Spielen und Bewegen. Viele Spielplätze in unserer Stadt entsprechen nicht dem Anspruch eines kindgerechten Angebotes. Wir wollen einen Spiel- und Sportflächenentwicklungsplan erstellen, der nach einer Bestandsaufnahme aller Spiel- und Sportflächen festlegt, wo und wie umgestaltet werden muss und wo neue Angebote notwendig sind. Diese Planungen sollen quartiersbezogen unter Einbeziehung der Kinder und ihrer Eltern erfolgen, die als Experten am besten wissen, was in ihrem Quartier gebraucht wird.

Ein Kinder- und Jugendstadtplan, aus dem spezielle Angebote (Spiel- und Sportflächen, Sportvereine, Jugendzentren usw.) zu ersehen sind, soll erstellt werden.

Wir wollen unser Naherholungsgebiet auf dem Schiffenberg attraktiver machen.

In einem breiten Beteiligungsprozess soll der Spielplatz an der Grillhütte umgestaltet werden und zu einer naturnahen Spiel- und Begegnungsstätte für alle Generationen werden.

Ganztagsangebote / Schülerbetreuung: Eine möglichst frühe Förderung der Kinder entscheidet maßgeblich über den späteren Bildungserfolg und ist deshalb für Chancengleichheit unverzichtbar. Deshalb kommt neben der Qualitätsoffensive Kindertagesstätten der Weiterentwicklung der Grundschulen in Gießen ein besonderer Stellenwert zu. (vgl. auch Kapitel „Gießen – die Stadt der Bildung“). Unser Ziel ist, dass sich alle Grundschulen im Stadtgebiet perspektivisch zu Ganztagschulen entwickeln können. Leider hat die bisherige Stadtregierung das Bundesprogramm zum Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten vorwiegend dazu genutzt, Speiseräume an den Gymnasien zu finanzieren, mit der Begründung, dies sei durch die Umstellung auf die verkürzte Gymnasiallaufzeit (G 8) erforderlich.

Mit seinem Kindertagesstättenangebot liegt Gießen weit über dem Durchschnitt anderer Kommunen. Wenn die Kinder aber dann in die Schule kommen, ist eine gesicherte Planung im Sinne von Vereinbarkeit von Familie und Beruf oftmals nicht mehr möglich. Nicht nur fehlen Plätze in der Schülerbetreuung, sondern das Angebot ist unübersichtlich und es gibt unterschiedliche Formen und Träger (Land, Schulverwaltungsamt, Jugendamt) der Schülerbetreuung. Solange das Ziel, dass alle Grundschulen als Ganztagschulen arbeiten, noch nicht erreicht ist, soll die bestehende Schülerbetreuung erweitert und verbessert werden.

Wir wollen nach einer gründlichen Bestandsaufnahme der Angebote, der Qualität und der Übersichtlichkeit die Anzahl der Betreuungsplätze erhöhen, damit auch nicht berufstätige Eltern ihre Kinder dort anmelden können, die eine Förderung der Kinder über den Schulvormittag hinaus wünschen. Zurzeit werden fast nur Anmeldungen von Berufstätigen oder in Ausbildung befindlichen Eltern oder Alleinerziehenden berücksichtigt.

So weit möglich soll die Schülerbetreuung „aus einer Hand“ erfolgen. Dabei ist darauf zu achten, dass beim Übergang von der Kita in die Schülerbetreuung ausreichend Plätze zur Verfügung stehen und Eltern frühzeitig Planungssicherheit erhalten.

Politik für Jugendliche: Kommunale Jugendpolitik muss das Ziel haben, allen jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in der solidarischen Gesellschaft mit Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts und jeder sozialen und kulturellen Herkunft zu ermöglichen und sie für die aktive Mitgestaltung des Gemeinwesens zu gewinnen. Gemeinwesen-, Stadtteil- und Lebensweltorientierung sind notwendig, um Defizite und Benachteiligungen frühzeitig zu erkennen und zu beseitigen.

Wir wollen die Angebote der kommunalen Jugendförderung und des Jugendbildungswerkes weiterführen, dazu gehören auch die parteiliche Mädchenarbeit und eine geschlechtsbezogene Jungenarbeit. Gerade männliche Jugendliche sind häufig verunsichert und brauchen spezielle Angebote im Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen. Die in Gießen bestehenden Jugendzentren mit ihren vielfältigen Angeboten werden wir weiterhin unterstützen.

Wir wollen dazu beitragen, dass jede und jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt. Neben dem Bemühen, in Gießen Arbeits- und Ausbildungsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen, werden wir weiterhin die Angebote der Jugendberufshilfeeinrichtungen fördern. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf Jugendliche mit Migrationshintergrund gelegt werden, die immer noch überproportional keinen Schul- und Berufsabschluss erwerben. Durch die Bundeskürzungen bei den Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsprogrammen kommt hier eine erhöhte Verantwortung auf die Kommunen zu.

Wir wollen ehrenamtlich tätige Menschen (Mentor/innen) finden, die Jugendliche individuell begleiten und betreuen, ihnen helfen, einen Schulabschluss zu erlangen und nach der Schulzeit einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Hier können gerade Seniorinnen und Senioren nach der Berufsphase wertvolle Unterstützung bieten.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Angebote der vielen Vereine, die im Bereich der Jugendarbeit tätig sind, besser vernetzt werden. Dort, wo Schulen, kommunale Ämter und Vereine zusammenarbeiten, können gute Erfolge in der Jugendarbeit festgestellt werden.

Wir wollen auch dazu beitragen, bei Jugendlichen Verständnis und Interesse für politisches Handeln zu wecken. Dazu werden wir ein Projekt „Jugendrathaus“ (vergl. „Gießen – die Stadt der Beteiligung“)

starten. Schülerinnen und Schüler sollen die Möglichkeit erhalten, einen Tag im Rathaus zu verbringen und nach Vorbereitung in der Schule ins Gespräch mit Vertretern von Ämtern, Fraktionen und Magistrat zu kommen, ihre Fragen stellen zu können und Antworten zu bekommen.

7.2. DIE KOMMUNE DER ZUKUNFT IST FAMILIENFREUNDLICH

In allen kommunalen Politikbereichen – ob in der Arbeitswelt, dem Freizeitbereich, der Wohnraumbewirtschaftung, der Verkehrs- und Stadtplanung müssen die Bedürfnisse der Familien verstärkt und vorrangig Berücksichtigung finden. Um eine Überalterung der Städte zu verhindern, müssen Kommunen verstärkt um den Zuzug von jungen Familien werben.

Internetportal „familien-willkommen“: Wir wollen jungen Familien, die in Gießen leben oder die einen Umzug nach Gießen erwägen, ein Internetportal zur Verfügung stellen, das einen Überblick über alle relevanten Bereiche enthält. Dazu gehören nicht nur die Kindertagesstätten, die Schulen, weitere Bildungseinrichtungen, Kultur- und Sportangebote, Adressen von Beratungsstellen, sondern auch Hinweise auf Ansprechpartner für die Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche und auf die Angebote des Stadtbüros.

In Zusammenarbeit mit Universität, Fachhochschule und Studentenwerk werden wir dafür sorgen, dass Studieren mit Kind in Gießen kein Problem darstellt. Hier hat sich in den letzten Jahren eine positive Entwicklung angebahnt, die weiter verstärkt werden muss.

„Willkommen im Leben“: Mit dem Projekt „Hallo Welt“ ist Gießen auf dem Weg, jungen Familien nach der Geburt eines Kindes von Anfang an Rat und Hilfe anzubieten. In einer Pilotphase wird das Begleitbuch von geschulten Fachkräften und ehrenamtlichen Eltern in ausgewählten Krankenhäusern nach der Entbindung überbracht und wenn gewünscht, werden weitere Kontakte vereinbart. Dies kann aber nur ein Anfang sein.

Wir wollen nach der Auswertung der Pilotphase die nächsten Schritte planen und umsetzen, um Familien, die Unterstützung brauchen, diese auch gewähren zu können. Das bedeutet, die Lebensbedingungen von Kindern und Familien positiv zu verändern, indem die Eigenkräfte der Familien gestärkt, soziale Konflikte und Notlagen erkannt und konkret Hilfen geleistet werden. Eltern sollen bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder durch professionelle Angebote unterstützt werden.

Auch in Gießen lebt jedes 6. Kind unter der Armutsgrenze. Auffälligkeiten bei der Sprachentwicklung, motorischen Entwicklung, seelischen Gesundheit, sozialen Kompetenz, etc. sind Merkmale der Benachteiligung dieser Kinder. Bis jetzt bestehende Hilfen kommen oft zu spät, sind teuer und wenig effektiv. Hilfen müssen frühzeitig ansetzen und präventiv wirken. Wir wollen dafür sorgen, dass in Gießen eine Kultur des Hilfegebens und Hilfenehmens entsteht. Dazu können auch Familienzentren beitragen.

Familienzentren: Der Ausbau der Kitas zu Familienzentren hat in Gießen begonnen. Bei der Errichtung neuer Kitas (Schlangenzahl und Marburger Straße) konnte dies auch baulich berücksichtigt werden. Familienzentren sollen Angebote für die ganze Familie machen. Dazu gehören Beratungsangebote, niedrigschwelliges Elterncafé, Erziehungsseminare und Kurse wie „Starke Kinder- starke Eltern“ oder „Fit for kids“.

Schwieriger ist der Ausbau zu Familienzentren in den bestehenden Einrichtungen. Wir wollen jede einzelne städtische Kita individuell beraten und begleiten und dafür Geld und Personal zur Verfügung stellen, damit auch dort Familienzentren entstehen können, die zum Mittelpunkt der Quartiere werden. Wo dies aus Platzgründen nicht möglich ist, wollen wir langfristig dafür sorgen, dass in jedem Quartier der Stadt ein Generationenzentrum entsteht, das quartiersnah Beratung und Hilfe anbietet, Treffen unterschiedlicher Gruppen ermöglicht, Nachbarschaftshilfe organisiert und für ehrenamtlich tätige Menschen eine Anlaufstelle darstellt.

Gemeinwesenarbeit: Die zu Zeiten der rot-grünen Stadtregierung unter sozialdemokratischer Verantwortung aufgebauten und entwickelten Gemeinwesenprojekte in der Nordstadt, der Weststadt, dem Eulenkopf und der Margaretenhütte erfüllen in diesen Quartieren, in denen eher sozial benachteiligte Menschen leben, eine wichtige Funktion. Sie haben dort den Stellenwert von Familienzentren und bieten nicht nur Rat und Hilfe, sondern machen auch Angebote für alle Altersgruppen im Freizeitbereich. Im Zusammenhang mit baulichen Maßnahmen wurde durch die Gemeinwesenarbeit erreicht, dass aus ehemaligen sozialen Brennpunkten lebenswerte Wohnquartiere entstanden sind.

Wir wollen auch in Zeiten knapper werdender städtischer Mittel die Gemeinwesenarbeit weiterhin finanziell unterstützen und damit ermöglichen, dass auch Fördermöglichkeiten von Seiten des Landes, des Bundes und der EU aktiviert werden können.

Soziale Stadt: Nach dem Auslaufen des 10 Jahre dauernden Projektes soziale Stadterneuerung in der Nordstadt, das 1998 unter sozialdemokratischer Verantwortung gestartet wurde, hat der neue gegründete Nordstadtverein die Weiterarbeit übernommen. Im Projektzeitraum wurde eine deutliche Verbesserung des Wohnumfeldes erreicht, der Nordstadtmarktplatz nahm Form an und die Bewohnerinnen und Bewohner der Nordstadt wurde im Nordstadtbeirat aktiv. Viele einzelne Projekte konnten mit Unterstützung durch Bundes- und EU-Mitteln durchgeführt werden (LOS-Programm). Auch für weitere Projekte stehen in den nächsten Jahren Gelder aus dem Programm „Stärken vor Ort“ zur Verfügung, mit denen Kurse und Workshops durchgeführt werden können, die das Ziel haben, Menschen zu unterstützen und fit für den Alltag zu machen. Im Gegensatz zu dem vorherigen LOS-Programm können diese Mittel auch für Angebote in der Weststadt, im Eulenkopf und der Margaretenhütte eingesetzt werden.

Der Bund hat die Mittel für weitere Projekte der sozialen Stadterneuerung gekürzt und verändert. Förderanträge können nur noch für bauliche Maßnahmen beantragt werden, Dies alleine reicht aber nicht aus, um die Situation der Menschen in diesen Stadtteilen zu verändern. Wir werden uns trotzdem um weitere Fördermittel, z. B. für Teile der Weststadt bemühen, um auch dort einen solchen Prozess wie in der Nordstadt in Gang zu setzen.

Wohnungsmarkt: Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum und bei weitem nicht alle können sich den Erwerb eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung in den neu erschlossenen Wohngebieten erlauben. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Wohnbau Gießen GmbH als städtische Wohnungsbaugesellschaft hat vorwiegend in die Sanierung des bestehenden Bestandes investiert und viel für die Wohnumfeldverbesserung geleistet.

Laut Satzung ist die Wohnbau aber auch verpflichtet, bezahlbaren Wohnraum für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Hierzu bedarf es eines städtischen Kostenanteils. Wir wollen den städtischen Anteil erhöhen und dieses Geld der Wohnbau und anderen Wohnungsbaugesellschaften für den Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen zur Verfügung stellen. Dies allein kann aber das grundsätzlich bestehende Problem nicht lösen. Durch die Sanierung von Wohnungen nach ökologischen Standards steigen die Mietkosten, das gilt auch für den Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen. Notwendig ist eine Erhöhung der Bewilligungssätze für Empfänger von Wohngeld, der berücksichtigt, dass die Nebenkosten bei Wohnungen nach ökologischen Standards sinken, aber die Mietkosten steigen. Eine von uns initiierte und im Stadtparlament beschlossene Anhörung aller an diesem Problem Beteiligten soll Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit der Wohnbau, die früher schon existierende Wohnvermittlungsstelle wieder einrichten, die dann aber nicht nur für den sozialen Wohnungsbau tätig werden soll, sondern eine gezielte, bedarfsgerechte und sozial ausgewogene Wohnungsvermittlung zur Aufgabe hat. Immer mehr alte Menschen leben alleine in ihren Häusern, die oft auch nicht den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen. Auch hier kann die Wohnvermittlungsstelle aktiv werden, Rat und Hilfe anbieten, altengerechte Wohnungen vermitteln, bei Umzügen helfen und damit sowohl den älteren Menschen als auch jungen Familien helfen, den passenden Wohnraum zu finden.

Wir wollen uns außerdem dafür einsetzen, die Kontakte aller in Gießen tätigen Wohnungsbaugesellschaften zu intensivieren und sie dazu anregen, eine zusätzliche, eigenständige Vermittlungsstelle für den öffentlich geförderten Wohnraum zu schaffen, damit notwendige Umzüge schneller erfolgen können. Diese Vermittlungsstelle könnte auch bei finanziellen Fragen oder Notlagen beratend aktiv werden.

Dulles- und Marshallsiedlung: Nach der Freigabe der ehemaligen amerikanischen Siedlungen Dulles und Marshall hat die Wohnbaugenossenschaft diese erworben und mit der Vermarktung begonnen. Die Wohnungen in der Marshallsiedlung sind weitgehend verkauft oder vermietet. In der

Dullessiedlung sind gerade die ersten Bewohner/innen eingezogen, die Häuser stehen aber noch weitgehend leer.

Leider hat sich die bisherige Stadtregierung bis heute geweigert, sich an der Entwicklung dieser beiden neuen Wohngebiete in irgendeiner Form zu beteiligen. Wir wollen unsere politische Verantwortung als Kommune wahrnehmen, die städtebauliche Entwicklung voranbringen und dazu beitragen, dass dort lebendige Stadtteile mit einer quartiersbezogenen Infrastruktur entstehen. Dazu gehören die Unterstützung der Gruppen, die in der Dullessiedlung Projekte gemeinschaftlichen Wohnens verwirklichen wollen, die Ansiedlung von Nahversorgern und Dienstleistungsbetrieben und eine gute ÖPNV-Anbindung. Gerade für junge Familien bietet die Marshall- und Dullessiedlung mit ihren vielen Frei- und Spielflächen gute Voraussetzungen für bezahlbaren und ausreichend großen Wohnraum.

7.3. AUCH IM ALTER SELBSTBESTIMMT LEBEN UND WOHNEN

Auch in Gießen wächst die Zahl der älteren Menschen. Mit der zahlenmäßigen Veränderung in der altersmäßigen Zusammensetzung geht schon seit längerem auch eine Veränderung der Ansprüche und der Lebensweisen einher, die zu neuen Herausforderungen in der kommunalen Altenhilfepolitik zwingt. Mit der von der Oberbürgermeisterin initiierten Fachtagung „Älter werden in Gießen – Altenhilfeplanung als Prozess“ im August 2010 hat sich Gießen auf den Weg gemacht, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Expertinnen und Experten sowie interessierte Bürger/innen haben sich zu einer AG Altenhilfeplanung zusammen geschlossen, um zu erarbeiten, was in Gießen noch fehlt und um die Stadt auch für die ältere Generation lebens- und lebenswert zu machen.

Das Spektrum der Themen reicht von Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege, Ausbau der haushaltsnahen Dienstleistungen, Schaffung von alternativen Wohnformen, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Angeboten im Gesundheitsbereich, Nachbarschaftsinitiativen, Freizeitangeboten bis zur Einrichtung einer Freiwilligenagentur.

Eine weitere Herausforderung ist die Sensibilisierung der Träger der Alten- und Pflegeheime für die Belange der 1. Generation der Migranten. Noch sind es wenige, die dort leben, aber die Zahl wird steigen, weil auch in Migrantenfamilien zunehmend nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass die älteren Menschen in der Familie betreut werden oder im Alter in ihre Herkunftsländer zurück kehren.

Ältere Menschen brauchen nicht nur Hilfe und Solidarität, sondern gerade die jungen Alten sind engagiert und bereit, sich für das Gemeinwesen einzubringen.

Alternative Wohnformen: Gießen verfügt über eine ausreichende Zahl von gut ausgestatteten Seniorenwohnanlagen und Pflegeheimen. Was fehlt, sind alternative Wohnformen wie Mehrgenerationenwohnen und Betreutes Wohnen. Bisher hat es von Seiten der Stadtregierung keine Initiative gegeben, solche Wohnformen auch für Gießen zu etablieren. Wir wollen dafür sorgen, dass

sich dies ändert. Wir werden Initiativen aus der Bürgerschaft, Gruppen und der Lokalen Agenda 21 unterstützen, indem wir Hilfe leisten bei der Suche nach Investoren, Baugelände oder der Umgestaltung schon bestehender Immobilien. Wir wollen durch die Einrichtung der oben schon beschriebenen Wohnvermittlungsstelle dazu beitragen, dass Seniorinnen und Senioren altengerechten Wohnraum finden, in dem ein selbständiges Wohnen auch mit zunehmendem Alter und Hilfebedarf möglich ist.

Barrierefreiheit: Leider gibt es auch in Gießen im öffentlichen Raum noch Einrichtungen, die den Zugang für behinderte und ältere Menschen erschweren. Dazu gehört auch das Stadttheater. Wir wollen in den nächsten Jahren konsequent in den Umbau solcher Einrichtungen soweit das möglich ist investieren, um Barrieren zu beseitigen. Auch die Internetseite der Stadt muss endlich barrierefrei gestaltet werden. Es ist heute durchaus möglich, solche Seiten so zu gestalten, dass z. B. die Schriftgröße individuell eingestellt werden kann und dass diese Seiten auch für Blinde zugänglich sind.

Mobilität: Die in Gießen schon vorhandenen Niederflurbusse erleichtern die Benutzung des ÖPNV. Wir wollen darüber hinaus die Haltestellen daraufhin überprüfen, ob die Fahrpläne in ausreichend großer Schrift lesbar und beleuchtet sind und wo noch nicht vorhanden, ausreichende Sitz- und Unterstellmöglichkeiten schaffen. Wir wollen für die späten Abend- und frühen Morgenstunden ein von der Stadt mitfinanziertes Nachfolgemodell des Frauennachttaxis einrichten, das auch für alle Menschen ab 65 Jahren zugänglich ist und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erleichtert. Wir wollen außerdem prüfen, ob dieses Angebot auch auf Jugendliche unter 18 Jahren ausgeweitet werden kann.

Silver economy: Unter diesem Begriff versteht man einen Wirtschaftszweig, der durch spezielle Angebote dazu beiträgt, Hilfe für im Alter entstehende Defizite anzubieten. Dazu gehören Handwerksbetriebe und auch Geschäfte. Handwerksbetriebe können dazu beitragen, durch den Einbau von Stützvorrichtungen, Beseitigungen von Stufen und Stolperfallen und evtl. nötige Umbauten, Wohnungen seniorengerecht umzugestalten und damit erreichen, dass ältere Menschen länger in ihren Wohnungen bleiben können. Größere Preis- und Hinweisschilder in den Geschäften, eine evtl. veränderte Anordnung der Waren mit leichter Zugänglichkeit, das Bereitstellen von Sitzmöglichkeiten können helfen, das Einkaufen zu erleichtern. Wir wollen dafür sorgen, dass die Wirtschaftsförderung der Stadt das Thema aufgreift und für Akzeptanz im Handwerk und bei Dienstleistungsunternehmen wirbt. Die Wirtschaftsförderung organisiert Workshops, die über das Thema informieren und neue Ansätze in diesem Bereich vorstellen.

Bürgerschaftliches Engagement: Zum bürgerschaftlichen Engagement gehört auch das Ehrenamt im traditionellen Sinn. Gerade Menschen nach der Berufs- und/oder Familienphase sind bereit und fähig, sich für andere zu engagieren, sei es im karitativen, kulturellen, schulischen oder sportlichen Bereich. Um diese Bereitschaft zu koordinieren und Angebote und Nachfrage in Einklang zu bringen, braucht es Ansprechpartner und einen Ort, d. h. auch Ehrenamt braucht professionelles Management.

Dabei ist darauf zu achten, dass Ehrenamt professionelle Hilfe nicht ersetzen kann und darf.

Wir wollen ein Freiwilligenzentrum schaffen, in dem Schulung und Vermittlung stattfindet und wo sich ehrenamtlich tätige Menschen treffen und austauschen können. Gerade im ehrenamtlichen Bereich gibt es viele Möglichkeiten der gegenseitigen Hilfe zwischen Jung und Alt. Ältere übernehmen Ausbildungs- und Jobpartnerschaften, Jüngere unterrichten Ältere im Umgang mit dem PC oder dem Handy, Ältere werden Großeltern auf Zeit und übernehmen diese Rolle für die Kinder einer Familie, Jüngere übernehmen kleine Hilfeleistungen für Ältere und vieles andere mehr.

Besonders in Städten ist es erforderlich, Entwicklungen stärker quartiersbezogen zu organisieren, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der dort lebenden Menschen zu entsprechen. Dazu gehört auch die Entstehung von Nachbarschaftsinitiativen, die zum Ziel haben, gegenseitige Hilfe zu organisieren und zu gewährleisten. Wir wollen solche Prozesse in den Quartieren anstoßen und unterstützen, wo es nötig ist. Wir wollen die zahlreichen bestehenden diesbezüglichen Initiativen weiterhin unterstützen.

7.4 MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: BARRIEREN ABBAUEN, GEMEINSAM UND SELBSTBESTIMMT LEBEN

Das tägliche Leben stellt Menschen mit Behinderungen vor eine Reihe von Problemen, welche die selbstbestimmte Lebensführung erschweren. Auch in unserer Stadt gibt es noch eine Vielzahl von baulichen Barrieren, die den Zugang auch zu öffentlichen Gebäuden verhindern oder erschweren.

Dies gilt auch für unser Stadttheater, das nicht nur für Rollstuhlfahrerinnen und –fahrer, sondern auch für Seniorinnen und Senioren nur unter erschwerten Bedingungen zugänglich ist. Bereits 2009 haben wir eine Untersuchung in Auftrag gegeben, um überprüfen zu lassen, ob der Ein- oder Anbau eines Aufzugs möglich ist. Das Gutachten hat ergeben, dass ein Anbau auf der linken Seite aus bautechnischen Gründen machbar ist. Die SPD-Fraktion konnte sich im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplans 2011 mit ihrem Antrag auf Einstellung von Mitteln für die Planung eines Auszuges am Stadttheater durchsetzen. Wir wollen in einem von uns zu verantworteten Haushalt Geld für diese Maßnahme einstellen.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden dafür sorgen, dass die noch in Gießen bestehenden sonstigen Barrieren nach und nach beseitigt werden. Öffentliche Einrichtungen, aber auch der Internetauftritt der Stadt müssen auch für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen erreichbar und nutzbar sein.

In Abstimmung mit der Wohnbau Gießen GmbH und anderen Wohnungsbaugesellschaften muss die Stadt verstärkt darauf hinwirken, dass mehr behindertengerechter Wohnraum geschaffen wird.

7.5. BERATUNG UND HILFE, DORT WO SIE GEBRAUCHT WIRD

In Gießen gibt es ein gutes Netz von Beratungsstellen, die für eine Vielzahl von Problemen wie Arbeitslosigkeit, Armut und Verschuldung, Obdachlosigkeit, Sucht- und Drogenprobleme, Probleme in der Familie und Gewalt gegen Frauen Beratung und Hilfe anbieten. Dieses Netz gilt es zu erhalten und wo nötig auszubauen.

Wir wollen diese Beratungsstellen weiterhin finanziell unterstützen und mit den Trägern, die noch keinen Vertrag mit der Stadt über finanzielle Zuschüsse haben, einen solchen abschließen. Stadtteilzentren wie in der Nordstadt oder das Wilhelm-Liebknecht-Haus in der Weststadt, die Anlaufstelle für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtteile sind, fehlen in anderen Quartieren der Stadt noch.

Wir wollen, dass dort ebenfalls Stadtteilzentren etabliert werden, die Treffpunkte für alle Generationen sein sollen, niedrigschwellige Beratung- und Hilfsangebote bereit halten und zur Identifikation mit dem Stadtteil einen Beitrag leisten.

7.6. GIESSEN-PASS

Der Gießen-Pass ermöglicht Menschen, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, soziale und kulturelle Teilhabe. Giessen-Passbesitzer zahlen im öffentlichen Personennahverkehr, in den Hallen- und Freibädern, in der Volkshochschule und der Musikschule nur die Hälfte der Gebühren. Es gibt allerdings eine Gruppe von Menschen, die trotz niedrigen Einkommens keinen Anspruch auf den Gießen-Pass haben, weil sie keinen Anspruch auf Hilfen zum Lebensunterhalt haben. Dazu gehören z. B. Rentnerinnen und Rentner oder auch Studierende mit Kind. Wir wollen den Kreis der Berechtigten erweitern, damit diese Personengruppen auch einen Anspruch auf den Gießen-Pass bekommen. Es kann nicht sein, dass die Bezugsart des Geldes ausschlaggebend ist, vielmehr muss die Höhe des zur Verfügung stehenden Einkommens der Maßstab sein.

8. Gießen – die Stadt der Integration

8.1. INTEGRATION BEDEUTET VIELFALT UND BETEILIGUNG - EIN INTEGRATIONSBÜNDNIS FÜR VIELFALT ALS CHANCE

In Gießen leben Menschen aus mehr als 100 Ländern. Jeder Mensch – ob mit oder ohne Migrationshintergrund, ob er schon lange, oder erst seit kurzem hier lebt – hat vielfältige Erfahrungen gesammelt und bringt eigenes Wissen mit. Eine moderne Integrationspolitik weiß um die Fähigkeiten aller Menschen und findet Wege, sie für alle Bürgerinnen und Bürger in Gießen zu nutzen. Integration muss gestaltet und gefördert werden. Und zu diesem Plan gehört eine nachhaltige Gesamtstrategie,

mit der in Gießen organisiert wird, dass Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft aufeinander zu gehen, voneinander lernen und gemeinsam das Leben in unserer Stadt gestalten.

Was bedeutet Integration? Integration heißt für uns, dass alle Menschen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben. Integration heißt für uns nicht, dass Menschen ihre kulturelle Identität aufgeben müssen. Klar ist für uns: Das Grundgesetz und seine Werte müssen von allen Menschen respektiert und geachtet werden, weil es die Grundlage für unser friedliches Zusammenleben bietet.

In der Integrationsdebatte brauchen wir einen Paradigmenwechsel, der in einer veränderten Haltung zum Thema besteht und alle Mitglieder der Gesellschaft als verantwortlich Handelnde definiert.

Der Begriff der Integration beschreibt einen langen Prozess, in dem Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft miteinander ihre Identität finden. Dieser Prozess braucht Beteiligung, nicht Ausgrenzung. Mit Offenheit müssen Probleme und Schwachstellen benannt werden.

Schuldzuweisungen und Anfeindungen werden aber nie zu einer gemeinsamen Identitätsfindung und einem gleichberechtigten Dialog, sondern zu Verletzungen und Verbitterung führen. Deshalb kommen der Politik bei der Gestaltung der Integration die Aufgaben zu, diesen zivilgesellschaftlichen Prozess zu initiieren, zu begleiten und dafür Sorge zu tragen, dass die Voraussetzungen für einen solchen Prozess erfüllt werden.

Da wir der Überzeugung sind, dass Integration ein gemeinsamer Prozess ist, sehen wir auch in Zukunft die Migrantenselbstorganisationen in einer Schlüsselrolle. Besonders hervorzuheben ist hierbei der Ausländerbeirat. Die Gießener SPD wird sich auf Landesebene weiter für eine Stärkung der Rechte der Ausländerbeiräte, insbesondere das Rede- und Antragsrecht in Kommunalparlamenten sowie ein kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebende Nichtdeutsche, einsetzen.

Die Ansicht, gelungene Integration würde in kultureller Anpassung bestehen, ist nicht unsere Definition von gelungener Integration. In dieser Vorstellung liegt nicht nur der Gedanke, es gebe eine einheitliche und überlegene Kultur, es werden auch Kompetenzen geleugnet, auf die unsere Stadt ökonomisch und sozial überhaupt nicht verzichten kann. Als Sozialdemokraten machen wir uns seit langem für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht stark. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass Menschen, die bei uns leben, die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können.

Integration ist die Kernfrage sozialer Gerechtigkeit. Ob Integration gelingt, entscheidet sich auf kommunaler Ebene. Durch bundes- und landespolitische Regelungen werden Rahmenbedingungen vorgegeben. Erfolg oder Misserfolg von Integrationsprozessen entscheidet sich über die konkreten politischen Handlungen vor Ort, also auf kommunaler Ebene. Die Frage, ob es gelingt, gleiche Partizipationsmöglichkeiten für alle Menschen, auch mit Migrationshintergrund oder aus sozioökonomisch prekären Verhältnissen zu gewährleisten, entscheidet über die Zukunft unserer Gesellschaft und bedeutet die Kernfrage sozialer Gerechtigkeit, hier zeigt sich, welche große Verantwortung jetzt kommunalpolitisch übernommen werden muss.

8.2. INTEGRATION ALS QUERSCHNITTAUFGABE ALLER POLITIKBEREICHE

Integration muss eine Querschnittsaufgabe durch alle Politikbereiche werden. Es reicht nicht, eine Beauftragte oder einen Beauftragten für die Integration zu benennen. Integration als Querschnittsaufgabe zu begreifen ist insbesondere wichtig, weil wissenschaftliche Studien immer wieder beweisen, dass kulturelle Unterschiedlichkeit in den seltensten Fällen Integration verhindert. Wenn Integrationsprozesse scheitern, liegt dies zumeist an einer zu schlechten sozioökonomischen Situation. Das Gelingen von Integration ist aus sozialdemokratischer Sicht für unser Land von existentieller Bedeutung. Die Frage von Integrationsprozessen ist dabei so komplex, dass sie von allen Politikbereichen mitbedacht werden muss.

Wenn Integration Partizipation, also gleichberechtigte Teilhabe und gemeinsames Handeln bedeutet, dann bedarf es einer neuen Sichtweise auf Integrationspolitik. Gießen benötigt ein Integrationsleitbild, das Politik gemeinsam mit den Migrantenorganisationen, besonders dem Ausländerbeirat und unter Beteiligung der gesamten Bürgerschaft entwickeln muss. Die SPD wird sich dafür einsetzen, ein breites Gießener Bündnis für Integration ins Leben zu rufen. Unsere Gießener Integrationspolitik baut auf dem Fundament des vorhandenen Potentials der gesamten Bevölkerung auf, d.h. auf den Errungenschaften, Fähigkeiten und Kompetenzen aller Beteiligten. Das Gießener Bündnis für Integration soll wissenschaftlich durch die JLU Gießen begleitet werden. Als erster Schritt soll eine Studie erstellt werden, welche die Integrationsprozesse in der Stadt Gießen evaluiert. So soll eine wissenschaftliche Datenbasis als Bezugspunkt ermittelt werden.

8.3. STADTVERWALTUNG, BILDUNG UND STADTTEILARBEIT: DREI SÄULEN FÜR DIE INTEGRATIONSPOLITIK

Kommunales Handeln für eine moderne und gelingende Integrationspolitik, die der Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft dient, werden wir in Gießen auf drei Säulen stellen. Zentrale Rollen kommen hierbei der Stadtverwaltung, dem gesamten Bildungsbereich und der Stadtteilarbeit zu.

Stadtverwaltung: Die Stadtverwaltung wird die städtische Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen koordinieren. Die Stellung der Integrationsbeauftragten wird ausgebaut. Wir wollen, dass interkulturelle Arbeit und Integration von einem Integrationsbüro bei der Stadtverwaltung geleistet werden. Diesem Büro soll die Rolle zukommen, Konzepte für die Integration aller Einwanderer zu entwickeln und die Aktivitäten der Beteiligten zu koordinieren.

Das Integrationsbüro soll folgende Aufgaben erhalten:

- Es werden Angebote für die Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft initiiert und koordiniert. Diese werden innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung vernetzt.
- Es werden allgemeine Rechtsinformationen erteilt und Kontakte zu zuständigen Ämtern und Institutionen vermittelt.

- Es werden ehrenamtliche Mediatoren/Lotsen für Konfliktfälle ausgebildet, geschult und vermittelt.
- Das Integrationsbüro stellt Ansprechpartner/innen für soziale Dienste, Bildungseinrichtungen und Behörden zur Verfügung, die in allen migrationsspezifischen Fragestellungen Beratung und Fortbildungen geben können. Insbesondere im Bereich kultursensibler Alten- und Krankenpflege finden Fortbildungen und Beratungen statt.

Darüber hinaus entwickelt die Stadtverwaltung folgende Aktivitäten:

- Der Ausländerbeirat wird gestärkt und entwickelt sich zum Integrationsbeirat.
- Die Stadt Gießen wird einen Integrationsstadtplan gemeinsam mit Sportvereinen, Verkehrsbetrieben und Kulturorganisationen entwickeln. Der Stadtplan erscheint in mehreren Sprachen und ist auch auf der Homepage der Stadt Gießen abrufbar. Er gibt einen Überblick über die wichtigsten Sport-, Bildungs-, Jugend-, frauenspezifischen und Kulturangebote der Stadt.
- Sämtliche Publikationen der Stadt, wie Gesundheitsführer erscheinen mehrsprachig.
- Informationen über Grundlagen, Zielsetzungen und Maßnahmen des Gießener Integrationsbündnisses finden sich auch im Internetauftritt der Stadt Gießen wieder.
- Um Isolation und Rückzug in ethnische Bezugsgruppen entgegen zu wirken, werden immer wieder vielfältige Begegnungsanlässe geschaffen, z.B. bietet die Stadt in enger Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen, vor allem dem Ausländerbeirat und verschiedenen religiösen Zuwanderergemeinden regelmäßig interkulturelle Stadtführungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten an.
- Es werden Fortbildungen für städtische Mitarbeiter hinsichtlich ihrer interkulturellen Kompetenz organisiert.
- Die Stadt Gießen ergreift Maßnahmen, dass die Anzahl an Angestellten mit Migrationshintergrund der tatsächlichen Anzahl an Menschen mit Migrationshintergrund in Gießen entspricht. Das Büro der Integrationsbeauftragten/Integrationsbüro wird in die Stellenausschreibung und Besetzung eingebunden.

Bildung: Bildung in Kitas, Schulen, Weiterbildungsmaßnahmen und an den Hochschulen spielt die Schlüsselrolle für gelingende Integration. Die Stadt Gießen bietet in allen Bereichen der Bildung beste Möglichkeiten. Weil Bildung und Erziehung wesentliche Voraussetzungen für die Integration in unsere Gesellschaft bilden, müssen alle an Bildung und Erziehung Beteiligten interkulturelle Konzepte für ihre Einrichtungen entwickeln. Hierbei werden sie von der Stadt unterstützt. Der entscheidende Gedanke ist, dass die Antwort auf veränderte gesellschaftliche Realitäten nicht allein in wenigen Förderstunden, bzw. zusätzlicher Betreuung bestehen kann, sondern die Bildungs- und Erziehungsstätten ihre Konzeption so ausrichten müssen, dass sie dem Ziel der Integration Rechnung tragen. Kindergärten und Grundschulen sind die ersten Bildungseinrichtungen, die von Kindern besucht werden. Hier werden die Voraussetzungen für Gelingen oder Misslingen nicht nur der Schulkarriere, sondern des gesamten Integrationsprozesses gelegt, deshalb bedarf es in diesem Bereich des größten kommunalen Engagements.

Die Stadt Gießen entfaltet folgende Aktivitäten:

- Die Stadt unterstützt Kindergärten und Schulen bei der Entwicklung interkultureller Konzepte durch das Integrationsbüro unter anderem mit Fortbildungen.
- Die Kitas werden unterstützt, Netzwerke der Elternarbeit aufzubauen.
- Die Stadt fördert Programme, die eine mehrdimensionale Wirkung haben und auf Hilfe zur Selbsthilfe setzen, wie z. B. das HIPPY Programm, mit dem die Erziehungskompetenzen der Eltern ausgebaut werden.
- Die Stadt Gießen wird in ihrem Zuständigkeitsbereich darauf achten und sich außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs dafür einsetzen, dass der Anteil an Erziehern, Betreuern, Lehrern und Sozialarbeitern mit Migrationshintergrund erhöht wird.
- Die Fachstelle für interkulturelle Erziehung bleibt erhalten.
- Die Stadt fördert Bildungspartnerschaften zwischen Kitas und Grundschulen sowie Grundschulen und weiterführenden Schulen, um die für eine gelingende Bildungsbiographie entscheidenden Übergänge zu unterstützen.
- Um dem Erziehungsauftrag unserer Grundschulen gerecht zu werden, setzt sich die Stadt für mehr Sozialarbeit an Grundschulen ein.
- Der Übergang von Schule zu Ausbildung und Beruf wird von der Stadt durch die Organisation eines Mentorenprogramms unterstützt. Bürgerinnen und Bürger werden in ihrem ehrenamtlichen Engagement unterstützt, indem sie die Patenschaft für einen/eine Jugendliche mit Migrationshintergrund übernehmen und helfen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und dem Weg ins Berufsleben. Dieses Projekt richtet sich an Schülerinnen und Schüler der 8. bis 10. Klassen, welche sich auf den Berufseinstieg vorbereiten. Seniorinnen und Senioren geben Berufs- und Lebenserfahrung weiter und stellen Kontakte her.
- Die Gießener SPD setzt eine verstärkte Information für Eltern und Jugendliche über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem in Gießen um. Die Stadt organisiert in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat und Migrantenselbstorganisationen regelmäßig Informationsveranstaltungen über die Gießener Bildungslandschaft in den Stadtteilen.
- Die Gießener SPD setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Stadt Gießen die Rahmenbedingungen insbesondere für Migrantinnen verbessert, an Sprachkursen teilnehmen zu können. Hierzu gehören kommunale Zuschüsse für niedrigschwellige Angebote, die sich an Migrantinnen wenden und bei denen für eine Kinderbetreuung gesorgt wird.
- Wichtig sind für die Gießener SPD Angebote für Migrantinnen. Diese Angebote sollen mit anderen Bildungsträgern, z. B. Kitas im Sinne der Familienbildung verbunden werden.

Stadtteilarbeit: Die dritte Säule der integrationspolitischen Arbeit liegt in der Stadtteilarbeit. Hier sind insbesondere die Arbeit von Sportvereinen und Migrantenselbstorganisationen sowie ehrenamtliche Tätigkeit im Rahmen zivilgesellschaftlichen Engagements als wichtige Elemente zu nennen. Es bedarf aber auch in den Stadtteilen niederschwelliger Angebote der Stadtverwaltung, sich zu informieren bzw. Probleme anzusprechen. Es muss eine Vernetzung mit Kursen und Veranstaltungen stattfinden, die gemeinsame Aktivitäten möglichst aller Bewohner des Stadtteils zum Ziel haben. Eine Schlüsselrolle spielt die Zusammenarbeit zwischen Migrantenselbstorganisationen und Vereinen.

Die SPD Gießen wird folgende Punkte umsetzen:

- Die Stadt Gießen gibt in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen eine mehrsprachige Broschüre für alle Sportinteressierten heraus.
- Die Stadt Gießen bildet in den Stadtteilen Ansprechpartner aus, die bei Amtsgängen helfen und bei Problemen vermitteln können.
- Städtebauliche Maßnahmen werden gefördert werden, wenn sie zu einer Verhinderung der Gettoisierung und kultureller und sozialer Durchmischung beitragen.
- Es werden in den Stadtteilen Angebote unterstützt, die zu Kontakten zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund wie auch zu Kontakten zwischen den verschiedenen Migrantengruppen führen.

Die Vereine und Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten leisten seit vielen Jahren einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration und zum friedlichen Zusammenleben in unserer Stadt. Häufig leisten sie diese Arbeit unter erschwerten Bedingungen. Vielfach fehlt es für die Arbeit, gerade auch für die Jugendarbeit, an geeigneten Räumen. Wir wollen deshalb im Zusammenwirken mit dem Ausländerbeirat und den einschlägigen Vereinen den konkreten Bedarf prüfen, das bestehende Raumangebot (z.B. im ZIBB, den Bürgerhäusern, Jugendzentren etc.) ermitteln und auf seine Nutzbarkeit hin überprüfen und ggf. neue Raumangebote in gemeinsamer Verantwortung von Stadt und Vereinen anstreben.

9. Gießen – die Stadt der Gleichstellung von Frauen und Männern

Geschlechtergerechtigkeit herzustellen ist eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung, auch für die Kommune. Zwar sind bezüglich der Teilnahme und Mitgestaltung von Frauen in Politik und Gesellschaft heute Fortschritte zu verzeichnen, doch gibt es noch viel zu tun. Nach wie vor sind Frauen in Politik und Wirtschaft nicht gleichberechtigt beteiligt, schultern den Hauptanteil an Familien- und Hausarbeit und verdienen bei gleicher Qualifikation schlechter als Männer, haben im Alter eine geringere Rente. Doch Geschlechtergerechtigkeit verlangt mehr als die immer noch unverzichtbare Frauenförderung. Sie nimmt auch den notwendigen Rollenwandel, der sowohl Mädchen und Frauen als auch Jungen und Männer betrifft, in den Blick.

Gender Mainstreaming wurde auf den Weltfrauenkonferenzen in Nairobi und Peking als eine Strategie entwickelt, die zum Ziel hat, in allen politischen Entscheidungsprozessen – von der Planung bis zur Überprüfung - den Geschlechteraspekt zu berücksichtigen. Die EU hat diese Strategie für ihre Politik übernommen und im Amsterdamer Vertrag seit 1999 für alle Mitgliedsstaaten verbindlich festgelegt. Das bedeutet, dass auch auf kommunaler Ebene eine systematische Integration des Gleichstellungsziels in allen Zuständigkeitsbereichen gefordert ist.

Gender Mainstreaming zielt langfristig darauf, die Verantwortung für eine geschlechtergerechte Gestaltung der Gesellschaft auf alle Akteurinnen und Akteure einer kommunalen Verwaltung zu übertragen. Das bedeutet, bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen in der täglichen Verwaltungspraxis die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein zu berücksichtigen. Um dies in allen Bereichen der Verwaltung zu erreichen, braucht es eine intensive Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Verantwortung für die Anwendung der Strategie liegt bei der Verwaltungsspitze (TOP-DOWN-Prozess).

Wir wollen erreichen,

- dass Genderschulungen in allen Bereichen der Stadtverwaltung durchgeführt werden;
- dass in jedem Amt eine besonders geschulte Person als Genderbeauftragte/r benannt wird, der/die die in dem Amt zu treffenden Entscheidungen und die dafür veranschlagten Gelder daraufhin überprüft, welche Auswirkungen sie auf die Geschlechter haben;
- und dass dies bei der Haushaltsaufstellung beachtet wird.

Um deutlich zu machen, was damit erreicht werden kann, hier einige wenige Beispiele aus unterschiedlichen Bereichen:

Bauleitplanung und Verkehr:

- Berücksichtigung von unterschiedlichem Mobilitätsverhalten (Frauen legen mehr Wege und zu anderen Zeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück als Männer) bei der Ausgestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs.
- Schaffung von baulich-räumlichen Strukturen, die Schutz vor Gewalt bieten, wie z. B. ausreichende Breite und Beleuchtung von Rad- und Gehwegen, Vermeidung von „Angsträumen“.
- Infrastruktur, die die Versorgungsarbeit für die Familie erleichtert (Kinderbetreuung, Nahversorger, Arztpraxen und andere Dienstleistungen in der Nähe der Wohngebiete).

Kinder und Jugendliche:

- Gendern von Ferienangeboten für Kinder und Jugendliche (von der Art der Angebote bis zur Art der Ausschreibung).
- Gestaltung von Spielplätzen (Mädchen und Jungen bevorzugen unterschiedliche Spielgeräte).
- Geschlechtergerechte Verteilung von Mitteln im Rahmen der Sportförderung (Mädchen und Jungen bevorzugen unterschiedliche Sportarten).

Wirtschaftsförderung:

- Ansiedlung von neuen Gewerbebetrieben, die spezifischen Qualifikationen von Männern bzw. Frauen Rechnung tragen.
- Akquirierung von Förderprogrammen zur beruflichen Wiedereingliederung, die spezifischen Bedarfen von Männern bzw. Frauen Rechnung tragen.

Immer mehr Kommunen machen sich auf den schwierigen Weg, dafür zu sorgen, dass bei ihren Entscheidungen mehr darauf geachtet wird, dass da, wo es unterschiedliche Interessen von Frauen und Männern gibt, diese auch gleichgewichtig beachtet werden. Wir wollen, dass Gießen zu diesen Kommunen gehört.

10. Gießen – die Stadt der ökologischen Verantwortung

10.1. ÖKOLOGISCHE VERANTWORTUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Der Schutz von Natur und Umwelt hat für die SPD einen hohen Stellenwert. In Regierungsverantwortung für die Stadt wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, dem verschwenderischen Umgang mit Energie, Natur, Landschaft und Wasser zu beenden. Zur Bündelung und übergreifenden, wirksamen Wahrnehmung der Natur- und Umweltschutzelange in Politik und Verwaltung der Stadt Gießen bleibt das Amt für Umwelt und Natur eine selbständige Organisationseinheit.

Energieproduktivität steigern und erneuerbare Energien fördern: Nachhaltige Versorgung mit Energie ist eine existenzielle und ökologische Frage und zugleich ein soziales Thema. Wir brauchen Wärme und Strom zu bezahlbaren Preisen! In Zeiten knapper werdender Ressourcen an fossilen Brennstoffen und Klimaschäden muss Energie intelligenter genutzt und der Einsatz Erneuerbarer Energien gefördert werden. Da unsere Stadtwerke (SWG AG) durch Blockheizkraftwerke (BHKW) und Fernwärmenetz eine gute Grundlage geschaffen haben, haben wir in Gießen die besten Voraussetzungen.

Unser Ziel ist die 100%-ige Versorgung unserer Stadt mit Strom aus Erneuerbaren Energien! Strom zu produzieren nach dem Motto „Nach uns die Sint- und Atommüllflut“ funktioniert nicht mehr!

- Der Energiebedarf von Gebäuden muss drastisch gesenkt werden. Mit verbesserter Wärmedämmung lässt sich die effiziente Nutzung von Energie und damit die Energieproduktivität enorm steigern. Wir wollen in Kooperation mit dem Landkreis Gießen den Gießener Gebäudepass für Energieeinsparung und gesundes Wohnen ausbauen, um private Gebäudeeigentümer zur wärmetechnischen Sanierung ihrer Häuser zu motivieren. Das schont das Klima und – über eingesparte Heizkosten – den Geldbeutel.
- Der städtische Gebäudebestand wird auf der Grundlage von Energieaudits weiter Schritt für Schritt modernisiert.
- Durch beschleunigten Aufbau eines Energiemanagements für alle städtischen Liegenschaften soll bei der Gebäudenutzung so viel Energie wie möglich eingespart werden.
- Das Fernwärmenetz, das kontinuierlich auch über die Stadtgrenze hinaus erweitert werden soll, bietet die große Chance zur Ressourceneinsparung sowie des vermehrten Einsatzes von Erneuerbaren Energien.

- BHKWs haben einen hohen Ausnutzungsgrad, da die bei der Stromerzeugung entstehende Wärme über das Fernwärmenetz genutzt wird. Neben BHKWs mit Gas als Brennstoff betreibt die SWG AG bereits Anlagen mit Holzhackschnitzeln. Für die Zukunft sind auch BHKWs mit Biogas aus Bioabfall vorstellbar!
- Wir wollen die Energiegewinnung mit Biogas aus der Abwasserreinigung optimieren mit dem Ziel des energieautarken Betriebs der Kläranlage.
- Auch Strom muss effizienter genutzt werden. So soll nach und nach die gesamte Straßenbeleuchtung mit LED-Leuchten ausgerüstet werden. Die um ein Drittel höheren Investitionskosten amortisieren sich durch Einsparungen von bis zu 50 % beim Stromverbrauch und die deutlich längere Lebensdauer als herkömmliche Natriumdampflampen.
- Photovoltaik (PV)-Anlagen zur Stromerzeugung und Solarthermie-Module zur Wärmegewinnung sollten auf geeigneten Dächern zur Selbstverständlichkeit werden. Die Stadt hat ein Solardach-Kataster ins Internet gestellt, damit Hauseigentümer die Eignung ihres Daches für die Nutzung von Sonnenenergie abrufen können. Dafür muss mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit geworben werden. Besitzer von optimal geeigneten Dächern werden aktiv beraten.
- Vorbildlich könnten in Zukunft öffentliche Gebäude als Kraftwerke (z.B. Solarfassaden) dienen. Die Stadt initiiert oder unterstützt Bürgerbeteiligungen für Projekte zur Nutzung von Solarenergie (Solarschatzbriefe), was Bürger motiviert und die Akzeptanz fördert.
- Die Nutzung des ehemaligen US-Depots als Energiepark für Solaranlagen soll im Einklang mit Natur und Landschaft geprüft werden.
- Bereits in der Bauleitplanung soll die solare Energienutzung durch entsprechende Vorgaben für Neubauten optimiert werden, was z.B. Dach-/Fassadenausrichtung, Gebäudeabstand und verschattungsfreie Anordnung betrifft. Eine kompakte Bauweise und die Nutzung von Baulücken steigert die Energieeffizienz, die sparsame Bodennutzung vermeidet, Landschaftsversiegelung.
- Städtische Grundstücke werden zur Bebauung unter der Bedingung verkauft, dass die Neubauten Energiestandards deutlich unter den gesetzlichen Anforderungen des Jahres 2010 für den Gebäudeenergieverbrauch einhalten. Gleiches gilt für städtebauliche Verträge.
- An Stromtankstellen für Elektrofahrzeuge muss schon heute gedacht werden: z.B. sollen Parkhäuser PV-Anlagen auf dem Dach und Steckdosen an Parkplätzen erhalten.
- Neuanschaffungen für Fuhrpark und Dienstwagen in allen städtischen Gesellschaften sollen vorausschauend getätigt werden: Erdgas- und Hybridfahrzeuge füllen vorübergehend die Lücke zum leistungsstarken Elektroauto.
- Wir wollen zusammen mit dem Landkreis Gießen einen Energiebeirat einrichten. Dieser soll aus Vertretern der Bereiche Politik, Verwaltung, Energieversorgung, Installationshandwerk, Hochschule und Naturschutz bestehen. Er soll das Energiefachwissen der Stadt und des Landkreises Gießens an einen „Tisch“ zusammenführen, um Schritte zum Klimaschutz zu beschleunigen.
- Der Energiebericht der Stadt und der SWG AG wird alle zwei Jahre fortgeschrieben und eine Energiebilanz enthalten.

Klima-Allianz Giessen 2020 - Ein starkes Bündnis für den Klimaschutz: Zur deutlichen Verringerung des klimaschädlichen Kohlendioxid-Ausstoßes im gesamten Stadtgebiet wollen wir gemeinsam mit den Stadtwerken eine Klima-Allianz Gießen 2020 als Beteiligungsprozess und Netzwerk von Akteuren aus Handel, Gewerbe, von Wohnungsbau- sowie Dienstleistungsunternehmen, Verwaltungen und Verbänden organisieren. Wir wollen mit der engagierten Gießener Stadtgesellschaft in diesem Klimaschutzbündnis auf der Grundlage eines integrierten Klimaschutzkonzeptes ein Aktionsprogramm mit kurz-, mittel- und langfristigen Strategien für eine gemeinsame nachhaltige Energie- und Klimapolitik in unserer Stadt entwickeln. Zur Koordination aller Klimaschutzaktivitäten in der Stadtverwaltung und im Stadtgebiet wird in der Stadtverwaltung eine Klimaschutzleitstelle eingerichtet.

Natur in der Stadt –Stadtgrün schützen, erhalten und entwickeln: Grünflächen, Kleingärten, Bäume, Sträucher und Hecken in der Stadt sind immens wichtig! Sie sorgen für die Reinigung und Verbesserung der Luft, bilden eine Lebensgrundlage für unterschiedlichste Tiere und tragen so zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Ortsnahe Naturschutzgebiete sind wichtige Ruheinseln und Erholungsorte. Die Gießener SPD setzt sich daher mit großem Engagement für die Erhaltung aller Grünflächen und geschützten Gebiete in der Stadt ein, sowie für die Ausweisung weiterer geschützter Gebiete auch im Innenbereich der Stadt nach dem neuen Bundesnaturschutzgesetz. Das schützt auch den Baumbestand. Die unbebauten Bereiche des ehemaligen US-Depots sollen unter Schutz gestellt werden.

Luftreinhaltung: Für die Qualität unserer Luft spielt die Natur eine große Rolle. Parks und Grünanlagen mit dem zum Teil alten Baumbestand dienen als „Grüne Lungen“ und sorgen nicht nur für Naherholung sondern auch für die Verbesserung unserer Luftqualität – gerade im innerstädtischen Bereich. Durch intelligente Stadtplanung wollen wir die für den Luftaustausch in der Stadt und der damit einhergehenden Verbesserung der Luftqualität so wichtigen Frischluftschneisen erhalten und ausbauen. Dies ist wegen der Beckenlage Gießens von besonderer Bedeutung. Um die Funktionalität dieser Frischluftschneisen verbessern zu können, sollen die Empfehlungen des vorhandenen Klimagutachtens von 1995 ernst genommen und umgesetzt werden. Das gilt für alle Bau- und Umbaumaßnahmen, insbesondere an den Siedlungsrändern.

Zur Berücksichtigung des Planungsfaktors „Klima“ wollen wir einen „Klimaplanatlas Gießen“ erstellen lassen. Er beinhaltet die flächendeckend analysierten Klimabereiche im Stadtgebiet, wie sie sich vor allem durch die verschiedenen Flächennutzungen darstellen. Als Datengrundlage werden insbesondere die vorhandene Biotopkartierung und aktuelle Luftbilder genutzt. Der Klimaplanatlas stellt auch die flächenhafte Temperaturverteilung (Kalt-, Frischluft- und Wärmegebiete) dar und gibt Planungshinweise für die Bauleitplanung. In diesem Zusammenhang treten wir auch für die weitere Durchführung und Förderung der Begrünung von Gebäuden und Anlagen ein.

Naherholung: Unser Ziel ist es, Naherholungsgebiete (z.B. Schwanenteichgebiet, Wieseckau, Schiffenberg) zu schützen und zu bewahren. Die Lahn soll zur Stadt hin geöffnet werden und in der

weiteren Stadtplanung an beiden Ufern mit durchgängigen Wegen zum Erholungs- und Erlebnisort entwickelt werden. Vogelschutzgehölze sowie ortsnahe und innerörtliche Parks sollen erhalten bleiben. In Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig-Universität wollen wir dafür sorgen, dass der Akademische Forstgarten im Schiffenberger Wald erhalten, gepflegt und der Bevölkerung zugänglich gemacht wird.

Um den Wert der innerstädtischen Naherholung für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen, setzen wir uns außerdem für die Bewahrung des Botanischen Gartens und die Verlängerung seiner Öffnungszeiten ein.

Des Weiteren soll ein durchgängiger Weg entlang der innerörtlichen Wieseck von der Ringallee bis zur Mündung in die Lahn führen. Die Gestaltung der Wieseck-nahen Straßen soll darauf ausgerichtet sein, Begegnungsorte für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, wie z.B. in der Lonystraße mit einem Weg entlang der Wieseck, der den Bürgerinnen und Bürgern als gemeinsamer Treffpunkt am Gewässer dient und die Wieseck als „Fluss mit Flair“ im Gießener Stadtbild verankert. Wir wollen dafür sorgen, dass bei der Umsetzung der Projekte zur Landesgartenschau 2014 besonders die Aspekte einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung zum Tragen kommen und z.B. Schutzgebiete vor Eingriffen bewahrt werden.

Kein Anbau von gentechnisch manipulierten Pflanzen: Die SPD in Gießen setzt sich ausdrücklich gegen den Einsatz von gentechnisch manipulierten Pflanzen und deren Anpflanzung ein. Die Auswirkungen und Implikationen, die der Einsatz von genmanipulierten Pflanzen für unsere Umwelt mit sich bringt, sind unüberschaubar und bergen ein großes Risiko. Gegenwärtig werden in Gießen keine weiteren Versuche mit gentechnisch manipulierten Pflanzen im Freiland vorgenommen. Wir treten dafür ein, dass dies auch so bleibt! Weder jetzt noch in der Zukunft sind wir gewillt, derartige Versuche und die damit verbundenen Risiken für die Umwelt und die Bürgerinnen und Bürger in Kauf zu nehmen. Bei der Verpachtung von städtischen landwirtschaftlichen Flächen wird der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ausgeschlossen.

Eingriffe in die Natur müssen ausgeglichen werden: Für den Fall eines Eingriffs in die Natur, sieht das Gesetz die Leistung einer Ausgleichsabgabe vor. Der Ausgleich kann dabei unabhängig vom Eingriffsort, an ganz anderer Stelle, erbracht werden. Die Gießener SPD fordert eine sinnvolle Verwendung der Ausgleichsabgaben und möchte, dass Ausgleichsmaßnahmen in Form von Naturschutzprojekten (z.B. Sanierung und Pflege von Streuobstwiesen) einen dauerhaften und nachhaltigen Effekt erbringen. Wir setzen uns daher für eine ortsnahe Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen ein, die der Flora, der Fauna und den Bürgern tatsächlich zu Gute kommen kann.

Natur muss gepflegt werden: Ein weiteres wichtiges Ziel ist es, dem Schwund der Streuobstwiesen entgegenzuwirken. Die typisch hessischen Obstwiesen prägen unser Landschaftsbild und besitzen dadurch, dass sie Obstsorten liefern, die es im Supermarkt nicht gibt, einen hohen kulturhistorischen

Wert. Von hoher Wichtigkeit ist, dass sie dem Klimaausgleich sowie dem Boden- und Wasserschutz dienen. Schließlich besitzen sie eine essentielle Bedeutung für die heimische Flora und Fauna. Denn Streuobstwiesen sind Biotope für viele bedrohte Vogelarten (z.B. Steinkauz), Insekten und Kleinsäuger. Die Gießener SPD hat sich daher zur Aufgabe gemacht die typischen Streuobstbestände in den einzelnen Stadtteilen in ihrem ursprünglichen Charakter zum Nutzen von Mensch und Natur zu erhalten. Wo es möglich ist, sollen weitere Bestände gepflanzt (z.B. im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen) und gepflegt werden.

Grundwasser und Gewässer: In unserer Regierungszeit haben wir dafür gesorgt, dass durch das Amt für Umwelt und Natur ein umfangreiches Netz aus Grundwassermessstellen zur Kontrolle des Grundwassers aufgebaut wurde. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass diese Messstellen weiterhin regelmäßig beprobt werden, um das Grundwasser auf den Gehalt an organischen und anorganischen Schadstoffen zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden im Rahmen eines Grundwasserberichtes, der in der Reihe der Gießener Umweltberichte erschienen ist, der Bevölkerung zugänglich gemacht. Dieser Bericht soll auch zukünftig fortgeschrieben und kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Obwohl der durchschnittliche Verbrauch an Trinkwasser in den letzten Jahren deutlich gesenkt werden konnte, führen unter anderem Verunreinigungen von Grund- und Oberflächenwasser dazu, dass Wasser - auch in trockenen Sommern - nicht mehr in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung steht. Deshalb muss das Niederschlagswasser der Dachflächen gesammelt und als Brauchwasser genutzt werden.

Die SPD in Gießen setzt sich für einen nachhaltigen Hochwasserschutz an der Lahn und ihren Zuflüssen ein. Damit verbunden ist unter anderem das Ziel, die Gewässerqualität und –strukturgüte von Gewässern in und um Gießen zu verbessern. Die in der Umgebung von Hochwasserdämmen entstandenen Gebiete sollen der Naherholung der Bürger dienen, während naturnah gestaltete Auenbereiche als Lebensräume für seltene Tier- und Pflanzenarten geschützt werden sollen. Die Renaturierung der Fließgewässer wird - auch zum Schutz vor Hochwasser - konsequent fortgesetzt.

Bodenschutz: Bodenschutz ist Teil des Umweltschutzes und seit dem Inkrafttreten des Bundes-Bodenschutz-Gesetzes sind auch die Bodenfunktionen gesetzlich geschützt. Der nachhaltige und schonende Umgang mit dem Umweltmedium Boden wird auch durch die Gießener SPD konsequent verfolgt. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete wird z. B. ein effizientes und sinnvolles Flächenmanagement betrieben und, wenn möglich, durch Flächenrecycling zu einer Verminderung der Flächeninanspruchnahme beigetragen. Gezielte Entsiegelungsmaßnahmen können einen Beitrag zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen leisten. Daher setzt sich die Gießener SPD für Entsiegelungsmaßnahmen auf städtischen Grundstücken ein. Diese tragen nicht nur zum Bodenschutz, sondern auch durch eine naturgemäße Versickerung des Niederschlagswassers zu einer natürlichen Grundwasserneubildung bei. Auch bei der Ausweisung von Wohngebieten soll – wenn möglich – das Niederschlagswasser durch Pflasterung der Wohnstraßen versickern können.

Schon seit 1990 wird ein Bodenbelastungskataster aufgebaut. Dabei werden städtische Grundstücke wie z.B. Kinderspielplätze im gesamten Stadtgebiet systematisch auf ihren Gehalt an organischen und anorganischen Schadstoffen untersucht. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden bereits in Form eines Bodenschutzberichtes interessierten Bürgern kostenlos zur Verfügung gestellt. Eine Fortführung des Bodenbelastungskatasters und eine Fortschreibung des Bodenschutzberichtes sollen unter Berücksichtigung der jeweils neuesten Ergebnisse erfolgen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass auch hierfür in den nächsten Jahren regelmäßig Haushaltsmittel bereit gestellt werden.

Von der Abfallwirtschaft zur ökologischen Stoffwirtschaft: Eine möglichst niedrige Menge insgesamt anfallender Abfälle ist unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen Wirtschaft: die Stoff- und Materialflüsse sind gering, der mit der Entsorgung der Abfälle verbundene Energie- und Transportaufwand ist niedrig, der endgültige Verbrauch natürlicher Ressourcen ebenfalls. Das ist unser Ziel! Wir wollen mit der Abfallwirtschaft in städtischer Verantwortung zur Entwicklung einer ökologischen Stoffwirtschaft beitragen, die sich am Klima- und Ressourcenschutz ausrichtet.

Der beste Abfall ist der, der gar nicht entsteht – Abfallvermeidung: Bei der Mehrfachnutzung von Produkten und Verpackungen entfallen herstellungsbedingte Stoff- und Energieverbräuche. Außerdem: was nach Gebrauch nicht als Abfall anfällt, muss nicht entsorgt werden und führt nicht zu zusätzlichen Umweltbelastungen. Abfallvermeidung ist damit das oberste handlungsleitende Prinzip der Abfallwirtschaft im Verantwortungsbereich der Stadt, insbesondere bei der Beschaffung. In städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen erfolgt die Verpflegung mit Mehrwegsystemen und nach Möglichkeit mit Produkten aus der Region. Bei dem Neu- und Umbau von städtischen Gebäuden sind weniger Umwelt belastende Baustoffe zu verwenden (insbesondere PVC-freie und möglichst keine petrochemischen Produkte).

Für alle städtischen Einrichtungen werden Abfallvermeidungsprogramme aufgestellt, in denen Vermeidungsziele gesetzt und auf bestehenden Maßnahmen aufbauend neue konzipiert werden. Mit kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit ist über Abfallvermeidung durch geändertes Kaufverhalten bei Massenprodukten des täglichen Bedarfs zu informieren. Die Stadt kooperiert mit Handel und Gewerbe, damit entsprechende Produktsortimente angeboten werden.

Nicht zusammen werfen, was nicht zusammen gehört – Abfallgetrennsammlung: Die in Gießen bewährte Getrennsammlung im Drei-Behälter-Holsystem (Bioabfall, Altpapier, Restmüll) wird durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit optimiert. Nur wenn Abfälle sortenrein getrennt gesammelt werden, kann auch mit den so gewonnenen hochwertigen Sekundärrohstoffen nachhaltig gewirtschaftet werden. Mit der Steigerung der Menge recycelbarer Abfälle sinken die verbleibenden Restmüllmengen zur Beseitigung und damit die Abfallgebühren für die Bürgerinnen und Bürger.

In Baugenehmigungsverfahren für Abbruch, Umbau und Neubau von Gebäuden sind alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, mit Auflagen, Bedingungen und Hinweisen dazu beizutragen, nicht

verwertbare Mischabfälle zu vermeiden und damit die Mengen wiederverwertbarer Abbruch- und Bauabfälle zu vergrößern.

Abfallwirtschaftsberatung: In den nächsten Jahren ist die Menge des mit Umweltbelastungen und teuer zu beseitigenden Restmülls weiter deutlich zu verringern. Die Zielhierarchie mit der Prioritätenfolge Vermeidung vor Verwertung und Verwertung vor Beseitigung der Abfälle, muss entschiedener als bisher das städtische Handeln leiten, gerade auch der Bevölkerung gegenüber. Notwendig ist die Wiedereinrichtung der Abfallwirtschaftsberatung zur Bündelung dieser übergreifenden Aufgabe im Amt für Umwelt und Natur. Die notwendige Entwicklung der Abfallwirtschaft zur ökologischen Stoffwirtschaft kann bei der Bevölkerung nur mit Überzeugungsarbeit und kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit gelingen.

Abfalleinsammlung und –entsorgung: Das betriebswirtschaftlich erfolgreiche Stadtreinigungs- und Fuhramt bleibt als Einrichtung der Daseinsvorsorge in städtischer Regie. Die Stadtverordneten entscheiden so direkt über die ökologischen und ökonomischen Standards der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Die ehemalige Kreisabfalldeponie in Gießen-Allendorf wurde nach der Stilllegung aufwändig rekultiviert. Wir lehnen nach dem derzeitigen Kenntnisstand das Ausgraben zur Verwertung des Deponieinhalts, insbesondere zur Verbrennung, ab. Die Allendorfer Bevölkerung hat sehr lange unter dem Betrieb der Abfalldeponie gelitten. Das Deponiegelände befindet sich zum größten Teil auf städtischem Grundeigentum. Wir wollen, dass es nach Bepflanzung durch den ehemaligen Deponiebetreiber endgültig der Bevölkerung für Freizeit und Naherholung zugänglich gemacht wird.

10. 2. VERKEHR

Gießen ist der zentrale Ort Mittelhessens mit sehr vielen Pendlern, die die Stadt werktags zu einer „Großstadt“ machen mit ca. 110.000 Menschen. Die Stadt ist der große Schulstandort, hat mehrere Hochschulen, Kliniken, Verwaltungen (Stadt, Kreis, Regierungspräsidium), Banken, viele Arbeitsplätze und ist die größte Einkaufsstadt Mittelhessens. Die Menschen kommen mit dem Auto, Bahn und Bus und dem Fahrrad nach Gießen. Angesichts dieser hohen Verkehrsströme ist unser Ziel, dass mehr Menschen auf Bahn, Busse und das Fahrrad umsteigen, um Gießen zu erreichen. Das gilt auch für die Mobilität innerhalb des Stadtgebietes.

Wir setzen uns für ein Verkehrskonzept ein, das die faire Partnerschaft aller Verkehrsteilnehmer und ein Höchstmaß an Menschen- und Umweltverträglichkeit zum Ziel hat. Im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung haben die Maßnahmen im Luftreinhalteplan des Landes Hessen für das Lahn-Dill-Gebiet zur Verminderung der Belastung der Atemluft mit Schadstoffen durch den Verkehr im Gießener Stadtgebiet für uns Priorität bei der kommunalen Verkehrsplanung und beim Verkehrsmanagement. Mit gleichem Engagement wollen wir die Maßnahmen im Lärmaktionsplan Mittelhessen des Regierungspräsidiums Gießen – Teilplan Straße - zur Entlastung von Verkehrslärm angehen. Für eine erfolgreiche Durchführung der Landesgartenschau 2014 bauen wir ein

umfassendes Verkehrskonzept auf, um die zu erwartenden Besucherströme sinnvoll zu lenken und in den städtischen Verkehr zu integrieren sowie Anwohner nicht übermäßig zu belasten.

Einen besonderen verkehrspolitischen Brennpunkt stellt zurzeit das Südviertel dar. Durch die hohe Konzentration von Universitäts- und Wissenschaftseinrichtungen, Klinikum, Behörden und Einkaufsmärkten ist die Zahl der Pendler in diesem Stadtteil sehr hoch. Hier gilt es, gemeinsam mit den hier ansässigen Institutionen ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das zum Ziel hat, attraktive Alternativen zum Individualverkehr zu realisieren und gleichzeitig Wohngebiete von Durchfahrtsverkehr und Parksuchverkehr zu entlasten.

Fußgänger: Grundsätzlich sollen alle Fußgängerwege so ausgestaltet sein, dass Behinderte sie barrierefrei benutzen können (z.B. Kantenabsenkung an Kreuzungen, keine Hindernisse im Weg). Der gesamte Innenstadtbereich innerhalb des Anlagenrings soll vorrangig Fußgängern vorbehalten werden.

- Der Überweg am Bahnhof Oswaldgarten muss für Fußgänger attraktiver gestaltet werden u.a. mit einem vierten Überweg
- Die Neustadt muss mit der Fußgängerzone besser verbunden werden. Deshalb soll sie vorrangig den Fußgängern gehören; nur langsam fahrende Busse und Anliegerautos sollen zugelassen sein.
- An der Ostanlage fordern wir die oberirdische Straßenquerung am Gericht und eine verbesserte Querung an der Fachhochschule.
- An der Kreuzung Bismarckstraße/Stephanstraße soll ein Überweg geschaffen werden, außerdem eine 30km/h-Zone im Bereich der Schule.

Radfahren: Radfahren ist die umweltfreundlichste Fortbewegung mit einem Fahrzeug. In Gießen sind die topografischen Voraussetzungen für das Radfahren gut. Im Innenstadtbereich ist das Rad unschlagbar schnell, leise und flexibel. Wir wollen den Radverkehrsentwicklungsplan 2010 zügig umsetzen und das Radwegenetz weiter ausbauen. Dabei sollen möglichst an jeder Ampel Aufstellflächen für Radfahrer geschaffen werden.

Der Radwegebau mit eigenen Streifen auf der Fahrstraße soll insbesondere am Anlagenring, an zentralen Gießener Aus- und Zufahrtsstraße und an zentralen Verbindungsstraßen innerhalb Gießens voran gebracht werden, vorrangig sollen dabei Lücken im Radwegenetz geschlossen werden. Weiterhin ist eine bessere Vernetzung der innerstädtischen mit den regionalen Radwegen, insbesondere an Aus- und Zufahrtsstraßen mittels kombinierten Fuß-/Radwegen vorgesehen. Zwischen allen Universitätseinrichtungen soll das Radwegenetz ausgebaut werden. Wo es die Verkehrssituation zulässt, soll die beidseitige Einbahnstraßennutzung für Radfahrer ermöglicht werden. Weiterhin soll eine Verbesserung der Verkehrsregelung an Verkehrsschwerpunkten, insbesondere am Oswaldgarten und am Platz der deutschen Einheit herbei geführt werden.

Zur Verbesserung der Anschlussmobilität soll in Gießen langfristig ein öffentliches Verleihsystem für Fahrräder („Rent a Bike“) als weiterer Bestandteil des ÖPNV aufgebaut und in das Fahrkartensystem des Nahverkehrs integriert werden.

Die bestehende Arbeitsgruppe Verkehr zwischen Justus-Liebig-Universität und Stadt sowie die Arbeitsgruppe Radverkehr mit Bürgern und Umweltverbänden soll mit einem Runden Tisch Radverkehr mit dem Landkreis Gießen ergänzt werden.

Öffentlicher Personennahverkehr: Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist die wesentliche Stütze für verträgliches Leben in der Stadt. Nur ein guter ÖPNV kann helfen, Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen. Deshalb wollen wir ihn besonders fördern.

Der **Bahnverkehr** im Kreis Gießen ist auf die Stadt Gießen ausgerichtet. Den Schienennahverkehr regelt der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV).

- Wir fordern die Wiedereinführung des Takts zur vollen Stunde, d.h. die Nahverkehrszüge vor den durchgehenden Fernzügen ankommen und nach ihnen abfahren, wie es bis 2009 war. So wird ein optimales Umsteigen wieder möglich.
- Wir fordern das 3. und 4. Gleis nach Frankfurt, weil die Strecke überlastet ist mit überfüllten und verspäteten Zügen. Nur durch den Streckenausbau können mehr Züge eingesetzt werden. Überfüllte Züge sind keine gute Alternative zum Auto.
- Wir fordern den Ausbau der Vogelsbergbahn mit Halt aller Züge an der Licher Straße und Bedarfshalt in Rödgen.
- Wir befürworten die Reaktivierung der Lumdatalbahn, weil diese Bahn vom Lumdatal nach Gießen und zum Haltepunkt Oswaldsgarten eine echte Alternative zum Auto ist.

Stadt- und Landkreis Gießen brauchen einen leistungsfähigen und kundenfreundlichen **Busverkehr:**

- Das Baugebiet Marburger Straße-West muss mit einer Busanbindung erschlossen werden
- Bei der Kreisverwaltung an der Automeile muss eine Stadtbushaltestelle errichtet werden, auch für Regionalbusse.
- Wir halten sozial gerechte Tarife für Gießen-Pass-Inhaber aufrecht.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Semesterticket für Studenten zu erschwinglichen Preisen erhalten bleibt.
- Wir setzen uns für die Einführung des Jobtickets für die Mitarbeiter aller Verwaltungseinrichtungen in Gießen ein.
- Die Nachtbuslinien müssen erweitert werden und nicht nur erhalten bleiben.
- Elektronische Anzeigetafeln sollen zunächst an den Haltestellen Bahnhof, Marktplatz, Berliner Platz, Frankfurter- Liebigstraße und Johanneskirche errichtet werden.
- Das Programm „barrierefreie Bushaltestellen“ muss fortgesetzt werden.
- Die Busbeschleunigung muss optimiert und unter Hinzunahmen der Regionalbusse weiter ausgebaut werden.

- Unter unserer Führung werden verbesserte Abstimmungen zwischen den Nahverkehrsgesellschaften von Stadt und Kreis Gießen erfolgen. Dabei sollen die Stadtbuslinien mit den Regionalbussen besser verzahnt werden, wenn sie die gleiche Strecke befahren.
- Wir fordern eine gemeinsame Mobilitätszentrale mit dem Kreis Gießen, die nicht nur Fahrkarten verkauft, sondern auch Auskunft gibt über alle öffentliche Personenverkehre und werktags zu den normalen Einkaufszeiten geöffnet ist.

Auto / Straße / Individualverkehr: Gießen wird derzeit täglich von den meisten Pendlern mit dem Auto erreicht - trotz ÖPNV und Radwegen. Der Gießener Ring nimmt dabei die Funktion einer Umgehungsstraße mit vielen Abfahrten zur Verteilung der Pendlerströme wahr, die meist das Erreichen der Zielorte in der Stadt ohne Fahrten durch Wohngebiete und die Innenstadt ermöglicht. Das entlastet die Stadt von Lärm und Luftschadstoffen.

Der Leihgesterner Weg (FA Poppe, Uni-Naturwissenschaften, TREA, Gail'sche Tonwerke, Kliniken von Norden her) kann von außerhalb nicht direkt erreicht werden. Es ist zu prüfen und abzuwägen, ob und wie ein Anschluss dieser Straße an den Giessener Ring sinnvoll ist und dieser Anschluss das Schiffenberger Tal und die Frankfurter Straße/Robert-Sommer-Straße entlastet.

In Zusammenhang mit einem besseren Verkehrsdurchlass muss die Verkehrssituation am Bahnübergang Frankfurter Straße optimiert werden, weil die Schrankenschließzeiten zu lang sind.

Straßeninfrastruktur:

- Die viel zu kurze Ausfahrt vom Ring an der Grünberger Straße verursacht zu Stoßzeiten Staus bis auf den Ring, wodurch es wiederholt zu Auffahrunfällen kam. Um dies zu vermeiden, fordern wir eine Einfädelspur an der Grünberger Straße.
- Geschwindigkeitsbeschränkungen mindern den Verkehrslärm deutlich, reduzieren die Abgase und mindern Unfallgefahren. Deshalb werden wir uns weiterhin energisch beim Land Hessen dafür einsetzen, dass eine durchgängige Geschwindigkeitsbeschränkung auf dem gesamten Gießener Ring von 100 km/h gilt.
- Überall da, wo Geschwindigkeitsbegrenzungen nachhaltig überschritten werden, sollen geeignete Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung installiert werden.
- Wir fordern Lärmschutzwände, insbesondere am Ring in Wieseck-Ost (vorhandene sind zu klein), in Petersweiher an der Straße Schiffenberger Tal und in Kleinlinden an der B 49 entlang der Hochlage der Straße.
- Mit Kreiseln regelt sich der Verkehr von selbst und es gibt keine unnötigen Staus an Ampeln. Deshalb fordern wir Kreisverkehre vorrangig an folgenden Stellen: Gewerbegebiet West – Heuchelheimer Straße, Frankfurter Str.–Robert-Sommer-Str.– Bundesautobahn-Abfahrt, Licher Straße bei der Kreisverwaltung, Allendorfer Str. – Lützelindener Str. (Klein-Linden), Schiffenberger Tal – Pohlheimer Str. (Petersweiher), Wiesecker Weg – Ludwig-Richter-Straße – Gießener Straße, Allendorfer Straße – Frankfurter Straße.

- Wir halten an der grundhaften Erneuerung der Philosophenstraße mit Errichtung eines einseitigen Rad- und Gehwegs im Jahr 2012 fest.
- Wir wollen Straßen kontinuierlich instand halten, um teure grundhafte Sanierungen zu vermeiden.

Parkplätze: Für die Nutzung der Parkhäuser müssen in Zusammenarbeit mit dem Handel Anreize geschaffen werden. In einem städtebaulichen Vertrag mit dem Kinobetreiber am Berliner Platz wird dieser verpflichtet, ausreichend Parkplätze zur Verfügung zu stellen.

Carsharing: Carsharing ist eine kostengünstige Alternative zum eigenen Auto, weil es üblicherweise nur genutzt wird, wenn es wirklich notwendig ist. Deshalb unterstützen wir das Carsharing.

Gerechtere Straßenbeitragssatzung: Wir wollen die Gießener Straßenbeitragssatzung gerechter anwenden. Wenn Anlieger von zu sanierenden Straßen schon kräftig zur Kasse gebeten werden, dann sollen sie auch in die Entscheidung über Umfang und Ausführung der geplanten Straßenverbesserungen einbezogen werden. Aktive Bürgerbeteiligung ist hier außerordentlich wichtig. Bei einer Straßensanierung müssen alle infrastrukturellen Maßnahmen nachhaltig (z.B. mit Leerrohren) koordiniert werden, damit die Straße nicht in den Folgejahren erneut aufgerissen werden muss.

11. Gießen – die Stadt der aktiven Bürgerinnen und Bürger

11.1. AKTIVE ORTSBEIRÄTE GESTALTEN DIE STADTEILE

In den letzten zehn Jahren wurden die Ortsbeiräte als Interessenvertretung der Stadtteile stiefmütterlich behandelt. Wir werden dafür sorgen, dass Ortsbeiräte als die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Stadtteilvertretung wieder ernst genommen werden, weil die Ortskenntnis der Akteure vor Ort von großem Nutzen ist.

Allen Ortsvorstehern soll in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung ein Rederecht zu allen die jeweiligen Ortsbezirke betreffenden Fragen eingeräumt werden. Dieses Recht besitzen derzeit lediglich die Ortsvorsteher der Stadtteile Rödgen und Allendorf/Lahn aufgrund von Grenzänderungsverträgen.

11.2. BÜRGERGESELLSCHAFT - AKTIVE BETEILIGUNG UND MITSPRACHE IN GIESSEN

„Es ist eine demokratische und inhaltliche Selbstverständlichkeit, dass die Menschen das Haus, in dem sie leben wollen, selbst planen und gestalten können.“ (*Bertolt Brecht*). Gleiches gilt für das gesamte Lebensumfeld, in dem wir Menschen uns bewegen - unsere Stadt. Aus diesem Grund wollen wir eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Prozessen und Entscheidungen in Gießen, die über den reinen Wahlakt hinausgeht. Wir wollen damit eine neue politische Kultur in

Gießen etablieren. Denn Politik kann und darf nicht über die Köpfe der Menschen hinwegregieren und entscheiden.

Unser Verständnis von lokaler Demokratie umfasst deshalb eine aktive Beteiligung und Mitsprache aller in Gießen lebender Menschen. Selbstverständlich ist dabei auch, dass Bürgerbeteiligung in enger Verknüpfung zwischen Magistrat, Stadtparlament und den sich Beteiligten erfolgt. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Bürgerbeteiligung keine Alibi-Veranstaltung, sondern Leitprinzip für politische Entscheidungen und dazu gehört mehr, als Bürgerinnen und Bürger erst dann zu informieren, wenn politische Entscheidungen bereits gefallen sind, wie das beim Kinoneubau und dem Bahnhofsvorplatz bisher war.

Seit 1999 arbeiten Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich in Lokalen Agenda 21-Gruppen für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte 1998 beschlossen, auf der Grundlage des Aktionsprogramms „Agenda 21“ der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro im Dialog und Konsensfindung mit der Bevölkerung in Gießen eine „Lokale Agenda 21“ aufzustellen. Ziel ist, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen mit dem dauerhaften Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen. So erarbeiten Agenda-Gruppen Konzepte mit konkreten Handlungsvorschlägen, die der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden, wie zum Beispiel das „Entwicklungskonzept zur Aufwertung der Wieseck“, das dann vom Parlament beschlossen wurde. Dieses bürgerschaftliche Engagement der zahlreichen Agenda 21-Gruppen für eine nachhaltige Stadtentwicklung in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist eine Bereicherung für Politik und Verwaltung. Die städtische Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21 muss deshalb so ausgestattet sein, dass die Arbeit der Agenda-Gruppen ausreichend unterstützt und stabilisiert werden kann.

Unser politischer Anspruch ist es, Bürgerbeteiligung in Gießen in der Breite zu etablieren und zu organisieren. Um möglichst viele Menschen aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten und Altersgruppen zu aktiver Mitsprache anzuregen, setzen wir uns dafür ein, echte Beteiligungsformen in Gießen zu ermöglichen. Besonders wichtig ist uns, dass durch Beteiligungsstrukturen nicht nur eine bestimmte Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen wird, sondern alle sozialen Schichten in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Bürgerforen: Damit Bürgerinnen und Bürger sich mit ihrer Stadt identifizieren können, müssen Beteiligungsformen geschaffen werden, in denen die unterschiedlichen Interessen eingebracht werden können und daraus ein wirklicher, dauerhafter Dialog mit Politik und Verwaltung entsteht. Zu Beginn eines solchen Prozesses könnte eine Bürgerbefragung stehen, aus der sich Themenkreise für sogenannte Bürgerforen ergeben. In diesen Foren treffen sich Bürgerinnen und Bürger mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung, tauschen sich aus, sammeln ihre Anliegen und entwickeln sie gemeinsam weiter. Ansprechpartner für jedes Bürgerforum ist ein(e) Vertreter/in der Verwaltung und ein(e) „Bürgermentor/in“ aus dem Kreis der Bürgerinnen und Bürger, die den Prozess steuern und eine verbindliche Rückkopplung in die Verwaltung gewährleisten. Konsequente

Bürgerbeteiligung beinhaltet, dass mit den Ergebnissen zielorientiert weitergearbeitet wird und die Beteiligten mit Ihren Anliegen ernst genommen werden. Bürgerforen können projekt-, stadtteil- oder themenbezogen sein. Bürgerbeteiligung soll nicht einmalig oder punktuell sein, sondern als Prozess institutionalisiert werden.

Stadtteilforen: Eine besondere Form der Bürgerforen sind die Stadtteilforen. Diese beschäftigen sich mit Veränderungen, Problemen und Entscheidungen in den einzelnen Stadtteilen/ Gebieten in Gießen und sind nicht auf ein Thema oder Projekt begrenzt. Ähnlich dem Vorbild der Gießener Nordstadt, ließen sich auch in anderen Stadtteilen entsprechende ‚Stadtteilvereine‘ gründen, in welchen sich die Bewohnerinnen und Bewohner organisieren können und die die Durchführung von Stadtteilversammlungen oder auch die Vernetzung der Bewohnerinnen und Bewohner, der lokalen Träger und anderer Gruppierungen übernehmen. Damit soll eine nachhaltige Beteiligungsstruktur für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden, welche es Ihnen ermöglicht, über Fragen die Ihre unmittelbare Wohngegend betreffen, mit zu entscheiden.

Arbeitsmarktkonferenz: Auch Gießen ist von Arbeitslosigkeit betroffen und in der Verantwortung, die Betroffenen ernst zu nehmen, um ihnen für die Zukunft eine Perspektive zu geben. Bereits in der Vergangenheit war es dabei an der SPD, innovative Lösungen zu finden und Menschen in Arbeit zu vermitteln. Entstanden ist daraus z.B. das Zentrum für Arbeit und Umwelt Gießen (ZAUG), das zu einem erfolgreichen kommunalen Dienstleister im Bereich der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung geworden ist. Jedoch gilt es natürlich in erster Linie, die ortsansässigen Betriebe und Unternehmen in die Pflicht zu nehmen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, um die örtliche Arbeitslosigkeit zu senken.

Um dem Ziel der lokalen Vollbeschäftigung näher zu kommen, soll es zukünftig ein bis zweimal jährlich in Gießen eine Arbeitsmarktkonferenz geben, bei der sowohl Arbeitssuchende, ArbeitgeberInnen, VertreterInnen der GIAG (Gesellschaft für Integration und Arbeit Gießen), die örtlichen Gewerkschaften, VertreterInnen der Politik als auch VertreterInnen von lokalen Bildungsträgern und der Beruflichen Schulen zusammenkommen. Ergebnis soll eine bessere Koordination aller Beteiligten sein, sowie die Erarbeitung eines Selbstverständnisses für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung.

Jugendbeteiligung: In Gießen leben nicht nur erwachsene Menschen, sondern beinahe ebenso viele Kinder und Jugendliche. Gießen ist eine Universitätsstadt mit über 30.000 Studierenden, 13 Grundschulen, 16 weiterführenden Schulen, sowie zahlreichen Ausbildungsbetrieben. Kinder und Jugendliche sind somit ebenso Gießener Bürgerinnen und Bürger und haben ihre eigenen Vorstellungen für die Stadt. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche selbst mitentscheiden können, wie ihre Stadt aussieht und was ihnen für Gießen wichtig ist. Gerade wenn es um langfristige Projekte geht, muss es Kindern und Jugendlichen möglich sein, mitzugestalten. Demokratische Teilhabe von jungen Menschen ist momentan in Gießen nur innerhalb der Schule in Form von Schülervertretungen möglich. Diese sind wichtig und sinnvoll, in ihrer Arbeit jedoch sehr

begrenzt. Wir wollen, dass Schülervertretungsstrukturen gestärkt werden. Zum Beispiel müssen sich Schülervertreterinnen und Schülervertreter zukünftig zu allen politischen Vorgängen äußern dürfen und nicht wie bisher nur auf schulpolitische Fragen beschränkt sein. Außerdem sollen Schülervertretungen in Gießen zu Rate gezogen werden, wenn es um politische Fragen geht, die Schülerinnen und Schüler in ihrem täglichen Leben beeinflussen. Aber auch über Schülervertretungsstrukturen hinaus muss es Möglichkeiten der politischen Mitsprache für Kinder und Jugendliche geben! Ein erster Schritt zu mehr Beteiligung wäre die Absenkung des kommunalen Wahlrechts auf 16 Jahre, welches die SPD in Hessen schon länger fordert. Weitere Beteiligungsformen könnten zudem sein:

Jugendrathaus: Hinter der Idee eines Jugendrathauses steht der Gedanke, dass Schülerinnen und Schüler möglichst früh einen Zugang zur politischen Ebene der Stadt bekommen und ihr Interesse an und für die Politik geweckt wird. Sie sollen im direkten Umgang mit Vertretern von Magistrat, Ämtern und Fraktionen erfahren, wie politische Meinungsbildung funktioniert, wie Entscheidungen getroffen werden und welche Aspekte bei einer möglichen Umsetzung dabei bedacht werden müssen. Dazu bereiten interessierte Klassen im Unterricht den Rathausbesuch vor, indem sie Themenbereiche benennen, Fragen, Kritik und Anregungen formulieren und diese schließlich mit den Mitgliedern der Fraktionen und/oder des Magistrats diskutieren. Besonders wichtig ist anschließend die Auswertung und Nachbereitung im Unterricht, sowie die Rückmeldung von Seiten der Politik, was aus konkreten Vorschlägen geworden ist.

Jugendworkshops: Die Idee eines Jugendworkshops, der einmal jährlich in Gießen stattfindet, ist die, dass Kinder und Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren ein Wochenende lang zusammen kommen und in themenbezogenen Arbeitsgruppen ihre Stadt für die nächsten 10 Jahre ‚entwerfen‘. Als Ansprechpartner für Fragen stehen Mitglieder des Magistrats zu Verfügung, die sich jedoch nicht in den Diskussionsprozess einmischen, sondern nur als ‚Auskunftsgeber‘ fungieren. Die dabei entstehenden Ideen und Vorstellungen sollen anschließend von den Magistratsmitgliedern ins Stadtparlament als Diskussionsgrundlage gegeben werden. In regelmäßigen Abständen muss den Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmern Auskunft darüber gegeben werden, was aus ihren Vorschlägen geworden ist.

Bürgerbeteiligung mit Hilfe des Internets: In Zeiten einer modernen und zeitlich flexiblen Gesellschaft wird eine Beteiligungsmöglichkeit für Bürgerinnen und Bürger wichtig, die auf diese Gegebenheiten eingeht. Aus diesem Grund nimmt E-Beteiligung einen immer größeren Stellenwert ein. Unter E-Bürgerbeteiligung werden jene Elemente der Bürgerbeteiligung bezeichnet, die eine aktive Teilhabe an politischen Diskurs- und Entscheidungsprozessen mit Hilfe des Internets ermöglichen. Damit sind neue Elemente pro-aktiver Beteiligungskultur und damit nachhaltiger Demokratie entstanden. In dem Relaunch des städtischen Internetportals sehen wir die Chance, dass auch für Gießen eine Plattform und Möglichkeit der E-Beteiligung geschaffen wird.

ANHANG: DIE SPD IN DEN STADTTTEILEN

ALLENDORF:

Kindergarten

- Wir setzen uns dafür ein, dass in der Allendorfer Kindertagesstätte „Lummerland“ das Recht auf einen Kindergartenplatz eines jeden dreijährigen Kindes vor Ort eingelöst wird.
- Die Betreuung von Kindern unter drei Jahren vor Ort wurde durch unsere Initiative eingerichtet. Wir fordern, dass diese Maßnahme in Zukunft weiterhin bedarfsgerecht ausgebaut wird. Dazu ist ausreichend geschultes Personal einzustellen und kontinuierlich fortzubilden. Freie Stellen müssen zeitnah besetzt werden.

Schule

- Der Schulstandort für die Grundschule „Kleebachschule“ soll auch bei momentan sinkenden Schülerzahlen erhalten bleiben!
- Die Schülerbetreuung an der „Kleebachschule“ soll weiterhin sichergestellt werden.
- Die Schulgemeinde arbeitet sehr gut mit den Vereinen zusammen und wirkt auch in örtlichen Projekten mit. Wir unterstützen das weiterhin.
- Auf Grund der stark veränderten Schullandschaft in Gießen setzen wir uns auch zukünftig für den Erhalt der „Brüder-Grimm-Schule“ in Kleinlinden als Integrierte Gesamtschule ein.

Wohnen

- Die demografische Entwicklung wird auch den Stadtteil Allendorf/Lahn betreffen.
- Wir brauchen mehr Angebote für junge Familien, damit diese sich in Allendorf ansiedeln oder überhaupt hier wohnen bleiben können.
- Auf unsere Initiative hin wird in naher Zukunft ein Bebauungsplan für ca. 100 Wohneinheiten („Allendorf-Ost“) aufgestellt, der in erster Linie für die Ansiedlung junger Familien sorgen soll. Wir werden darauf achten, dass dort auch Bauplätze entstehen, die aufgrund ihrer Größe finanzierbar sind und dass der dörfliche Charakter Allendorfs erhalten bleibt.
- Eine Zunahme der allgemeinen Lebenserwartung erfordert, dass ein altersgerechtes, barrierefreies Umfeld im Ort erhalten und ausgebaut wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses im alten Ortskern wie auch in dem Neubaugebiet „Allendorf-Ost“ realisiert wird. Eine Zusammenarbeit mit dem in der Nähe (Heerweg) entstehenden Kompetenzzentrum „Herinrich-Albertz-Haus“ der Arbeiterwohlfahrt ist anzustreben.
- Uns ist es wichtig, dass im Bereich des Dorfkerns unter Erhalt der baulichen und Denkmal geschützten Struktur die Möglichkeit geschaffen wird, bestehende Gebäude oder Gebäudeteile so umzugestalten, dass ein barrierefreies Wohnen im Alter auch dort möglich wird. Dies beinhaltet die Beibehaltung und Förderung von Möglichkeiten, seine Bedürfnisse des täglichen Lebens wohnortnah zu erledigen (wie Einkaufen, Behördengänge u.v.m.). Daher ist unser Ziel, dass entsprechende bauliche Veränderungen durch Beratung vor Ort (wie z.B. Möglichkeiten über den Erhalt von Fördermitteln) realisiert werden können. Ein gemeinsames Wohnen von Alt und Jung in Allendorf begrüßen wir sehr.

Hochwasserschutz

- Durch unsere Initiative wurde kurz vor der Ortslage Allendorf/Lahn am Kleebach ein Hochwasserschutzdamm errichtet, der für nachhaltigen Hochwasserschutz sorgt. Im Oberlauf des Kleebachs und seiner Zuflüsse wurden in den letzten Jahren weitere Hochwasserschutzmaßnahmen durchgeführt.
- Hinsichtlich innerörtlicher Hochwasserschutzmaßnahmen fordern wir weitere ergänzende intelligente Lösungen.

Unser (Allen-)Dorf hat Zukunft! Bürgernahe Verwaltung, bürgernahe Politik, Bürgerbeteiligung

- Wir setzen uns dafür ein, dass die kompetent geführte Verwaltungsstelle als Servicebüro für die Allendorfer Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.
- Der Ortsbeirat ist die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Vertretung des Stadtteils. Ihre Kenntnis der örtlichen Strukturen ist für die Stadt unverzichtbar. Daher ist unsere Forderung, dass die Ortsbeiräte wieder ernster genommen werden als dies in den vergangenen zehn Jahren der Fall war.
- Wir werden die Bürgerschaft bei allen wichtigen Entscheidungen (z.B. Neubaugebiet) beteiligen und – wie z.B. bei den innerörtlichen Straßensanierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre – verbindlich in Bürgerversammlungen anhören.
- Die Unterstützung der örtlichen Vereine und der Bürgerschaft bei der Teilnahme von Allendorf/Lahn an dem Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ hat im Jahr 2008 zum Sieg im Regionalentscheid und zu einer Platzierung unter den Top-Ten-Dörfern Hessens geführt. Darauf sind wir stolz. Es hat gezeigt, dass Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement sehr wichtig für die Weiterentwicklung unseres Dorfes sind.
- Den bürgerlichen Gemeinsinn und die dörfliche Identität werden wir über den Ortsbeirat nutzen, um eine würdige 1225-Jahrfeier im Jahr 2015 auf die Beine zu stellen. Entsprechende Mittel werden wir beantragen.

Infrastruktur und Verkehr

- Die Internetversorgung von Allendorf muss wesentlich verbessert werden.
- Wir kämpfen weiterhin dafür den Schwerlastverkehr aus unserem Dorf heraus zu halten.
- Vorhandene Verkehrsberuhigungen sollen erhalten oder erweitert werden. Durch begleitende Maßnahmen werden wir für die Einhaltung der bestehenden Verkehrsberuhigung Sorge tragen.
- Im geplanten Neubaugebiet „Allendorf-Ost“ kämpfen wir für entsprechende Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und deren Einhaltung.
- Wir fordern für das geplante Neubaugebiet einen direkten Verkehrsanschluss an die Allendorfer Straße, so dass für die bestehenden Wohngebiete keine weiteren Verkehrsbelastungen entstehen.
- Wir setzen uns für den weiteren Ausbau des Radwegenetzes ein. Es soll dabei ein ungefährliches Überqueren der Landesstraße L3451 (Richtung Gewerbegebiet Dutenhofen-Ost und Richtung Heuchelheim/Bahnübergang) geschaffen werden.
- Wir wollen, dass der gute Bustakt des Öffentlichen Personennahverkehrs erhalten bleibt und setzen uns im Nahverkehrsplan für weitere Verbesserungen ein.

Natur und Umwelt

- Im geplanten Neubaugebiet „Allendorf-Ost“ sollen die bestehenden Vogelschutzgehölze erhalten bleiben. Im Bebauungsplan sind ausreichend Grünflächen zu berücksichtigen.

- Der von uns vorgeschlagene Rundwanderweg um Allendorf mit historischen Pfaden soll umgesetzt werden. Damit insbesondere Kinder für die Belange von Flora und Fauna sensibilisiert werden, sollte ein Naturlehrpfad mit bunter Naturwiese in den Rundwanderweg integriert werden. Entlang des geplanten Rundwanderweges sollen zur Erholung Sitzbänke aufgestellt werden.
- Durch unsere Initiative ist ein schöner Park inmitten des Dorfes entstanden. Der Brunnenplatz soll durch zusätzliche bunte Bepflanzung aufgewertet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Gelände der Kleebachbrücke wieder dauerhaft mit Blumenkästen bestückt wird.
- Im Landschaftsschutzgebiet vor dem Hochwasserdamm soll der Auenwald erweitert werden.
- In Zeiten knapper werdender Energieressourcen und steigender Umweltbelastung setzen wir uns dafür ein, dass auf den Dächern öffentlicher Gebäude (insbesondere der Mehrzweckhalle) Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie installiert werden (CO₂-Minderungsprogramm).
- Der SPD-Ortsverein Gießen-Allendorf/Lahn ist für die Beibehaltung des „Taubenbergswäldchens“ im derzeitigen Zustand.
- Die ehemalige Kreisabfalldeponie wurde bis vor kurzem aufwändig und kostenintensiv rekultiviert. Wir sind gegen das Ausgraben und die Wiederverwertung des Deponieinhalts, weil die Allendorfer Bevölkerung Jahrzehnte lang unter dem Betrieb der Mülldeponie gelitten hat. Das Deponiegelände soll nach der Bepflanzung der Bevölkerung für Freizeit Zwecke zugänglich gemacht werden.
- Das von uns initiierte Landschaftspflegekonzept für die größte zusammenhängende Streuobstwiesenfläche Oberhessens („Judenberg“), das für alle von Nutzen ist, soll weiter beibehalten und fortentwickelt werden.

Sport, Kultur und Vereine

- Es darf nicht sein, dass Veranstaltungen in der Mehrzweckhalle dazu führen, dass der Vereinssport auf dem Außengelände nicht durchgeführt werden kann, weil die Umkleideräume gesperrt werden. Wir fordern intelligente Lösungen zur optimalen Nutzung der Mehrzweckhalle und des Außengeländes.
- Wir unterstützen die Förderung sportlicher Aktivitäten der „Kleebachschule“ und des Kindergartens „Lummerland“ sowie deren Zusammenarbeit mit dem TSV 05 Allendorf/Lahn.
- Vereine sind wichtig als Quelle des sozialen Zusammenlebens. Sie stärken die Integration von Neubürgern, sowie das soziale und gesellschaftliche Leben. Da die Stadt Gießen alleine kein umfassendes Angebot in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Seniorenarbeit, Umwelt- und Naturschutz sowie Freizeit, Sport und Kultur anbieten kann, fordern wir weiterhin die finanzielle Unterstützung der Vereine durch die Stadt.
- Gießen nennt sich „Kulturstadt an der Lahn“. Kulturförderung besteht aber nicht nur in der Förderung von Veranstaltungen und Institutionen in der Kernstadt, sondern muss auch der Förderung der kulturellen Identität der Stadtteile Rechnung tragen. Dafür setzen wir uns ein.

KLEINLINDEN

Um die Lebensqualität für den Stadtteil zu erhöhen, sind erforderlich:

- Unterstützung für junge Familien (Kinderbetreuung) in dem Umfang, wie er aus dem Stadtteil nachgefragt wird und mit den Zeitfenstern, die für berufstätige Elternteile erforderlich sind.
- Unterstützung für generationsübergreifendes und altersgerechtes Wohnen im Stadtteil

- Einsatz der Stadt gegen die Lärmemission von der B 49 und ihrer Hochbrücke sowie des Bahnverkehrs
- Einsatz für einen möglichst umweltverträglichen Schnellstraßenanschluss am Allendörfer Wäldchen, für den sich schnellstens ein umsetzbares Baurecht erzielen lässt. Dieser soll für eine Entlastung der Ortsdurchfahrten von Kleinlinden, Dutenhofen und Heuchelheim sorgen, aber Allendorf/Lahn möglichst wenig zusätzlich belasten
- Umsetzung von folgenden Kreisverkehren: Allendörfer Straße und Lützellindener Str, Allendörfer Straße und Frankfurter Str.
- Nachtfahrverbot für LKW in Kleinlinden (Wetzlarer Straße)
- Verbesserung des Radwegebaus in Richtung auf die Freizeiteinrichtungen
- Erhaltung und z.T. Wiederaufbau der Streuobstwiesen am Rande des Stadtteils
- Einsatz für ein gemeinsam mit dem Ortsbeirat Kleinlinden entwickeltes schlüssiges Verkehrskonzept für Kleinlinden, das eine geringere Belastung durch Durchgangsverkehr und eine Lärminderung für Kleinlinden zum Ziel hat.

LÜTZELLINDEN

Gewerbegebiet Lützellinden: Ziel der Strukturpolitik für Lützellinden, Gießen und den mittelhessischen Raum insgesamt ist eine ökologisch und sozial verträgliche Regionalentwicklung, die bewahrend mit der bestehenden Vielfalt an Branchen und Ressourcen umgeht und dabei bessere Erwerbsarbeitschancen schafft. Die SPD strebt in den Fragen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsentwicklung, regionale Entwicklung sowie in der gemeinsamen Nutzung und Entwicklung von Gewerbegebieten eine intensive Zusammenarbeit mit der Region an. Die tatsächlichen Gegebenheiten haben gezeigt, dass eine großflächige Vermarktung des Gewerbegebietes nicht möglich ist. Wir plädieren für die in rechtskräftigen Bebauungsplänen ausgewiesene kleinflächige Verwertung.

Umweltschutz: Wir stehen ein für den Erhalt unseres Lebensraums. Die berechtigte Sorge um die wirtschaftliche Existenz unserer Bürger darf gleichwohl nicht zum ungezügelt Flächenverbrauch in unserem Siedlungsraum führen. Natur und Landschaft müssen aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage der Menschen auch in Verantwortung für künftige Generationen auf Dauer gesichert werden. Der großflächige, gewerblich/industrielle Industrieansiedlungsbedarf auf unbestreitbar bestem Ackerland setzt ein ökologisches Gesamtkonzept und vorrangig die Festlegung, Bereitstellung und Realisierung von ortsnahen Ausgleichsflächen unter Einbeziehung der umliegenden Gemeinden voraus, die dem erheblichen Eingriff in die Natur Rechnung tragen und für spätere wirtschaftliche Begierden unantastbar bleiben. Dahingehend muss der vorliegende Biotopverbundplan mit zusätzlichen Feldholzinseln unter der Einbeziehung der Landwirtschaft zügig umgesetzt werden.

Öffentlicher Personennahverkehr: Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist die wesentliche Stütze für verträgliches Leben in der Stadt. Nur ein guter ÖPNV kann helfen, Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen. Deshalb wollen wir ihn besonders fördern.

- Der Stadtteil Lützellinden muss mit einer Busanbindung der Linie 1 erschlossen werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass an Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen eine bessere Busanbindung für Lützellinden realisiert wird.
- Die Nachtbuslinien müssen erweitert werden und nicht nur erhalten bleiben.

Bürgernahe Verwaltung: Wir setzen uns dafür ein, dass die kompetent geführte Verwaltungsstelle als Servicebüro für die Lützellindener Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Ortsbeiräte: Ortsbeiräte sind die Gremien in der kommunalpolitischen Landschaft, die den Menschen am nächsten sind. Wir wollen erreichen, dass der Ortsbeirat als gewählte Stadtteilvertretung an politischem Gewicht zulegt. Wir sind der Auffassung, dass es die Stadtregierung selbst in der Hand hat, den Ortsbeiräten mehr Mitbestimmung einzuräumen, indem sie den Sachverstand der Akteure vor Ort akzeptiert und die gewählten Mitglieder des örtlichen Gremiums als Sprachrohr der Bevölkerung betrachtet und in seiner Gesamtheit endlich ernst nimmt. Dafür möchten wir uns engagieren. Dazu brauchen wir die Unterstützung der Lützellindener Bürgerinnen und Bürger, deren Interesse wir vertreten. Machen Sie Ihren Ortsbeirat stark und gehen Sie SPD wählen!

Vereine: Die Vereine prägen das soziale, sportliche und kulturelle Leben in Lützellinden. Örtliches Gemeinschaftsleben ohne Vereine wäre undenkbar. Die Vereine bieten Möglichkeiten zur Selbstorganisation von Interessen und Angebote zum gesellschaftlichen Engagement, zum Generationen übergreifenden Miteinander auch über soziale Grenzen hinweg. Vereine bieten Beispiele praktizierter Demokratie und vorgelebtem Bürgersinn. Sie ermöglichen Jugendlichen, unabhängig vom Elternhaus und der Schule, eigene soziale Erfahrungen mit Gleichaltrigen und Erwachsenen zu machen. Für die ältere Generation bedeuten Vereine Gemeinschaft und Kommunikation ein Leben lang. Und gerade in Sportvereinen ist die Integration zugezogener Kinder und Jugendlicher aus den verschiedensten Kulturkreisen schon seit Jahrzehnten praktische Alltagsarbeit. Vereinsförderung ist unverzichtbar!

RÖDGEN

Infrastruktur: In Rödgen ist leider festzustellen, dass die Einwohnerzahl von Jahr zu Jahr abgenommen hat und zwischenzeitlich bei etwa 1.900 liegt. Damit hat sich die Entwicklung, die sich bereits in der Legislaturperiode 2001/06 abgezeichnet hat, weiter fortgesetzt. Dies wirkt sich sicher nicht unbedingt positiv für die Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten im Stadtteil aus. Dennoch werden wir uns weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der Einzelhandel vor Ort erhalten bleibt. Auf dem Bildungssektor ist es gelungen, durch gezielte Maßnahmen, wie die Sanierung der Grundschule und den Ausbau der Versorgung für unter 3-Jährige in der Kindertagesstätte dafür zu sorgen, dass diese beiden Einrichtungen auf jeden Fall für die nächsten Jahre gesichert sind.

Baugebiet: Wir wissen sehr wohl, dass es ohne die Ausweisung einer akzeptablen Bauerweiterung kaum gelingen wird, den Rückgang der Bevölkerungszahl in unserem Stadtteil zu stoppen. Deshalb haben wir uns in den vergangenen Jahren und auch in Zukunft immer wieder für die Ausweisung eines neuen Baugebietes eingesetzt.

Schnellerer Zugang zum Internet: Das Internet gewinnt zunehmend an Bedeutung, sowohl im privaten als auch im gewerblichen Bereich. Leider sind im Stadtteil Rödgen die Bedingungen für eine zufriedenstellende Nutzung an vielen Zugangspunkten nicht gegeben. Deshalb setzen wir uns in Rödgen für die flächendeckende Erschließung mit leistungsfähigem Breitbandkabel ein.

Darüber hinaus besteht inzwischen auch die Möglichkeit, über TV-Kabel schneller im Internet zu arbeiten oder durch Richtfunkstrecken eine höhere Internetgeschwindigkeit zu erzielen. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass die Nutzung höherer Internetgeschwindigkeiten für den Stadtteil Rödgen geprüft und gegebenenfalls in absehbarer Zeit umgesetzt werden.

WIESECK:

Wir wollen umsetzen:

- Eigene Stadtbuslinie für das Neubaugebiet Marburger Straße West
- Umgestaltung Albert-Osswald-Platz
- Förderung der Wiesecker Vereine
- Geschwindigkeitsberuhigung Giessener Straße